

## „Umfairteilen – Reichtum besteuern“

Als starkes Signal werten die Initiatoren die Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen insgesamt mehr als 15 000 Menschen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straßen gegangen sind.

Seite 9



## Umweg zum Krieg?

Während die Verhandlungen zwischen Russland und den USA über die Vernichtung syrischer Chemiewaffen schneller voran kamen als erwartet und die russische Initiative international auf große Zustimmung stieß, ordnete die Kriegspartei in den USA ihre Reihen neu. Das war auch bitter notwendig, denn selbst nach zweiwöchigem intensiven Druck auf die Abgeordneten des US-Kongresses zeichnete sich dort keine Mehrheit für eine Kriegsresolution ab.

In einem Beitrag für die New York Times hatte Russlands Präsident Putin Mitte vergangener Woche die außenpolitische Linie Moskaus überzeugend dargelegt: „In Syrien geht kein Kampf für Demokratie vor sich, sondern eine bewaffnete Konfrontation zwischen der Regierung und der Opposition in einem multikonfessionellen Land.“ Putin erinnerte die US-Bürger daran, dass das US-Außenministerium Gruppen wie die „Al-Nusra-Front“ und den Al-Kaida-Ableger „Islamischer Staat im Irak und in der Levante“, die auf der Seite der syrischen Opposition kämpfen, als terroristische Organisationen eingestuft hat.

Meinungsumfragen belegen, dass er damit die Mehrheit der US-Bürger anspricht. „Wenn mehr Amerikaner in einer wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Frage auf Putin als auf Obama vertrauen, kommt das einem Epochenbruch gleich“, kommentierte das die „Welt am Sonntag“.

Auch die bewaffnete syrische Opposition sieht sich auf der Verliererstraße. Man werde die Vereinbarung zur Vernichtung der Chemiewaffen in Syrien „vollständig ignorieren und bis zum Sturz des Regimes weiterkämpfen“, erklärte der Generalstabschef der sogenannten „Freien Syrischen Armee“ bei einem Treffen im türkischen Istanbul. Die FSA ist offensichtlich massiv von Zerfallerscheinungen erfasst und gerät zunehmend unter Beschuss der islamistischen Kampfverbände. Nach einem aktuellen Report des militärpolitischen Analyse-Zentrums „IHS Jane’s“ in London rekrutiert sich die Hälfte der syrischen Oppositionskämpfer aus radikalen Islamisten. Charles Lister, Autor der Studie, hält die Vorstellung, dass „weltliche Oppositionsgruppen in diesem Konflikt kämpfen“ für „unbegründet“.

Dass die Sorge vor einem weiteren Erstarken islamistischer Kampfgruppen, die auch Russland und seine südlichen Nachbarn bedrohen, eine Konstante russischer Außenpolitik ist, haben westliche Medien in der Ver-

Mandat bei Bedarf in Syrien militärisch loszuschlagen. Gleichzeitig wird versucht, in den Vereinbarungen über die syrischen C-Waffen einen Automatismus zur Gewaltanwendung gegen Syrien zu etablieren. Unterstützt

wer die Regeln gebrochen habe, könne man in einer „neuen Sicherheitsratsresolution Strafmaßnahmen“ beschließen. Gleichzeitig hat Russland seinen Flottenverband im Mittelmeer auf zehn Kriegsschiffe verstärkt.



Der US-Amerikanische Außenminister mit seinem russischen Amtskollegen Lawrow.

gangenheit konsequent ausgeblendet. Stattdessen wurde gebetsmühlenartig Klage über eine angebliche russische „Blockadepolitik“ im UN-Sicherheitsrat geführt. Dementsprechend schwer tun sie sich nun mit der Erkenntnis, dass erst das konsequente russische und chinesische Nein zur US-Kriegspolitik eine Chance für Diplomatie eröffnet haben. In den USA versuchen die lautstärksten Kriegseinpeitscher, wie die republikanischen Senatoren McCain und Graham, Obama vor sich her zu treiben, indem sie seine Diplomatie als „aufreizendes Zeichen der Schwäche Amerikas“ denunzieren. Und der US-Präsident betont weiterhin das Vorrecht der USA, auch ohne UN-

von Frankreich und Großbritannien möchten die USA einen Blankoscheck des Sicherheitsrates, um bei zu erwartenden Konflikten, die sich nötigenfalls auch leicht organisieren ließen, eine Militäraktion zu starten, die sich auf die UN-Charta stützen kann. Russland agierte zuletzt sehr zurückhaltend und verzichtete z.B. darauf, die Vereinbarungen mit der Forderung nach Einstellung der Waffenlieferungen für die syrische Opposition zu verbinden. Verletzungen der Vereinbarung will Russland im Sicherheitsrat diskutieren, sie müssen nach den Worten von Außenminister Lawrow dort „begutachtet, untersucht und verifiziert werden“. Und erst „wenn wir sicher sind, zu hundert Prozent“;

Nach Einschätzung des Koordinators der US-Friedens- und Bürgerrechtsbewegung „ANSWER Coalition“, Brian Becker, ist die Kriegsgefahr nicht gebannt, haben die militaristischen Kräfte in den USA „wegen der gewaltigen heimischen und internationalen Opposition“ lediglich einen anderen Weg zum Krieg eingeschlagen. Das Wichtigste, das jetzt zu tun sei, ist „weiterhin alle Formen des öffentlichen Drucks zu organisieren zugunsten eines echten Friedens, der dem syrischen Volk erlaubt, sein eigenes Schicksal zu bestimmen, frei von Drohungen, Sanktionen, Subversion und Krieg“.

Arno Neuber

## Zettelrekord bei den Landtagswahlen in Bayern

... aber kein Denkkzettel für die CSU

Es macht wenig Spaß, diese Landtagswahlen einzuschätzen. Wenigstens gab es zwei erfreuliche Ergebnisse: Die FDP ist mit 3,2 Prozent haushoch aus dem Landtag rausgeflogen. REPs und NPD bringen es nur auf ein bzw. 0,6 Prozent (die AfD kandidiert nur bei der Bundestagswahl). Selbst darüber ist aber die Freude begrenzt: Denn das ganz rechte Stimmenpotential ist auch bei der CSU gut aufgehoben. Schließlich hat Horst Seehofer mit seiner aberwitzigen Forderung nach einer PKW-Maut für Ausländer auch dieses Klientel bedient. Nebenbei inszeniert er sich dadurch als Vorkämpfer Bayerns auch gegenüber der Bundes-CDU: „Mir san halt mir.“ Und die Stimmenverluste der ohnehin gesichtslosen FDP,

die nur temporär als Koalitionspartner benötigt wurde, kommen der CSU zugute. Seit dem letzten Sonntag kann Horst Seehofer die seit 56 Jahren ununterbrochene Herrschaft seiner CSU entspannt fortsetzen. Er hat sogar 10 Sitzen mehr als zur absoluten Mehrheit nötig, da die Stimmen kleinerer Parteien wie der Partei „Die Linke“, der Piraten etc. wegen der 5-Prozent-Klausel unter den Tisch fallen. Und noch eine schlechte Botschaft: Die Partei „Die Linke“ zu deren Wahl die DKP aufgerufen hatte, schafft es wieder nicht in den Landtag. Trotzdem gibt es auch etwas zu lachen: Ungeachtet der offenkundigen Häufung von Skandalen und Affären in und um die CSU-FDP-Regierung,

gerade in diesen letzten Monaten, trotz offenkundigen Versagens in der Schulpolitik, in der Sozialpolitik, in der Flüchtlingsfrage etc., analysiert der blau-weiße „Sonnenkönig“ messerscharf vor den Mikrofonen des Bayerischen Rundfunks: „Transparenz und Konsequenz wird von der Bevölkerung honoriert.“ Angesichts von so viel Chuzpe bleibt einem die Spucke weg. Alteingesessene hingegen verweisen darauf, dass das ja genau die bewährte Methode von Strauß selig sei oder von dem Meisterdemagogen im benachbarten Italien: „Freiheit siegt.“ „Jeder zweite Bayer und jede zweite Bayerin hat uns gewählt“, brüstet sich der Wahlsieger. Nein. Wieder hochgestapelt. 47,7 Prozent haben die CSU,

20,5 Prozent die SPD, die sich nur teilweise die Empörung über die Skandalbilanz der CSU-FDP-Regierung zunutze machen konnte, gewählt. Auch dank des Zugpferdes Ude, des beliebten Oberbürgermeisters von München, konnte sie sich landesweit immerhin um zwei Prozent leicht verbessern; in Nürnberg und München verbuchte sie zum Teil beträchtlichen Stimmenzuwachs. Doch die Tatsache, dass die SPD in ganz Bayern nur ein einziges Direktmandat gewinnen konnte (in München-Milbertshofen), gibt einen Eindruck vom Kräfteverhältnis hierzulande.

Eva Petermann

(Fortsetzung auf Seite 5)

### Nebenjobs

Immer mehr Menschen in Deutschland leben inzwischen von ihren Nebentätigkeiten statt von ihrer Haupttätigkeit.

Das ist kein Wunder: Ihre Haupttätigkeit besteht nämlich darin, genügend Nebentätigkeiten zum Überleben zu finden.

### Herr Wiesmüller

Gehimes

Das einzig Interessante an diesen dauernden Veröffentlichungen der Geheimdienste über Bespitzelungen ist inzwischen nur noch, dass man dabei Dinge über sich erfährt, die man gar nicht gewusst hat.

### Das Letzte zum Brandschutz

Wahr ist, dass Raucher inzwischen erfolgreich aus ihren Wohnungen gekündigt werden.

Unwahr ist, dass die Feuerwehr kommt, wenn ein Vermieter die Miete so oft erhöht, dass es qualmt.

### Herausforderung

Wer dafür ist, dass es bei uns mit rechten Dingen zugeht, muss immer wieder dafür sorgen, dass es bei uns nicht mit rechten Dingen zugeht.

### Wahlen

Immer wieder sind in Deutschland vor den Wahlen die Wähler unentschlossen.

Dafür sind nach den Wahlen die gewählten Politiker meistens zu allem entschlossen.

Werner Lutz,

<http://www.einheiztext.de/>

## Zur Bundestagswahl am 22. September

### Wahlempfehlung des

### Parteivorstands der DKP

Der Parteivorstand der DKP ruft dazu auf, bei der Bundestagswahl mit der Zweitstimme die Partei „Die Linke“ zu wählen, solange gesichert ist, dass sie konsequent gegen Sozialabbau, Kriegspolitik, jegliche Privatisierung und für den Erhalt der demokratischen Rechte eintritt.

(Einstimmig angenommen auf der 3. Parteivorstandstagung am 29./30. Juni 2013 in Essen)

## Die DKP im Internet [www.dkp.de/](http://www.dkp.de/)

mit der Seite des Parteivorstandes

• [www.dkp-online.de/](http://www.dkp-online.de/)

mit der Seite der UZ

• [www.unsere-zeit.de/](http://www.unsere-zeit.de/)

mit dem neuen Newsportal

• [news.dkp.de](http://news.dkp.de)

Gastkolumne von Volker Metzroth

## Die Zeichen stehen auf Sturm

Bei den Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen stehen die Zeichen auf Sturm. Das Bundesverkehrsministerium unter dem CSU-Ramsauer will 3 000 von 12 000 Arbeitsplätzen streichen. Wobei die Abbau- und auch Privatisierungspläne schon auf die Zeit von Schröder/Fischer zurückgehen. Deshalb traten die Wärter der bundesweit 335 Schleusen an Deutschlands größter Binnenwasserstraße, dem Nord-Ostsee-Kanal (NOK), ebenso mehrfach in teils mehrtägige Streiks wie an kleinen Flüssen wie der Lahn. Das war und ist nötig, um die Bundesregierung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen mit ver.di zu drängen. Da die Beschäftigten hier in einer Schlüsselposition sind, erreichten sie mit wenig Aufwand große Wirkung, werden doch jährlich 220 Mio. Tonnen Fracht und 10 Mio. Passagiere auf Binnengewässern relativ ökologisch befördert.



Das regt zu ein paar gewerkschaftspolitischen Betrachtungen an. Die Kolleginnen und Kollegen der oben genannten Verwaltungen sind keine traditionellen „Kampftrouppen“ der Gewerkschaften. Wie viele andere im öffentlichen Dienst, profitierten sie lange davon, dass die ÖTV ihre kommunalen Müllmänner und Busfahrer zum Streik aufrief, wenn am Verhandlungstisch nichts mehr ging. Wie Erzieherinnen und Krankenpfleger, verstehen immer mehr Schleusenwärter und Co., dass diese Stellvertreterpolitik auch wegen der Privatisierung vieler kommunaler Betriebe Vergangenheit ist. Schon vor der aktuellen Auseinandersetzung sah man sie bei den Streikdemonstrationen in den Tarifrunden für Bund und Kommunen. Spartengewerkschaften wie GDL und UFO erzielen relativ große Wirkungen mit Streiks. 200 Lokomotivführer bringen den ganzen Fahrplan der Bahn durcheinander und finden deshalb große mediale Resonanz. Wenn 10 000 bei der Telekom einen Tag streiken, gibt es meist nur kleine Meldungen, weil „dank“ vollautomatischer Systeme die ganze Republik weiter telefoniert, faxt und im Internet surft. Dass ver.di in gleicher Weise kämpfen kann, zeigte die Gewerkschaft auch schon vor Monaten beim Sicherheitspersonal auf den Flughäfen. Der gravierende Unterschied ist aber, dass ver.di auch einen gewerk-



Karikatur: Bernd Bücking

## An den Interessen der Jungen vorbei

Neue Jugendstudie der IG Metall

Kurz vor der Bundestagswahl wissen viele junge Menschen immer noch nicht, welche Partei sie wählen sollen. So das Ergebnis einer Infratest-Studie im Auftrag der IG Metall. Kein Wunder, denn die Politik regiert an den Interessen junger Menschen vorbei. Die IG Metall empfiehlt den Jungen: Aktiv einbringen, wählen gehen und verändern. Die Parteien erreichen im Wahlkampf mit ihren Themen die Junge Generati-

Berufsleben – prekär, viele Brüche, schlecht bezahlt – ist von der Ausnahme zur Regel geworden. Das macht junge Menschen zu Recht unzufrieden – vor allem mit den politisch Verantwortlichen. Prekäre Beschäftigung schadet nicht nur den Betroffenen. Sie beschädigt auch die Demokratie: Wenn die Parteien hilflos oder gar untätig den unsozialen und unfairen Auswüchsen des Arbeitsmarktes gegenüberstehen, über-

„Gute Arbeit“ fordern fast alle großen Parteien. Doch ein Blick in die Wahlprogramme offenbart, was dahinter steckt. Die Eindämmung prekärer Beschäftigung, Equal Pay und einen flächendeckenden Mindestlohn fordern SPD, Grüne und „Die Linke“. Statt billiger Jobs brauchen wir eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wer gut, produktiv und innovativ arbeiten soll und will, braucht Sicherheit und Perspektiven. Doch seit Jahren müssen sich

### Erwartungen junger Menschen an die Politik

Sicherstellung einer angemessenen Altersversorgung	28	92
Schaffung von bezahlbarem Wohnraum	29	89
Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen	39	92
Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohns von 8,50 Euro	29	82
Schaffung von mehr altersgerechten Arbeitsplätzen	31	82
Höhere Einkommen für die breite Masse der Arbeitnehmer	33	82
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	40	88
Gleiche Bildungschancen für alle unabhängig von Herkunft oder Einkommen	47	86
Solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung aller Bürger	45	83

Quelle: IG Metall-Studie Junge Generation 2013, Basis: 1000 Beschäftigte im Alter von 14 - 35 Jahre

■ wichtig / sehr wichtig  
■ zufrieden / sehr zufrieden

## Wahlversprechen werden bald Makulatur sein ...

Kaffeesatz lesen ist nicht mein Ding, aber der Redaktionsschluss der UZ liegt nun eben mal kurz vor der Bundestagswahl und so bin doch frech genug, es dennoch zu wagen. Sicher ist heute schon, dass egal, wie die Wahl ausgeht, entweder eine – geborene – Hamburgerin oder ein Hamburger Kanzler wird. Nicht sicher, aber sehr wahrscheinlich ist, dass es weder Schwarz/Gelb noch Rot/SPD/Grün gelingen wird genügend Wähler zu täuschen, um in dieser Konstellation allein die Regierung stellen zu können. Unter den Bedingungen der sich abzeichnenden erneuten Verschärfung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird der neugewählte geschäftsführende Ausschuss des Kapitals sehr bald die gemachten Wahlversprechen zur Makulatur machen.

Über die soziale Marschrichtung des künftigen Regierungsprogramms wissen wir dank „Spiegel“ seit Ende Dezember 2012 eigentlich schon Bescheid. Das Blatt enthüllte, das im Finanzressort unter dem Titel „Mittelfristige Haushaltsziele des Bundes“ schon „ein umfangreiches Sparpaket für die nächste Legislaturperiode“ ausgearbeitet wurde. Die im Auftrag Finanzminister Schäubles tätig gewordenen Schreibtischtäter schlagen darin unter anderem vor, den bisher ermäßigten Mehrwertsteuersatz

von sieben Prozent auf z. B. Lebensmittel, Bücher oder Straßenbahnfahrten – also wichtige Ausgaben des Lebensunterhalts der Bevölkerung – abzuschaffen, um ihn dann auf 19 Prozent zu erhöhen. Doch damit nicht genug. Des Weiteren ist beabsichtigt, den Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds um 10 Milliarden zu kürzen und einen Gesundheits-Soli einzuführen, der auf die Einkommensteuer draufgeschlagen werden soll. Zur „Entlastung“ (sprich zur Senkung der Unternehmerbeiträge) der Rentenkasse soll den bekannt gewordenen Plänen nach über die Regelaltersgrenze von 67 Jahren hinaus gearbeitet werden; der Vorruhestand solle so unattraktiv wie möglich gemacht werden, so der „Spiegel“. Und auch die Hinterbliebenenrenten sollen gekürzt werden. Überhaupt, so wird vorgeschlagen, soll auf „eine stärkere Begrenzung konsumitiver Ausgaben“ orientiert werden. Gemeint ist damit vor allem die weitere Kürzung der Sozialausgaben. Schäuble, nicht aber der „Spiegel“, demontierte den Artikel. Die im Artikel genannten Vorhaben sind aber offenbar noch nicht „das Ende der Fahnenstange“. Die Unternehmervorstände werden mit aller Macht auf eine noch stärkere Deregulierung des Arbeitsmarktes drängen. Die sogenannte Energiewende wird ausgebremst bis

on kaum. Das ist eines der Ergebnisse der TNS-Infratest-Studie im Auftrag der IG Metall. Dabei wurden rund 1000 Beschäftigte im Alter von 14 bis 34 Jahren befragt. Vor allem die Beschäftigungssituation und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sind für viele Junge unbefriedigend. Konkret sind daher auch nur noch sechs von zehn Studienteilnehmern mit ihrer beruflichen Entwicklung zufrieden. Seit dem Vorjahr ist dieser Wert um nahezu 10 Prozent gesunken und so niedrig wie noch nie seit Beginn der Befragung 2009. Inzwischen ist den meisten Jungen klar: Die lange Phase der beruflichen Unsicherheit beim Einstieg ins

rascht es nicht, dass gerade die jungen Menschen in unsicheren Jobs der Regierung ein schlechtes Zeugnis ausstellen und sich am Ende von der Politik insgesamt im Stich gelassen fühlen. Junge Menschen wünschen sich auch mehr Transparenz bei der Politikgestaltung. Dafür sprachen sich 86 Prozent der Befragten aus. 76 Prozent fordern zudem eine klarere Sprache. Doch obwohl diese Aussagen eine große Unzufriedenheit zeigen, wollen acht von zehn jungen Menschen wählen gehen. Knapp zwei Drittel der unter 35-Jährigen sehen jedoch außer der Wahlbeteiligung zu wenige Möglichkeiten, um Einfluss zu nehmen.

etwa ein Drittel der Beschäftigten unter 35 mit prekärer Arbeit begnügen. Selbst der vielbeschworene Fachkräftemangel wirkt sich nicht positiv aus. „Gerade jetzt muss es den Parteien darum gehen, die zentralen Themen der jungen Menschen ernst zu nehmen“, so Detlev Wetzel, stellvertretender Vorsitzender der IG Metall. Die IG Metall erneuert kurz vor der Bundestagswahl ihre Forderung nach einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. „Auch aus eigenem Interesse müssen die Unternehmen endlich ihrer Verantwortung zur Fachkräftesicherung nachkommen. Dazu muss die Politik jetzt Druck ausüben“, so Wetzel. IGM/UZ

die Energie-Vierer-Bande sich neu aufgestellt hat. Auf die Agenda 2010 wird die Agenda 2020 folgen. Zu rechnen ist auch, dass nach Harz IV vielen Menschen hierzulande bald Wiesehügel-V droht. Und wer Sozialabbau betreibt, baut im Land auch die Demokratie zurück und ist bereit, diese asoziale Politik im Interesse des Kapitals, wenn es sein muss auch gewalttätig durchzusetzen. Außerdem wird die militärische Absicherung der Profitinteressen des deutschen Kapitals ausgebaut.

Daher ist es eigentlich auch schnurz, ob es zur Wiederauflage der Koalition aus Union und FDP oder einer großen Koalition aus SPD und Grünen, oder gar eine Schwarz/Grüne Koalition kommt. Eine von Angela Merkel dominierte Große Koalition wäre m. E. am ehesten fähig, die vom Kapital gewünschten sozialen Grausamkeiten durchzusetzen. Übrigens auch im Bundesrat, wo ja bekanntlich 9 von 16 Länderregierungen SPD-dominiert sind. Die inhaltliche Übereinstimmung von Union und SPD

ist auffällig groß, die wenigen vorhandenen Differenzen sind keine unüberwindbaren Barrieren. Aber ganz gleich welche Kombination von Parteien nach der Bundestagswahl die Regierung bilden wird, es wird keine Konstellation geben, die den arbeitenden Menschen die Wünsche von den Augen abliest und dann erfüllt. Nein, wir werden jeden Zentimeter sozialen Fortschritt selber gegen Kapital und Regierung erkämpfen müssen. Manfred Dietenberger

# Der König ist tot, es lebe der Kaiser

Nach 18 Jahren hat der König sein Königreich verlassen.  
18 Jahre dirigierte Klaus Wiese die IG BAU

Nach 18 Jahren als Bundesvorsitzender der IG BAU ist Klaus Wiese auf dem 21. Gewerkschaftstag der IG BAU nicht mehr als Bundesvorsitzender angetreten. Als Mitglied des Schattensabinetts von Peer Steinbrück ist er als Arbeits- und Sozialminister einer sozialdemokratischen Regierung vorgesehen. Mit Klaus Wiese verlässt die IG BAU ihren König, der die IG BAU hart und zentralistisch regierte. Es endete eine Ära, die nicht gerade vom Erfolg geprägt wurde. Tarifpolitische Erfolge standen bei der IG BAU selten auf der Tagesordnung. Politische Aussagefähigkeit wurde klein geschrieben. Als Baumeister einer neuen Gewerkschaft, einer neuen IG BAU wollte sich Wiese einen Namen machen. Das Ergebnis ist verheerend. Die Mitgliederzahlen haben sich in der Ära Wiese halbiert, die IG BAU hat sich aus der Fläche zurückgezogen, hauptamtliche Sekretäre wurden entmündigt. Wiese wollte die IG BAU den Mitgliedern zurückgeben. Zurück lässt er eine „zahnlose“ Gewerkschaft, die noch weiter verschlankt werden soll um eigenständig zu überleben. Die Frage, der sich die Delegierten auf dem Gewerkschaftstag stellen mussten! Ist der „Abgang“ von Klaus Wiese nun ein Befreiungsschlag für die IG BAU? Mit großen Erwartungen reisten über 300 Delegierte nach Berlin, in der Erwartung eine Aufbruchstimmung zu erleben. Sie erlebten – nach Auffassung nicht weniger Delegierten – einen „Wahlkongress“ der SPD. Bereits vor dem Gewerkschaftstag zeigte die IG BAU ihre Wahlempfehlung deutlich. Erstmals wurde im „Grundstein“ (IG-BAU-Zeitung) ein Wahlauftrag der SPD veröffentlicht. Die mit Spannung erwarteten Wahlen des neuen Bundesvorstandes der IG BAU blieben ohne große Überraschungen. Mit Robert Feiger wählten die Delegierten einen neuen Bundesvorsitzenden, der zuletzt unter Wiese für Personal und Finanzen zuständig war. In seiner Antrittsrede sprach Feiger von einer „schlanken“ Organisation, nicht von einer Kampforganisation, die eine Gewerkschaft sein sollte. Fei-

ger sprach – zwischen den Zeilen – von einer neuen Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft im Bereich Werkverträge und illegale Beschäftigung. Der neue Vorsitzende kündigte weiter an, die Gewerkschafts-

vertreter gewählt. Schaum, der für den grünen Bereich innerhalb der IG BAU steht, spiegelt das Bild der „neuen IG BAU“ wieder: sozialpartnerschaftlich, sozialdemokratisch, anpassungsfähig und ohne Ecken und Kanten. Bei einer

dige Neuausrichtung der IG BAU zu einer Kampforganisation spiegelt sich nur zum Teil in den Anträgen und Diskussionen wider. Viele ehrenamtliche Funktionäre stehen der IG-BAU-Struktur hilflos gegenüber und sahen



Foto: IG BAU (Paul Schimweg)

Der neue Bundesvorsitzende der IG BAU, Robert Feiger.

arbeit vor Ort stärken zu wollen und die Mitgliedergewinnung ganz oben auf die Tagesordnung zu stellen. „Wir wollen eine starke, politisch mündige und selbstständige IG BAU“, so Feiger. Rezepte, wie dies umgesetzt werden soll, nannte er nicht. Ein Farbtupfer im Bundesvorstand ist Dietmar Schäfers, ein Gewerkschafter von der Picke auf, verkörpert für viele IG-BAU-Mitglieder die Außendarstellung ihrer IG BAU: kampflustig, kritisch und ein Gewerkschafter durch und durch. Mit knapp über 90 Prozent wurde Schäfers wieder zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Mit Harald Schaum wurde ein weiteres Bundesvorstandsmitglied zum Stell-

Kampfabstimmung um die beiden weiteren Sitze im Bundesvorstand setzten sich Ulrike Laux und Carsten Burckhardt durch. Laux, die für die Frauen in der IG BAU steht, wird dem linken Flügel in der IG BAU zugeordnet. Der 40-jährige Burckhardt ist neu im Bundesvorstand. Er war Bundesjugendsekretär, Fachreferent, Regionalleiter. Der Begriff „Führungskraft“ wurde durch Burckhardt in der IG BAU neu geprägt. Mal Linker mal Sozialdemokrat, das Fähnchen wird immer in die richtige Richtung gestellt. Die innergewerkschaftlichen Diskussionen und Aufbruchstimmung spielten auf dem Gewerkschaftstag nur noch eine Nebenrolle. Die notwen-

den 21. Gewerkschaftstag als letzten „ordentlichen Gewerkschaftstag“ der IG BAU. Vielen Mitgliedern und Funktionären ist bewusst, dass diese IG BAU alleine nicht überlebensfähig ist. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis wann die IG BAU schlank genug für eine Übernahme ist. Sinkende Mitglieds- und Beitragszahlen lassen die IG BAU teilweise vom „Tafelsilber“ leben. Grundstücke und Immobilien sind bereits zum Teil verkauft um die Löcher zu stopfen. Ob der neue „Kaiser“ die IG BAU auf einen neuen Kurs, der sie überlebensfähig macht, führen kann, steht nach diesem Gewerkschafts-Tag mehr als nur „in den Sternen“.

## Streiks im Berliner Einzelhandel gehen weiter

Bestreikt werden Ikea und einige Kaufland-Filialen, sowie die Buchhandelskette Thalia. Gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft fordern die ver.di-Kollektiven für die insgesamt rund 199.000 Beschäftigten im Einzelhandel in der Region unter anderem eine Erhöhung der Vergütungen um einen Euro pro Stunde und die Wiederinkraftsetzung des von den Unternehmern einseitig gekündigten Manteltarifvertrags. Das lächerliche Angebot der Arbeitgeber: 2,5 Prozent mehr Geld ab Oktober 2013, dazu sollen dann von Juli 2014 noch weitere 1,5 Prozent kommen.

## Siemens baut Stellen ab

Auf Grund seiner schwächelnden Bahnsparte plant Siemens eine massive Arbeitsplatzvernichtung. Mehr als zehn Prozent der rund 6.000 Arbeitsplätze sollen vernichtet werden. In Deutschland will der Konzern 700 Arbeitsplätze abbauen, allein am Standort Erlangen sei die Streichung von 340 Stellen bereits mit dem Betriebsrat vereinbart worden.

## Bundratsinitiative gegen Schein-Werkverträge

Um den Missbrauch von Werkverträgen einzudämmen, beabsichtigen Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Bundratsinitiative zu initiieren. So die Baden-Württembergische Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD). Besonders in der Fleischindustrie würden Werkverträge systematisch nur noch zum Schein genutzt, um so arbeitsrechtliche Standards zu umgehen. Die Initiative soll an den neuen Bundestag zur Entscheidung weitergeleitet werden.

## Löscher gefeuert – jetzt Kaeser

Löscher wurde gestürzt, weil er die Vorgaben des Siemens-Clans nicht einhalten konnte. Das ungeschriebene Gesetz der Familie Siemens, die den Aktienbesitz dominiert, lautet: Mindestens genau so viel Profit wie die Konkurrenz. Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt ist der US-Konzern General Electric, der eine Marge von 15 Prozent einfährt. Mehrere Male musste Löscher die Gewinnprognosen kürzen.

Er war ein Getriebener des immer schärfer werdenden Kampfes um Maximalprofit. Ein Opfer des Time-to-market-Rennens, das sich bei Siemens so auswirkte: defekte Klimaanlagen im ICE, verzögerte Auslieferung neuer ICE-Züge, Debakel mit der Windenergie (siehe Kasten). So ein Rauswurf mag hart sein für einen Spitzenmanager, doch 50 Millionen Euro werden ihm dabei nachgeschmissen. Kaeser, der Neue, galt im Konzern immer schon als langer Arm der Siemens-Familie. Der Ex-Finanzchef hat, anders als Löscher, den Stallgeruch. Und er ist ein Bayer, was Seehofer freudig anmerkte.

Doch schon macht sich übler Geruch bemerkbar. „Die Welt“ vom 10. September meldet, in Erlangen werden 340 Stellen abgebaut, jede/r Zehnte ist betroffen. In der Bahnsparte sollen bundesweit 700 Arbeitsplätze gestrichen werden (Stuttgarter Zeitung, 11. September). Auch in Krefeld, einem Produktionsstandort, soll abgebaut werden. Nach dem Gezerre um den Chefposten kehrt der normale kapitalistische Alltag bei Siemens wieder ein.

km  
(aus: Auf Draht, Betriebszeitung der DKP München und Gruppe KAZ)

15 km vor Borkum drehen sich endlich 30 Windräder. Doch der Anschluss ans Festland fehlt immer noch, voraussichtlich bis 2014. Um in der rauen Seeluft keinen Rost anzusetzen, werden sie mit Dieselmotoren betrieben. Sie verbrauchen dabei 22.000 Liter Diesel im Monat. Dieselruß statt Ökostrom!

## Schweizer Managern droht Lohndiktat

Mehr als 400.000 Lohnabhängige leben an der Armutsgrenze

Die zehn Prozent Schweizer ArbeiterInnen im untersten Lohnsegment verdienen 1072-mal weniger als die Topverdiener im Heidi-Land Schweiz. Während das Vermögen der 300 Reichsten der Schweiz in den vergangenen 20 Jahren um das Fünffache wuchs, stiegen parallel die Löhne der abhängig Beschäftigten kaum über die jeweilig aktuelle Inflationsrate. Mehr als 400.000 Lohnabhängige leben mit ihrem Gehalt von unter 4.000 Franken an der Armutsgrenze, gleichzeitig sackt das kleine Häuflein der Spitzenverdiener im Schnitt 42.400 Franken – wohlgernekt pro Monat – ein. Damit das nicht so bleibt, gibt es in der Schweiz Ende November ein Volksbegehren, sprich Volksinitiative. Im ersten Augenblick reibt man sich die Augen. Ausgerechnet in Helvetia, wo doch die Schweiz eines der zehn reichsten Länder der Erde ist. Jeder zehnte Milliardär auf der Welt lebt dort. Im Schnitt verdienen in den Schweizer Unternehmen die Top-Manager rund vier Millionen Euro pro Jahr. Damit verdienen sie pro Jahr mehr als die übergroße Mehrheit der abhängig Beschäftigten Schweizer in ihrem ganzen Leben. Obendrauf gibt aber noch üppige Boni und Abfindungen. Beispiel: Der gerade erst abgetretene Boss des Basler Pharmariesen Novartis, Daniel Vasella. Er soll mehr als 30 Millionen Euro im Jahr verdient haben. Das 720-fache des niedrigsten Lohns bei Novartis. Der Schweizer Konzern zahlt dem feinen Herrn sage

und schreibe 72 Millionen allein dafür, dass er sein Wissen in die nächsten sechs Jahre nicht an die Konkurrenten weitergibt. Dieser goldene Maulkorb drückt ihn nicht schwer, auch wenn er auf Grund des Publikwerdens des Deals jetzt versprochen hat, das Geld für einen sozialen Zweck zu spenden. Zum Trost bleibt ihm ja noch die Zusage des Konzerns, in Zukunft noch als Berater für das Unternehmen zum Tagessatz von schlappen 25.000 US-Dollar tätig sein zu dürfen. Damit muss Schluss sein. Die Konzerne sollen künftig ihren bestbezahlten Managern maximal zwölf Mal so viel Gehalt überweisen wie dem schlechtbezahltesten Malocher im Betrieb, erklärt eine Initiative von Jusos, Grünen und Schweizer Gewerkschaften. Ihre Gegner trösten sie mit dem Hinweis darauf, dass wer von den Bossen dennoch ein höheres Einkommen wünsche, könne dies ja leicht möglich machen, er brauche dazu ja nur den Verdienst der untersten Lohngruppe im Unternehmen entsprechend zu erhöhen. Grund für diese Initiative liefern aber auch noch andere Schweizer Konzernherren. Von einem Lohnverhältnis 1 zu 12 ist die Schweiz nämlich derzeit noch meilenweit entfernt. So beträgt es beispielsweise beim Schokoladenkonzern Lindt & Sprüngli 1:144; beim Lebensmittelkonzern Nestlé 1:186; bei der Crèdit Suisse Bank 1:209 und bei der Großbank UBS hat der oberste Chef schon nach 26 Minuten den Monatslohn eines Lastwagenfah-

ners „verdient“. Klingt utopisch und radikal – doch „1:12“ findet immer mehr Gefallen beim Schweizer Volk. Umfragen sagen, schon fast jede/r zweite Schweizer/in sei dafür.

★

Auch in Deutschland sind die Managergehälter unter Beschuss geraten. Der frühere Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann führte jahrelang die Hitliste der Topverdiener in den Dax-Konzernen an. 2011 verwies ihn VW-Chef Martin Winterkorn des Platzes. Winterkorn soll für das Jahr 2012 rund 14,5 Millionen Euro erhalten haben. Welch unverschämte hohe Summe das ist, wird sichtbar, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass der tarifliche Mindestlohn einer Friseurin in Thüringen bei 3,18 Euro in der Stunde liegt. Macht mickrige 25,44 Euro am Tag. Auch wenn die Kollegin tagtäglich, also 365 Tage lang durchmalochen würde, käme sie brutto gerade einmal auf 9.300 Euro im Jahr. Martin Winterkorn, Boss des Automobilkonzerns Volkswagen, kann sich auf das 1.560-fache am Ende des Jahres freuen. Aber auch der Daimler-Vorstandsvorsitzende Dieter Zetsche saht mit 8,2 Millionen und Siemens-Chef Peter Löscher mit 7,8 Millionen auch nicht schlecht ab. Ganz hinten auf der Rangliste der Topverdiener rangiert weit abgeschlagen der erste Mann der Lufthansa, Christoph Franz, mit einem Jahreseinkommen von immerhin 2,1 Millionen Euro. Laut DGB

ist Winterkorn ein Extrem-, aber keinesfalls ein Einzelfall. Sein Sklaventreiberlohn beträgt wohlgernekt mehr als das 300-fache des durchschnittlichen Bruttoverdienstes eines Beschäftigten in der Industrie: 1987 habe ein Vorstand eines Dax-Unternehmens erst etwa das 14-fache eines Durchschnittsgehalts eingeholt. Heutzutage ist es im Durchschnitt mehr als das 70-fache. Für die Konzernchefs ist selbst der vom DGB geforderte Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde ein Graus, selber aber streichen die Herren der 30 größten an der Börse gehandelten Konzerne im Durchschnitt rund fünf Millionen Euro im Jahr ein. 20 Jahre zuvor waren es „erst“ 570.000 Euro. Heute verdienen die Vorstände das 54-fache dessen, was ein durchschnittlicher Arbeitnehmer bekommt.

Zugleich bauen die Manager noch millionenschwere Pensionsansprüche auf, während immer mehr Malocher von Altersarmut bedroht sind. Wären Konzerne wie Daimler oder VW, deren Chefs 2012 zwischen knapp 7 und 15 Millionen im Jahr kassieren, Schweizer Konzerne und gäbe es hierzulande auch eine erfolgreiche „1:12“-Volksinitiative, dann dürfte VW-Chef Winterkorn pro Jahr künftig nicht mehr als 446.400 Euro einstecken. Das bedeutete für ihn einen „Verlust“ von 14,8 Millionen jährlich. Auch Daimlerchef Zetsche bekäme pro Jahr „nur“ noch 446.400 Euro. Persönlicher Verlust jährlich 7,7 Millionen Euro. Am Schluss sei hier die Frage erlaubt: Warum starten wir nicht auch so eine wirklich Notwendige Initiative?

MD

**Streit um Resi-Huber-Platz**

Um die Kennzeichnung des Resi-Huber-Platzes ist in München-Sendling ein Streit entbrannt. Dazu stellte uns Fred Schmid einen Leserbrief zur Verfügung, den er an die Süddeutsche Zeitung schickte:

Der Bezirksausschuss Sendling wollte am neu benannten Resi-Huber-Platz (Ecke Brudermühl-/Implerstraße) Erläuterungsschilder zum Wirken der Sendlingerin anbringen: „Resi Huber – Half Häftlingen im KZ Dachau – Kommunistin, Antifaschistin, Friedensaktivistin“. Der Kommunalausschuss „entschärfte“ jetzt die BA-Fassung und reduzierte das Wirken Resi Hubers auf „Friedensaktivistin“.

Ich meine, niemand und schon gar nicht eine Stadtverwaltung, hat das Recht, einem Menschen die Identität zu rauben. Als langjähriger Freund von Resi Huber weiß ich um den engen Zusammenhang ihres politischen Wirkens und ihrer Überzeugung. „Kommunistin sein“ war für sie gleichbedeutend mit dem aktiven Eintreten für Frieden und für eine gerechtere Welt. Darüber mag man streiten, aber man darf es nicht verfälschen.

Desgleichen war sie engagierte Antifaschistin – gefühlsmäßig und spontan in ihrer Jugend unter der Nazi-Diktatur und bei ihrer Arbeit in der Plantage neben dem KZ-Dachau, wo sie ihr Leben riskierte, um Häftlingen zu helfen. Nach dem Krieg betrachtete sie ihre Erfahrungen als Auftrag, weiterhin gegen Völkermord und Rassismus zu kämpfen, gemäß dem Schwur der KZ-Häftlinge: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“. Sie verkörperte die Zivilcourage, die verbal heute so häufig von der offiziellen Politik im Auftreten gegen alte und neue Nazis eingefordert wird. Gerade in ihrem umfassenden humanistischen Engagement ist ihr Vorbildcharakter für die heutige Jugend zu sehen. Man darf da nicht einfach Teile wegzensieren.

Es stünde dem Kommunalreferat gut an, das Leben Resi Hubers in der Broschüre „Das Wild-Reserl und die ‚KZ-Plantage‘“ (VVN-Bund der Antifaschisten) nachzulesen.

**Beschwichtigen, Hinhalten, Weggucken**

Das „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“, schreibt zu einem für den 21. September geplanten Nazi-Aufmarsch unter anderem:

Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher hat am 4. Juli 2013 in einer Pressemitteilung angekündigt, sie werde „alle rechtlichen Möglichkeiten“ eines Verbotes des Naziaufmarsches intensiv prüfen und erklärt, die Wuppertaler Bevölkerung müsse sich keine Sorgen machen. Zu einem Verbot der Naziversammlung ist es bis heute nicht gekommen. Aus der Absicht, die Nazi-Veranstaltung nach Barmen zu verlegen, ist anzunehmen, dass von Seiten der Polizeipräsidentin vermutlich kein Verbot geplant ist. Damit wird deutlich, dass das Radermacherische Polizeiversagen – Beschwichtigen, Hinhalten und Weggucken – fortgesetzt werden soll. Das „Wuppertaler Netzwerk“ unter Federführung von Oberbürgermeister Peter Jung hat die Zusammenarbeit mit unserem „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“ einseitig für beendet erklärt. Folglich wird es am kommenden Samstag keine gemeinsame Veranstaltung geben. Kathrin Beerbaum vom „Bündnis“ bedauert dies sehr: „Ich finde es traurig, dass das ‚Netzwerk‘ nun nicht mehr gemeinsam mit uns gegen Nazis vorgehen möchte. Hier offenbart sich ein autoritäres Demokratieverständnis, das offensichtlich davon ausgeht, dass der Widerstand gegen Nazis nur von führenden Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften, Kirchen und Parteien bestimmt und nicht unter aktiver Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger geführt werden soll. Wir dachten, wir wollten alle Seite an Seite den Nazis hier in Wuppertal keinen Platz bieten. Dass das ‚Netzwerk‘ eine Woche vor dem Nazi-Aufmarsch faktisch spaltet, ist kaum zu glauben. Den Einzigen, denen das ‚Netzwerk‘ damit in die Hände spielt, sind die Nazis. Das ist wirklich beschämend!“

<http://wuppertal-gegen-nazis.de>

# Frieden hat wenig Rückhalt bei den etablierten Parteien

**Aufruf des Friedensratschlages zur Bundestagswahl**

Zum Endspurt der Parteien um die Gunst der Wählerinnen und Wähler erklärten die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag: Ein Vergleich zwischen der Agenda der Friedensbewegung und den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien zeigt, dass es wenig bis gar keine Übereinstimmung mit den vier Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, und dass es sehr viel Übereinstimmung mit einer Partei, der Partei „Die Linke“ gibt.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat in einem Aufruf zur Bundestagswahl neun Essentials genannt, die ihm als Messlatte für die Wahl von Parteien oder Einzelkandidaten dienen. Genannt werden darin die Forderungen nach einem sofortigen und vollständigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, der Beendigung jeglicher militärischer Einmischung im

*Keine Übereinstimmung mit den vier Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen*

Syrien-Konflikt (wozu die Stationierung von Patriot-Raketen gehört), nach Beendigung der Sanktionen gegen den Iran und der Unterstützung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen und Mittleren Osten, nach Initiativen für einen gerechten Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt, dem Abzug der auf deutschem Boden stationierten US-Atomwaffen, der Ächtung von bewaffneten Kampfdrohnen, dem Stopp der „Transformation“ der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee, einem Verbot von Waffen-



exporten und der Zurückdrängung des Militärs aus Schulen und Hochschulen.

Nicht nur die Regierungsparteien, auch SPD und Grüne betrachteten in den letzten drei Legislaturperioden den

Krieg wieder als normales Mittel der Politik. Grundsätzliche Gegenpositionen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat bisher lediglich die Fraktion der Linken bezogen. Das ist der Friedensbewegung zu wenig. Sie braucht künftig nicht nur eine starke Fraktion „Die Linke“, sondern viel mehr Abgeordnete aus den anderen Parteien, die mit ihren Positionen übereinstimmen oder sympathisieren.

Zu einigen Essentials hat bei manchen Kandidat/innen der Grünen und der SPD ein vorsichtiger Umdenkungsprozess eingesetzt. Viele von ihnen scheinen froh darüber zu sein, dass Ende 2014 der Afghanistaneinsatz beendet werden soll. Es regt sich aber noch zu wenig Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung, über 2014 hinaus mit einer reduzierten Anzahl von Soldaten am Hindukusch zu bleiben. Stärkere rot-grüne Unterstützung erfährt die Friedensbewegung mittlerweile auch beim Protest gegen Rüstungsexporte oder gegen Kampfdrohnen. Der Bundesausschuss Friedensratschlag – der parteipolitisch unabhängig ist – ruft daher dazu auf, neben der Linken auch einzelne Kandidaten anderer Listen zu wählen, wenn diese friedenspolitisches Engagement zeigen.

Wir wissen: Friedens- und Abrüstungspolitik ist in diesem Wahlkampf kein Top-Thema. Es kann aber ein großer Fortschritt sein, wenn in den nächsten Bundestag mehr Abgeordnete einziehen, die aus den Reihen der Friedensbewegung kommen oder mit ihr sympathisieren. Daher werben wir für Stimmen gegen Krieg und Militarismus, für Frieden und Abrüstung.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag  
Lühr Henken, Peter Strutyński

## Die Extremismus-Klausel hilft den Nazis

**Experten entlarven das Schröder-Ministerium**

Allen Reden nach dem NSU-Desaster zum Trotz: Anti-rechts-Vereine werden vom Bund finanziell kurz gehalten. Nun droht vielen Initiativen das Aus. So berichtet der „Spiegel“, 36/2013, 2. 9. 2013. Es heißt dort weiter, Politiker betonen gern die Bedeutung „zivilgesellschaftlichen Engagements“. Nach der Enttarnung der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) beschworen Vertreter aller Parteien ein verstärktes Vorgehen gegen Rechtsextremismus. Was läge daher näher, als jene Menschen und Institutionen, die sich tatkräftig gegen Neonazis einsetzen, auch materiell zu unterstützen? Monatelang hat das gemeinnützige Berliner Unternehmen Phineo die Wirksamkeit eines Engagements gegen rechte Umtriebe untersucht. In ihrem Bericht kritisieren die Forscher das staatliche Förderchaos und die chronische Unterfinanzierung von Anti-rechts-Initiativen. „Selbst prämierte Vereine, deren Beitrag für die demokratische Kultur in Deutschland unbestritten ist, kämpfen ums Überleben“, urteilt Phineo-Vorstand Andreas Rickert.

Die Förderpraxis des Staates gehe an der Wirklichkeit vorbei, kritisieren die Phineo-Forscher. Der Bund setze voraus, dass Anti-rechts-Institutionen sich im Wesentlichen durch Spenden aus der Wirtschaft finanzieren können. Dies sei jedoch so gut wie nie der Fall. Denn Unternehmen setzen ihr Geld lieber für Bildungskampagnen oder Umweltthemen ein. Der Kampf gegen Rechtsextremismus liefert keine schönen Bilder. Erfolge drücken sich lediglich dadurch aus, dass Vorfälle von Gewalt und Rassismus ausbleiben. Wer auf Probleme durch Neonazis in der Region hinweist, gilt zudem schnell als Störer. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) nötigt Anti-Nazi-Initiativen sogar, sich schriftlich

zur Verfassung zu bekennen: durch die Unterzeichnung der sogenannten Extremismus-Klausel. Dahinter steckt der Generalverdacht, dass jeder Anti-Rechte zugleich ein Extrem-Linker sein könnte.

Die „Wirtschaft“ als Förderer des Antifaschismus? Wo gibt es denn das? Als die Industrie- und Handelskammer zu Dortmund kürzlich ein rundes Jubiläum feierte, da lud sie sich den Bundespräsidenten als Festredner in die Oper ein. Die Nazis kamen, um gegen Gauck zu motzen. Die staatlich geförderten Anti-Rechtsgruppen schienen besonders empört, weil die Nazis gegen Gauck hetzten, die übrigen Grup-

pen waren noch mehr wütend, weil die Nazis auf den Platz der Alten Synagoge vor der Oper wollten. Der Platz wurde dann von Antifas besetzt, abgeriegelt. Und was tat „die Wirtschaft“? Die Herren im Nadelstreifen und die Damen im kleinen Schwarzen kamen aus der Oper, hatten eine Geschenke-Tüte an der Hand baumeln – und würdigten die Demonstranten keines Blickes. Nichts mit zu tun.

Antifa-Proteste stören nur. Und so kam der Einzelhandel von Dortmund durch seine Sprecher mal wieder auf die Idee, man solle die Nazis einfach unbeachtet in der Stadt aufmarschieren lassen. Dann würden sie sich erledigen. Das

sagen diese Leute seit rund 15 Jahren. Zum Glück finden sie kaum Gehör. Mehr Gehör findet die Bundesregierung, die verlangt, dass die Antifa-Gruppen einen antiextremistischen Revers unterschreiben. Das machen offenbar viele „bürgerliche“ Gruppen mit. Anders ist es nicht zu erklären, dass sogar linke antifaschistische Widerstandskämpfer und ihre Hinterbliebenen von den „Wohlanständigen“ wie Schmuttelkinder behandelt werden. Dass Antifa-Bewegungen vielerorts gespalten werden. Der „Spiegel“-Artikel erklärt so Manches.

Ulrich Sander



## Kreuznach zeigt Gesicht gegen Rechts

Breites Bündnis gegen NPD-Häuflein

Über 300 Bad Kreuznacher riefen „Haut ab“; als am Samstag (14.09.2013) sechs bis acht Nazis von der NPD über Schleichwege kommend mit polizeilichem Geleitschutz auf dem Holzmarkt in der Bad Kreuznacher Neustadt vorfuhren. Per Lautsprecher wollten sie ihre Tiraden über eine angebliche „Asylanflut“ an den Mann und die Frau bringen in der Hoffnung, damit am 22. September die Stimmen einiger Hohlköpfe zu bekommen. Die braune Hetze ging nicht nur im Konzert Hunderter IGM-Trillerpfeifen unter, sondern auch unter Sprechchören wie „Nazis raus“ und „Folgt eurem Führer – bringt euch um!“.

### In zwei Tagen Gegenwehr organisiert

Dass die NPD-Wahlkampftruppe an dem Tag neben Mainz, Koblenz und einigen kleineren Städten auch die Stadt an der Nahe heimsuchen wollte, wurde erst am Mittwochabend bekannt, zumindest der Öffentlichkeit. Hauptsächlich per E-Mail und facebook informierten Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, der VVN-BdA und sozialen Bewegungen über den geplanten NPD-Aufzug und riefen zur Gegendemonstration auf, angemeldet vom Netzwerk am Turm, in dem sich Gruppen und Gruppierungen zusammengefunden haben, die an den Themenbereichen Gerechtigkeit, Frieden, Umwelt und Antifaschismus arbeiten.

### Breites Bündnis gegen NPDler

Ein Beteiligter schilderte es auf facebook so: „Schon 1/2 Stunde bevor die Braunen kamen, zählte ich 180 Antifaschistinnen und Antifaschisten, und es wurden immer mehr. 300 waren es mindestens, eher mehr. Gegen 6–8 Nazis. Und ein breiter Querschnitt durch die Bevölkerung stellte sich der braunen

Sch... entgegen. Gewerkschafter mit Fahnen vom DGB und ver.di, mit Trillerpfeifen von der IGM, auch der örtliche Vorsitzende des Beamtenbunds, Kirchenleute und Atheisten, Mitglieder von CDU, DKP, Grünen, LINKE, Piraten und SPD (bewusst hier in alphabetischer Reihenfolge), Kommunal auch von der Fairen Liste, Junge und Alte, Eingeborene und Eingewanderte bevölkerten Kreuznachs Neustadt. Zudem ‚Autonome‘, VVN-BdA und atac, die Netzwerker vom Turm. Sollte ich jemanden übersehen haben, dann ergänzt die Aufzählung. Keine Chance für die 6 bis 8 Nazis, aber auch nicht für jene, die uns so gerne in angeblich ‚Gewaltbereite‘ und ‚Friedliche‘, ‚Besonnene‘ und ‚Chaoten‘ aufspalten wollen. Da gab es nur uns und die! Bad Kreuznach zeigte mal wieder Gesicht gegen Rechts!“ Neben Stadtratsmitgliedern von SPD, „Die Linke“, Grünen und Fairer Liste beteiligte sich auch der SPD-Landtagsabgeordnete Carsten Pörksen an der Gegendemonstration. Die Anführerin der CDU im Land, Julia Klöckner, die nur 300 m vom Holzmarkt entfernt wohnt, wurde (zumindest vom Autor dieses Berichts) nicht gesehen.

### Auch künftig querstellen gegen Nazis

So wie die NPDler kamen, mussten sie wieder weg, unter Polizeischutz durch eine Feuerwehrezufahrt, weil die Ausfahrten vom Holzmarkt mittlerweile von demonstrierenden Bürgerinnen und Bürgern blockiert waren. Ausländerpfarrer Sigi Pick vom Netzwerk am Turm schloss die Gegendemonstration mit einem Dank an alle, die gekommen waren, und der Ansage, dass sich Bad Kreuznach auch künftig gegen Nazis querstellen wird.

Volker Metzroth

## „Die Lehren ziehen“

Erinnerung an den faschistischen Putsch in Chile

Mehr als 150 Menschen haben in der vergangenen Woche in Düsseldorf an den 40. Jahrestag des Militärputsches in Chile erinnert. Aufgerufen zu der Demonstration, die vor das dortige US-Konsulat führte, hatte ein Bündnis linker Organisationen, darunter „See

In einem am Dienstag gehaltenen Redebeitrag wies Gert Eisenbürger von der „Informationsstelle Lateinamerika“ auf die persönliche Verantwortung des damaligen US-Außenministers Henry Kissinger hin, der den Putsch gegen die demokratische gewählte Re-



Red – Interventionistische Linke Düsseldorf; die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele bezeichnete das Gedenken als „wichtige Aktion, da es für Sozialisten und Kommunisten notwendig ist, politische Lehren aus dem Putsch in Chile zu ziehen“.

gierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende mit Hilfe von rechts-extremen Militärs organisiert hatte. „Wir verurteilen deshalb die geplante Einrichtung einer ‚Henry-Kissinger-Profilierung für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung‘ an der Universität Bonn und kündigen hiermit unseren entschiedenen Protest an“, so Eisenbürger. Markus Bernhardt

### Bundesregierung will Raub nicht entschädigen

„Die Bundesregierung will sich offenkundig nach wie vor an den nach 1933 geraubten Vermögen des Bundes der Polen bereichern. Eine würdige Rehabilitation und eine materielle Entschädigung von Angehörigen der polnischen Minderheit für die erlittene Verfolgung in der Nazizeit lehnt sie wie bereits die Vorgängerregierungen ab. Betroffen sind insbesondere die für ihr politisches und kulturelles Engagement Verfolgten sowie in Konzentrationslagern eingesperrten und ermordeten Nazi-Opfer“, kritisiert Sevim Dagdelen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages und Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion „Die Linke“ anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Entschädigung von deutschen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen polnischer Herkunft wegen Verfolgung im Nationalsozialismus“ (BT-Drs. 17/14 665). Dagdelen weiter: „Das geraubte Vermögen ist nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland größtenteils in deren Besitz übergegangen. Wenn es vermögensrechtlich von Vorteil scheint, sieht die Bundesregierung die BRD gerne subjektiv mit dem Deutschen Reich (BT-Drs. 17/12 307). Doch geht es um berechnete Forderungen, die sich aus den Verbrechen des Deutschen Reiches an der polnischen Minderheit ergeben, lehnt sie die Übernahme der Verantwortung kategorisch ab. Die Verfolgten werden mit der Errichtung einer ‚Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte‘ abgespeist. So sieht weder eine Rehabilitierung noch eine Entschädigung aus. Eine ‚Öffnung des Bundesentschädigungsgesetzes‘ ist seitens der Bundesregierung nicht geplant. Skandalös ist, dass die Bundesregierung damit der heuchlerischen Logik folgt, dass die Verfolgung der polnischen Minderheit in der Nazi-Zeit nicht entschädigungswürdig sei. Die polnischen Bürger/innen deutscher Staatsangehörigkeit seien von der Nazi-Diktatur lediglich wegen ihrer gegen das damalige faschistische Deutschland gerichteten ‚nationalen Gesinnung‘ verfolgt worden. Eine Entschädigung stehe ihnen deshalb nicht zu.“

Fortsetzung von Seite 1

## Zettelrekord bei den Landtagswahlen in Bayern

Medialer Jubel herrscht in Bayern über den Anstieg der Wahlbeteiligung gegenüber 2008 auf ca. 64 Prozent. Vergessen wird dabei, dass somit jeder dritte Wahlberechtigte der Wahl ferngeblieben ist. Auf eine Aufbruch- und Wechselstimmung deutet dies nicht eben hin.

Auffällig ist die Rekordzahl an Briefwählern – fast ein Viertel der Wählerschaft, sicher wegen der (überdies kostspieligen) Terminierung auf zwei Wahlsonntage hintereinander. Bei den teilweise überforderten Behörden kam es zu Verwechslungen der Wahlscheine für Landtags- bzw. Bundestagswahl; auch zu verspäteter oder verschlammter Zustellung von Briefwahlunterlagen. Die Bayern hatten übrigens nicht nur Parteien und Kandidaten für den Landtag und die Bezirke zu wählen. Sondern es wurden gleichzeitig nicht weniger als fünf Volksabstimmungen durchgeführt, u. a. zur Schuldenbremse und zur Aufnahme der Ehrenamtlichkeit in die bayrische Verfassung.

### Leider kein Denkmittel für die CDU

Folglich glich das Ganze mehr einem Lese- bzw. Stresstest für Wähler und Auszähler als einer seriösen Wahlentscheidung. So viel Demokratie auf so viel Papierzetteln gleichzeitig hat man im Freistaat noch nicht erlebt ... Was hätte wohl ein OECD-Wahlbeobachter dazu gesagt?

All das ändert wenig daran, dass die CSU triumphiert wie ein Schneekönig. So holte die bisherige Justizministerin Merk trotz ihres offenkundigen Versagens im Fall Mollath zum ersten Mal ein Direktmandat. Ähnlich der CSU-Bundestagsabgeordnete von Oberfranken namens Alexander König (!): Er war tief in die Verwandten-Affäre ver-

wickelt und hatte sich auch durch den Kauf einer 6 000 Euro teuren Leica mit Steuergeldern blamiert. Federn musste er tatsächlich lassen, sein Direktmandat behielt er.

Die CSU scheint wieder fest im Sattel zu sitzen, nicht zuletzt dank ihres ebenso wendigen wie weithin populären Landesvorsitzenden. Doch Seehofers Bäume werden keineswegs in den Himmel wachsen. Man erinnere sich: Bei Wahlen vor dem mageren Wahljahr 2008 konnten sich die sogenannten Christsozialen regelmäßig auf satte 60 Prozent und mehr verlassen. Heuer wurden also in erster Linie Stimmen im offenen bürgerlichen Lager umverteilt. Die ewige Untote, die FDP, muss auf Leihstimmen hoffen, die dann den C-Parteien fehlen würden. Das kann ganz kurzweilig werden.

Gar nicht komisch allerdings ist die Schwäche der Opposition und erst recht der Linken in diesem Bundesland. SPD, Freie Wähler (9 Prozent) und Grüne (schwache 8,6 Prozent) konnten sich nicht auf ein Wahlbündnis verständigen. Die Freien Wähler eierten hin und her und verloren zur Strafe zwei Sitze. Einen echten Kurswechsel traute man den zwei früheren Agenda-Koalitionspartnern SPD und Grünen wohl auch nicht so ganz zu. Und die Partei „Die Linke“? Wo immer sie lokal oder regional eine aktive Rolle spielt, nicht selten im Bündnis mit der DKP, kann sie durchaus ein paar Prozentpunkte mehr ergattern – trotz des nach wie vor in Bayern besonders virulenten Antikommunismus, trotz Gesinnungsfragebogen und Beobachtung durch den Inlandsgeheimdienst. So kam die Linkspartei in Nürnberg, wo sie zusammen mit der DKP und Parteilosen im Stadtrat sitzt, auf insgesamt 4,3 Prozent.

2008 war die Linkspartei der 5-Prozent-Linie schon recht nahe gekommen, be-

günstigt durch eine Große Koalition in Berlin. Damals gab es noch nicht die Piratenpartei mit ihren knapp unter zwei Prozent. Nicht wenige von deren Proteststimmen fehlen jetzt der Partei „Die Linke“. Hinzukommt: Viele „befürchteten offenbar, bei einer Wahl der LINKEN, ihre Stimme zu verschenken

(Wahlaufruf der DKP-Bezirke in Bayern).

Mit der nun per Zettelkreuzchen abgesetzten Schuldenbremse, die nur die Partei „Die Linke“ abgelehnt hatte, ist außerdem ein herbes Spardiktat zu befürchten wie in Hessen und Baden-Württemberg. Ob die bayrischen



oder haben das Gerede von einem möglichen Wechsel geglaubt; schätzt die Partei „Die Linke“ selbst ein. Eine konsequente linke Opposition wird also weiterhin im bayrischen Landtag fehlen. Doch eine wirkliche Veränderung des Kräfteverhältnisses, raus aus der ungesunden „Mir-san-mir“-Verquickung von schwarzer Vetterwirtschaft, Repression und Konzerninteressen, würden wir ohnehin „nur erreichen, wenn wir uns zusammenschließen zu einem breiten außerparlamentarischen Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte.“

Gewerkschaften dann endlich einmal die Kurve kriegen und auch mit Protestkampagnen auf der Straße Position beziehen werden?

Jedenfalls: Noch ist Bayern nicht verloren. Auch wenn Seehofer jetzt der Kamm schwilt – er wäre nicht der erste CSU-ler, der sich überschätzt hätte. Also auf zum zweiten Anlauf: Mit jedem Prozent mehr für die Linkspartei im Bundestag können die Linkskräfte wieder aufholen und an Schwung gewinnen – auch und gerade in Bayern! Eva Petermann

### 80. Todestag von Max Hoelz

Am Sonntag, dem 15. 9. 2013, fand in Falkenstein eine öffentliche Veranstaltung zum 80. Todestag des vogtländischen Rebellen und Revolutionärs Max Hoelz statt, an der etwas über 20 Personen teilnahmen.

Vor dem ehemaligen Schloss derer von Trützschler, der heutigen Sparkasse, erinnerte der Vorsitzende des Geschichtsvereins „Freundeskreis Max Hoelz e.V.“ Peter Giersch an diese markante Persönlichkeit der vogtländischen Geschichte. Der Redner skizzierte kurz wichtige Lebensstationen von Max Hoelz, der nach dem Motto „den Reichen nehmen, den Armen geben“ handelte und eine gerechte, friedliche Gesellschaft anstrebte. Der „das Mögliche von Übermorgen dachte und danach handelte – mit Phantasie, mit Witz, mit dem Mut der persönlichen Verantwortung“.

Die Teilnehmer legten abschließend zur Erinnerung an diesen streitbaren, eigenwilligen Kämpfer für Frieden, Gerechtigkeit und Wohlfahrt aller ein Blumengesteck an der Stelle ab, an welcher 1989 das Denkmal für ihn stand.

### Bundeswehr-Lauschgriff torpediert Friedenslösung

„Vor dem Hintergrund der internationalen Bemühungen um den Abbau und die Vernichtung des syrischen C-Waffen-Arsenals muss die Bundeswehr umgehend ihre Beteiligung an der Elektronischen Kampfführung gegen Syrien einstellen. Der Bundeswehr-Lauschgriff auf Syrien torpediert die Chancen einer Friedenslösung für Syrien“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf ihre schriftliche Frage, in der die Bundesregierung bestätigt, dass das Bataillon Elektronische Kampfführung 911 in Bramstedt bei Flensburg Fernmelde- und Elektronische Aufklärung gegen Syrien betreibt.

## EU-Industrieproduktion rückläufig

Hurra, der Aufschwung ist da, tönt es im Wahlkampf regelmäßig aus Regierungskreisen und von den Bildschirmen. Dass die Realität, die Fakten dazu nicht stimmen, was soll's – umso schlimmer für die Fakten! Nach der neuesten Statistik des EU-Statistikamtes Eurostat, veröffentlicht am 12. September, war die Industrieproduktion im Euroraum und in der EU insgesamt im Juli 2013 deutlich rückläufig. Im Euroraum um minus 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat (Juni 2013) und um minus 2,6 % gegenüber dem Stand vor einem Jahr. In der EU insgesamt (28 Mitgliedstaaten) um minus 1,0 % gegenüber Juni 2013 und um minus 1,7 % gegenüber Juli 2012.

Zu den 12 Staaten, in denen im vergangenen Monat ein Rückgang der Industrieproduktion zu verzeichnen war, gehört übrigens auch Deutschland. Da ist der Rückgang sogar stärker als im EU- und Euro-Durchschnitt, nämlich minus 2,3 %. Die stärksten Rückgänge melden laut Eurostat Griechenland, Irland, Portugal, Malta und Schweden.

## Faschistischer Überfall

Tausende Demonstranten protestierten am Sonntag in Athen gegen einen brutalen Überfall auf eine Plakatklebergruppe der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE). Über 50 Anhänger der Neonazi-Partei „Chrysi Avgi“ („Goldene Morgenröte“) hatten am Samstag mit Brechstangen und Baseballschlägern bewaffnet die etwa 20 Kommunisten im Stadtteil Perama überfallen und neun davon so schwer verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die KKE erklärte: „Die Art ihres Vorgehens und die verwendeten Schlagwaffen bezeugen die mörderische Absicht des Angriffs ... Unter den zum Teil verummumten oder Helme tragenden Angreifern waren bekannte Faschisten und Verbrecher.“ Die KKE klagt, dass zwar drei der Angreifer identifiziert wurden, die Polizei sie aber nicht festnehmen konnte, da sie offenbar einen Hinweis erhielten und untergetaucht waren. Alle Parteien außer Chrysi Avgi und der Regierungspartei Nea Dimokratia haben den Vorfall aufs Schärfste verurteilt.

## Rekordverschuldung Finnlands

Finnlands Gesamtverschuldung dürfte 2014 erstmals die in der EU geltende Grenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts übersteigen. Es werde mit einer Verschuldungsquote von 60,7 Prozent gerechnet, teilte die Regierung in Helsinki am Montag mit. Für das Jahr 2015 würden 62 Prozent erwartet. Die sogenannten Maastricht-Kriterien besagen, dass das Haushaltsdefizit der Mitgliedstaaten drei Prozent des BIP und der Gesamtschuldenstand 60 Prozent des BIP nicht übersteigen dürfen.

## Polizeibrutalität in der Türkei

Erneut ist die türkische Polizei in mehreren Städten des Landes mit Tränengas und Wasserwerfern gegen regierungskritische Demonstranten vorgegangen. Wie der türkische Sender NTV berichtete, gingen Polizisten im Istanbuler Bezirk Kadıköy in der Nacht zum Montag gegen hunderte Protestierende vor. Am Sonntagnachmittag hatten dort Open-Air-Konzerte für „Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden“ tausende Menschen angezogen. Auch außerhalb der Hauptstadt Ankara sowie im südlichen Antakya gab es Übergriffe der Polizei. Auslöser der jüngsten Proteste ist der Tod eines jungen Demonstranten am Montag in Antakya. Laut Augenzeugen wurde der 22-Jährige von einer Tränengaspatrone getroffen. Seit dem Beginn heftiger Proteste im Juni gab es bereits sechs Tote.

## Kaesong wieder in Betrieb

Überschattet von einem tödlichen Zwischenfall an der Grenze zwischen beiden Staaten ist fünf Monate nach der Schließung die von Nord- und Südkorea gemeinsam betriebene Sonderwirtschaftszone Kaesong wieder in Betrieb genommen worden. Südkoreanische Soldaten erschossen am Morgen einen Mann, der durch einen Grenzfluss in den Norden gelangen wollte.

# In EU-Europa droht Massenarmut



Bei Fortsetzung der rigiden Sparpolitik könnten in den kommenden zwölf Jahren bis zu 25 Millionen Menschen in der EU in Armut verfallen. Das entspricht nahezu der Bevölkerung von Österreich und den Niederlanden, wie die Hilfsorganisation Oxfam in ihrem am 12. September veröffentlichten Bericht „A Cautionary Tale“ (Ein abschreckendes Beispiel) anmerkt. Im Jahr 2025 wären demnach insgesamt 146 Millionen EU-Europäer von Armut bedroht.

„Die Sparmaßnahmen nach den Bankenpleiten senken weder die Verschuldungsquoten noch schaffen sie nachhaltiges Wachstum. Stattdessen vergrößern sie Armut und Ungleichheit“;

warnen Oxfam. Es gelte Lehren aus den Finanzkrisen der 1980er und 90er Jahre in Lateinamerika, Südostasien und Afrika zu ziehen. Damals führten vergleichbare Sparmaßnahmen zu ökonomischen Einbrüchen und massiven Einschnitten bei den Sozialausgaben, einige Länder benötigten 20 Jahre, um das Vorkrisenniveau zu erreichen. Die Art des Umgangs mit der Krise in der EU untergräbt jahrzehntelange Errungenschaften: Aggressive Kürzungen in der sozialen Sicherung, in Bildung und Gesundheit, weniger Rechte für Beschäftigte und eine unfaire Besteuerung könnten „Millionen Europäer für Generationen in einen Armutskreislauf ziehen“.

Von der Einsparpolitik profitieren laut Bericht nur die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung. Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien und Großbritannien könnten bald zu den Ländern mit der größten Einkommensungleichheit gehören. In den Ländern mit den härtesten Sparmaßnahmen fallen die Löhne am stärksten. Nahezu jeder zehnte Arbeitnehmerhaushalt in der EU sei von Armut betroffen – und die Spirale drehe sich weiter nach unten. In Spanien führten Darlehensgesetze beispielsweise dazu, dass die Banken an jedem Werktag 115 Familien zur Wohnungsräumung zwingen.

ZIV

# Krieg und Frieden im östlichen Mittelmeer

## Eine Analyse des Generalsekretärs der Libanesischen Kommunistischen Partei

Der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, Khaled Hadadah, hat in einem am 6. September veröffentlichten Artikel unter der Überschrift „Krieg und Frieden im östlichen Mittelmeer/Mittleren Osten“ mit Blick auf die Vorgänge in Syrien eine interessante Analyse der Ziele der imperialistischen Politik im Mittleren Osten vorgenommen. Wir veröffentlichen einen größeren Auszug daraus:

„Die strukturelle Krise, in die der Weltkapitalismus seit mehr als einem Jahrzehnt eingetaucht ist, war eine der mörderischsten, aber auch der wichtigsten für die arabische Welt und den Mittleren Osten. Während dieses Jahrzehnts haben die imperialistischen Kriege (einschließlich der israelischen) im Irak, in Afghanistan, in Libyen, im Libanon und in Palästina in der Tat Millionen Tote und Dutzende Millionen Verstümmelte und Zwangsfüchtlinge verursacht, nicht zu vergessen die Zerstörung der Städte und Dörfer. Aber zugleich war diese Periode die der Volkserhebungen in Ägypten und Tunesien, aber auch in der ganzen Golfregion, gegen totalitäre oligarchische Systeme und Diktaturen, die seit dem zweiten Weltkrieg die Völker ausgepresst haben im Namen einer Renten-Ökonomie und der vollständigen Unterwerfung unter den Imperialismus, besonders den amerikanischen Imperialismus.“

Diese Renten-Ökonomie beruhte im Wesentlichen auf Öl und Gas, den zwei gegenwärtig am meisten verwendeten Energiequellen, und zu unserem Unglück muss gesagt werden, dass im Boden der arabischen Welt und in den Gewässern des Mittelmeers diese Energieerzeuger verborgen sind. Zugleich wird der Suezkanal, der die wichtigste Route für diese wertvollen Waren war, heute und im Gefolge des Auseinanderbrechens der Sowjetunion durch eine zweite Route verdoppelt, um die sich die USA und Russland streiten, nämlich die Route, die das russische Öl und das der früheren Sowjetrepubliken nach Europa bringen kann. Washington hat dafür, unterstützt von sei-

nen türkischen Verbündeten, bereits zahlreiche Kriege ausgelöst, sowohl in Tschechien wie zwischen Georgien und Ossetien und heute in Syrien und vielleicht wieder im Libanon und in den besetzten palästinensischen Gebieten. Für dieses Ziel haben die USA seit der Präsidentschaft von George Bush senior keine Mittel gescheut. Sie haben ein altes Projekt des früheren Staatssekretärs Henry Kissinger unter der Bezeichnung „Großer Mittlerer Osten“ wieder auf die Tagesordnung gesetzt, aus dem einige Jahre später, im Jahr 2006, als die israelischen Armeen den Libanon bombardierten, der „Neue Mittlere Osten“ wurde, der – wie uns damals Condoleezza Rice erklärt hat – nur geboren werden konnte unter den Schmerzen unseres Volkes. Dieses Projekt beruht auf der Verwendung innerer Spaltungen, vor allem religiöser und konfessioneller, um die arabische Welt in Mini-Staaten zerfallen zu lassen, die Krieg führen und den Diebstahl der arabischen Reichtümer erleichtern. Außerdem musste Israel aufgrund des Scheiterns des Krieges gegen den libanesischen Widerstand neue Spannkraft als imperialistische Speerspitze in der Region verliehen bekommen, aber auch die letzte arabische Armee zerstört werden, die außerhalb des imperialistischen Plans verblieb, nämlich die Syriens. Um dies zu erreichen, wird ein neues Projekt umgesetzt: die Umwandlung Israels in einen Staat der Juden und die Liquidierung der Sache Palästinas, ausgehend von der Liquidierung der Resolution 194 der Vereinten Nationen, die das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und die Wiederinbesitznahme ihrer Ländereien vorsieht. Ein Projekt, das verstärkt wurde durch das Bestreben, mit Hilfe Saudi-Arabiens und Katars eine islamistische Bewegung an der Spitze der arabischen Ländern zu installieren, die sich aus der doppelten Vormundschaft der Imperialisten und der ihnen hörigen lokalen Bourgeoisie befreien wollen.

Folglich hat die gegenwärtige Phase des Krieges im Mittleren Osten ein vierfaches Ziel:

Das erste besteht darin, die zweite Phase des Projekts des „Neuen Mittleren Osten“, das heißt die Zerbröckelung Syriens und des Libanon, zu Ende zu bringen.

Das zweite ist die Liquidierung der Sache Palästinas.

Das dritte besteht darin, die Situation in Ägypten wieder in den Griff zu bekommen und die Moslem-Brüder wieder einzusetzen, um so aus Ägypten, nach der Türkei und Pakistan, den dritten Staat des Mittleren Ostens zu machen, der auf einer sunnitischen militärisch-muslimischen Diktatur beruht und die schiitische militärisch-muslimische Ausbreitung des Iran eindämmen kann, die nach den Aussagen der US-Administration eingedämmt werden muss, bevor sie in viele arabische Länder ausstrahlen kann, zumal das Beispiel dessen, was gegenwärtig im Irak passiert, für Washington und seine ‚Freunde‘ in der Region nichts Gutes vorhersehen lässt.

Was das vierte Ziel angeht, ausgehend von all dem, ist es darauf ausgerichtet, Russland daran zu hindern, der Anführer eines zweiten internationalen Pols zu werden, der ‚seinen Anteil‘ an der Neuaufteilung der Welt im Gefolge des weltweiten Scheiterns der Hegemoniepolitik des US-Imperialismus in den letzten 23 Jahren verlangen könnte.“

Im Schlussteil des Artikels unterstreicht der libanesischen Kommunist, dass damit die Kriegsgefahr enorm vergrößert wird, wodurch „die ganze Menschheit und nicht nur die Völker der Region bedroht werden. Das einzige Mittel, um damit Schluss zu machen, liegt darin, „dass die internationale Arbeiterklasse, die Völker des Erdballs sich vereinigen, um den imperialistischen Vorstoß zu stoppen und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen“. Eine Gesellschaft ohne Diskriminierung und Ausbeutung, ohne Krieg müsse errichtet werden. „In der Zwischenzeit müssen alle Mittel benutzt werden, um den Krieg zu verhindern. Die Straße gehört uns.“

# Hände weg von Larko

## Stahlbarone gieren nach der Nickelproduktion

Zwischen Athen und Thessaloniki liegt unmittelbar am Golf von Evia die Gemeinde Larymna. An deren Strandlinie befindet sich das Bergbau- und Metallunternehmen Larko, der größte griechische Nickelproduzent, spezialisiert auf die Verarbeitung von rostfreiem Stahl aus granuliertem Ferro-Nickel. Larko zählt zu den fünf weltweit größten Anbietern und hält den ersten Platz der Produktion von nickelhaltigem Erz in Europa. Die in Athen ansässige Gesellschaft verfügt in Griechenland über vier Minen, eine auf der Insel Evia in unmittelbarer Nähe zum Larko-Werk in Larymna. Neben den Exporten an die Schwerindustrien in Europa kooperiert Larko insbesondere mit Betrieben in China, Brasilien, Russland und Indien. Europa spielt mit 6 Prozent des Handelsumfanges nur eine untergeordnete Rolle. Das Aktienkapital verteilt sich zu je 36 Prozent auf die griechische Nationalbank und das Finanzministerium, während DEI, das staatliche Energieunternehmen, die restlichen 28 Prozent hält. Mit der erklärten Expansionsstrategie geraten die Staatsanteile unter Druck. „Ist die Restrukturierung abgeschlossen, wird die Regierung entscheiden, was mit der Beteiligung geschieht“, lautet die Konzerndevise.

Der hohe Staatsanteil wurde in den 80er Jahren durch den Widerstand der Beschäftigten gegen die drohende Schließung des Werkes erreicht. Mit mehr als 100 Tage anhaltenden Streikaktionen hatten die Metaller den Eingriff des Staates erzwungen, um die Produktion zu sichern, als die Industriellen bereits die hochverschuldeten Fabriken verließen. Zuvor waren in der Mine bei Kokino und bei Explosionen in Larymna mehrere Kumpel gestorben.

Auch heute sind die Arbeiter in Larymna zum Widerstand entschlossen. Ziel der griechischen Regierung ist die Drosselung der unternehmerischen Tätigkeit bei Larko, die Entlassung der Beschäftigten – sogar ohne Entschädigung –, danach der Ausverkauf an und die alleseitige Nutzung durch die Monopole. Selbst mit der Schließung dieses gewinnträchtigen Betriebes droht die Samaras-Regierung. Die basisgewerkschaftliche Vertretung will sich durch das sozialpartnerschaftliche Taktieren der Dachgewerkschaften GSEE und POEM nicht vom konsequenten Weg abbringen lassen:

- ★ Hände weg vom Bergbau des Landes!
- ★ NEIN zur Schließung von Larko!
- ★ Nein zu den Entlassungen!

Am vergangenen Sonntag hatte die Gewerkschaftsfront PAME vor dem Betriebsrat in Larymna zur Kundgebung aufgerufen: Die Privatisierung sei ein Verbrechen, stelle sie doch eine sichere Produktionsstätte zur Disposition. Larko sei in der Lage, andere Sparten der Industrieproduktion mit inländischen Rohstoffen zu versorgen, habe strategische Bedeutung, insbesondere für die Entwicklung der Metallindustrie. Der Generalsekretär der KKE, D. Koutsoumbas, erklärte: In Griechenland könnte eine staatliche Stahlproduktionsstätte mit Larko als Zentrum entstehen, als Stütze der industriellen Produktion und Entwicklung. Aber selbstverständlich nicht unter kapitalistischen Bedingungen und nicht innerhalb des EU-Rahmens mit dem Vorrang der Profitinteressen des Monopolkapitals. Notwendig sei, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern, die wichtigsten Produktionsmittel zu sozialisieren, um die Erz- und Metallgewinnung, über die Griechenland reichlich verfügen könne, in einen gesamtgesellschaftlichen Plan der griechischen Schwerindustrie zu integrieren. Nicht die unternehmerische Unfähigkeit bei Larko bilde den Hintergrund der aktuellen Entwicklung, wie es die Medien vermitteln wollten, vielmehr gliederten sich die Angriffe auf Larko in die staatsmonopolistischen Pläne ein, die von der Koalitionsregierung in Zusammenarbeit mit der EU und der Troika seit Jahren mit dem „Ausverkauf Griechenlands“ an das Monopolkapital verfolgt werden.

Udo Paulus

# Gipfel der Schanghai-Organisation unterstützt Putins Syrien-Politik

Einig in der internationalen Politik – Unterschiede bei internen Vorhaben

Ende vergangener Woche fand in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek der 13. Gipfel der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) statt. Teilnehmer waren die Präsidenten der Mitgliedstaaten China, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Mit Beobachterstatus vertreten waren die Staatschefs Afghanistans, des Iran und der Mongolei sowie Vertreter Indiens und Pakistans. Gäste waren die Generalsekretäre der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) und der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS), der Vollzugssekretär der GUS und der stellvertretende UNO-Generalsekretär.

Im Zentrum der Debatten standen Syrien, Iran, Afghanistan und das Raketen-Abwehrsystem der USA. Die gemeinsamen Standpunkte der Mitgliedstaaten zu diesen und anderen Fragen fanden ihren Niederschlag in der „Deklaration von Bischkek“:

Zur Situation in Syrien wird darin klar und deutlich festgestellt, dass „äußere, darunter gewaltsame Einmischung“ in die Angelegenheiten des souveränen Staates Syrien ohne die Sanktionierung durch den UNO-Sicherheitsrat „unzulässig“ ist. Im Unterschied zu den USA und ihren Verbündeten, die für ein militärisches Eingreifen von außen eintreten und die oppositionellen Kräfte propagandistisch sowie mit Waffen unterstützen, wird betont, dass die Syrer ihr Schicksal selbst entscheiden müssen. Dafür sei der politische Dialog zwischen Regierung und Opposition notwendig „ohne Vorbedingungen und auf der Grundlage des Genfer Kommuniqués“. Die SOZ unterstützt die Anstrengungen zur Einberufung der internationalen Konferenz „Genf-2“ und rechnet darauf, dass diese die Grundlage für eine Aussöhnung und die Normalisierung der Situation legen werde. Dies umso mehr, als jetzt eine Chance dafür entstanden sei.

Zur Iranfrage heißt es: „Die Mitgliedstaaten der SOZ bringen ihre Besorgnis über die Situation um den Iran und sein Atomprogramm zum Ausdruck. Sie sind der Ansicht, dass Drohungen militärischer Gewaltanwendung und einseitige Sanktionsmaßnahmen ein-

zelner Staaten gegen dieses Land unzulässig sind.“ Alle Staaten werden aufgefordert, Erklärungen und Handlungen zu unterlassen, die die Konfrontation anheizen. In Verhandlungen müsse auch die Problematik des Atomprogramms der KVDR erörtert werden.

Mit Blick auf Afghanistan wird festgestellt, dass nach dem Abzug der NATO-Kampftruppen eine Welle islamistischen Radikalismus drohe. Diese sei nicht nur militärisch, sondern vor allem wirtschaftlich durch die Entwicklung des bescheidenen Produktionspotentials Afghanistans, Investitionen in dessen Landwirtschaft und Barrieren gegen den Rauschgifttransfer zu bannen. Zum Raketenabwehr-System der USA betont die Deklaration, dass der einseitige und unbegrenzte Ausbau dieses Systems durch einen Staat ohne Berücksichtigung der Interessen anderer Länder der Stabilität und internationalen Sicherheit Schaden zufüge. Die damit verbundenen Probleme seien durch politisch-diplomatische Anstrengungen aller interessierten Staaten zu regeln.

Ein Thema auf dem Gipfel war auch die Informationssicherheit. Dazu heißt es u.a.: „Die Staaten der SOZ treten für eine friedlichen, sicheren, gerechten und offenen Informationsraum ein, der auf den Prinzipien Achtung der Souveränität der Staaten und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gründet.“ Zugleich wird kein Zweifel daran gelassen, dass man beabsichtigt, die Propagierung von Terrorismus, Extremismus und Separatismus über das Internet zu unterbinden. Es sei notwendig, Regeln, Prinzipien und Normen für ein verantwortungsbewusstes Handeln der Staaten im Informationsraum auszuarbeiten.

Was die Projekte im Rahmen der Schanghai-Organisation betrifft, so bestätigten die Präsidenten der Mitgliedstaaten den Aktionsplan 2013–2017 zur Realisierung des Vertrages über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit. Außerdem wurde die Vereinbarung zwischen den Regierungen der Mitgliedsländer zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bestätigt. Es wurde eine Übereinkunft erzielt, für die Modernisierung

der nationalen Volkswirtschaften im Rahmen der SOZ Entwicklungsfonds und eine Bank für Entwicklung zu schaffen. Das Fehlen eines Finanzierungsmechanismus war das Haupthindernis für das weitere Voranschreiten der Organisation. Es existierten dazu verschiedene Projekte. Das russische Finanzministerium schlug vor, die Eurasische Bank für Entwicklung dafür zu nutzen. Andere, vor allem China, bestanden darauf, eine spezielle Entwicklungsbank der SOZ zu schaffen.

Eine gewisse Konkurrenz zwischen Russland und China wurde in Bischkek auch bei Verkehrsprojekten deutlich. So propagierte der chinesische Präsident bereits im Vorfeld des Gipfels die Idee einer „neuen Seidenstraße“, d.h. der Öffnung eines Transportkorridors von Zentralasien an den Persischen Golf. In russischen Medien wird dieses Vorhaben als Konkurrenzprojekt zur Transsib gesehen. Wladimir Putin unterbreitete darum den Vorschlag, das Potenzial der transsibirischen Magistrale im Interesse der SOZ zu nutzen und bei deren Modernisierung zusammenzuarbeiten.

Das Problem der Aufnahme neuer Mitglieder in die SOZ wurde in Bischkek nicht entschieden. Aufnahmeanträge hatten Iran und Pakistan bereits gestellt, die Absicht, Mitglied zu werden, hatte Indien erklärt und Interesse zeigt auch die Mongolei. Putin äußerte auf dem Gipfel die Meinung, die Diskussion darüber müsse fortgesetzt werden, „ohne sich zu übereilen“.

Der Wunsch der genannten Staaten, Mitglied der SOZ zu werden, ist ein Beleg für die internationale Autorität dieser Organisation. Die SOZ ist zu einem wichtigen Spieler auf der internationalen Bühne und – wie auch die BRICS-Staaten – zu einem der Eckpfeiler für das Gebäude einer multipolaren Weltordnung geworden.

Umso deutlicher fällt die Ignoranz deutscher und anderer westlicher Massenmedien ins Auge, die so gut wie nichts über den Gipfel der SOZ-Mitgliedstaaten berichtet haben, deren Territorien den größten Teil des eurasischen Kontinents umfassen und in denen über eineinhalb Milliarden Menschen leben. **Willi Gerns**

# Landarbeiterstreik vor einer Lösung?

Kolumbiens Bauern und Regierung begleiten die Havanna-Verhandlungen auf ihre Weise

Die kolumbianische Regierung ist in dem anhaltenden Landarbeiter- und Volksstreik auf Grund des Drucks der Massen auf der Straße am 8. September auf die „Vereinbarung von Popayán“ (Departement Cauca in Südkolumbien) eingegangen. Vizepräsident Angelino Garzón und Gouverneure sowie Kirchen- und UN-Vertreter waren zugegen.

Die Sprecher der Landwirtschaftlichen und Nationalen Gesprächs- und Vereinbarungsgemeinschaft (MIA) unterzeichneten den Text gemeinsam mit Garzón und sieben Gouverneuren aus betroffenen Departements, der das Ziel eines direkten Dialogs über die bäuerlichen Forderungen hat. Der Streik auf dem Lande wird bis dahin nur ausgesetzt, aber nicht aufgehoben.

Die ersten drei Wochen Streik haben einen Erfolg für die Landbevölkerung dargestellt. Sie hatte ihn bewusst in den Kontext der Friedensverhandlungen zwischen Regierung und FARC-EP in Havanna gestellt, die sich zuletzt um die Landfrage gedreht haben (Ende September gehen sie zu Fragen von Drogenanbau und -handel über). Zunächst sollte die Situation der Kleinbauern allgemein ins Licht der Öffentlichkeit gestellt werden, aber darüber hinaus auch das strukturelle Verteilungsproblem, das Fehlen einer staatlichen Entwicklungspolitik für die Landzonen und die Riesengewinne, die ausländische Unternehmen aus den bilateralen Freihandelsverträgen ziehen.

Natürlich blieb die staatliche Antwort auf die Demonstrationen in Stadt und Land nicht aus: 262 Menschen wurden festgenommen; 485 Verletzte und zwölf tote Bauern sind der Saldo der brutalen Einsätze von Armee und Polizei gegen die Protestierenden, vor allem im Cauca und in Tolima. Der Fall der Festnahme des stellvertretenden Vorsitzenden von Fensuagro (Landarbeitereinigungsverband), Huber Balasteros, ist dabei in Kolumbien als direkter Angriff auf die starke Rolle der Marcha Patriótica in diesem Streik gewertet worden, der die Regierung eine FARC-Nähe vorwirft. Immer mehr kommt die Regierung in die Verlegen-

heit die FARC einerseits als isoliert zu denunzieren, andererseits aber Demonstrationen von hunderten Tausenden Menschen, die nicht einmal vor den Paramilitärs zurückschrecken, immer wieder als FARC-gesteuert zu bezeichnen. In der KP-Zeitung VOZ wurden Bauernsprecher zitiert: „Es ist nicht zu verstehen, wie der Protest der Bauern für minimalste Rechte des Überlebens solche Reaktionen nach sich ziehen kann. Die Behandlung des Protestes in Kolumbien vollzieht sich militärisch, und das muss auf die Regierung von Präsident Santos zurückfallen, die von Frieden spricht und wie im Krieg agiert!“ Die MIA-Sprecher betonten, dass der Streik beibehalten bleibt, bis sechs Punkte geklärt sind: Maßnahmen gegen die Krise der Landwirtschaft, Eigentumsrechte für die Bauern am Land, Anerkennung der bäuerlichen Territorialität, Garantien für die Teilhabe von Bauern und Kleinbergleuten bei der Bergbaupolitik, Garantien für die politischen Rechte der Bauern und Investitionen in Bildung, Gesundheit, Wohnungen, öffentliche Dienstleistungen und Wegebau auf dem Land.

Während Juan Manuel Santos den agroindustriellen Sektor zu einem „Nationalen Agrarpakt“ eingeladen hat, bereiten die Bauernverbände einen „Nationalen Agrargipfel“ vor, zu dem Vertreter/innen aus allen siebzehn Departements, die der Streik umfasst, eingeladen sind. „Wir nehmen an dem Nationalen Agrarpakt nicht teil, weil er nicht die Interessen des Landes widerspiegelt. Wir kennen die Ziele dieses Paktes nicht, haben keine Klarheit über das, was damit gemacht werden soll. Unser Gipfel hat dagegen ein klares Ziel für die kolumbianische Landbevölkerung“, sagte Andrés Gil, Sprecher der MIA, zu VOZ.

Innerhalb der kürzlich vorgenommenen Kabinettsstellung wird vom Fensuagro-Vorsitzenden Eberto Diaz insbesondere der neue Landwirtschaftsminister Rubén Lizarralde als „Agromanager“ kritisiert. Mit ihm seien keinerlei Lösungen für die Bauern noch für die indigene und schwarze Bevölkerung auf dem Land erwartbar.

**VOZ/Günter Pohl**

# Französischer Aktionstag gegen die Rentenreform

„Wir wollen eine Rente noch, solange wir leben“

Rund 360 000 Menschen haben laut den Gewerkschaften am 10. September in 170 französischen Städten bei Kundgebungen, Demos und teilweise auch Streiks am ersten gewerkschaftlichen Aktionstag dieses Herbstes teilgenommen. Die Aktionen richteten sich gegen die von der Hollande-Regierung beabsichtigte neue „Rentenreform“:

Allerdings war es nicht gelungen, erneut die Einheitsfront aller französischen Gewerkschaftsbünde zustande zu bringen wie im Herbst 2010 gegen die damalige „Rentenreform“ des rechten Staatschefs Sarkozy. Die damalige Auseinandersetzung hatte damit geendet, dass die rechte Parlamentsmehrheit ungeachtet der gewerkschaftlichen Proteste und der mehrheitlichen Meinung der Bevölkerung die Anhebung des Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahre beschloss.

Zu den diesjährigen Aktionen hatten nur vier der sieben Gewerkschaftsbünde, nämlich CGT, Force Ouvrière (FO), FSU und Solidaires, aufgerufen. Die sozialpartnerschaftlich orientierten Dachverbände CFDT, CFCT (christlich), und CFE/CGC (Angestellte) waren nicht dazu bereit.

In den bürgerlichen Medien war schon tagelang vorher der „Misserfolg“ dieses Aktionstages der Gewerkschaften vorhergesagt worden. Und natürlich nutzten sie dann auch die erreichten Teilnehmerzahlen (laut Polizeiangaben



„Kein Geld für Renten und Löhne – aber für Bomben.“

sollen es nur 155 000 gewesen sein), um durch einen Vergleich mit den Zahlen von 2010 ihre Misserfolgs-Prognose als bestätigt auszugeben. Damals hatte die Teilnehmerzahl bei 2,7 Millionen (1,1 Mio. laut Polizei) gelegen. Aber die heutige Situation ist natürlich weder vom politischen Umfeld, angesichts einer sozialdemokratisch geführten Regierung, noch vom sachlichen Inhalt der jetzigen Regierungspläne her mit der damaligen Situation zu vergleichen. FO-Chef Mailly sagte deshalb, der Aktionstag sei zwar „keine Riesenwelle, aber eine gute Mobilisierung“ gewesen. Eric Aubain von der CGT betonte, dieser Aktionstag sei „nur die Premiere“ gewesen. Weitere Aktionen wurden an-

gekündigt, besonders, wenn im Oktober die Beratung der Regierungsvorlage im Parlament ansteht.

Von der Regierung Hollande war eigentlich erwartet worden, dass sie die reaktionäre Sarkozy-„Reform“ rückgängig machen und das Recht auf eine Vollrente mit 60 Jahren wieder herstellen würde. Stattdessen sieht die neue sozialdemokratische „Rentenreform“ nun eine weitere Verschlechterung des französischen Rentenrechts vor, wenn auch mit deutlichen Abstrichen gegenüber den Forderungen der Unternehmerverbände (MEDEF) und mit einer Reihe von Maßnahmen, die nicht sofort spürbar, sondern erst in einigen Jahren wirksam werden.

Hauptkritikpunkt ist, dass zwar das von Sarkozy eingeführte Renteneintrittsalter mit 62 Jahren nicht weiter erhöht werden soll, wie die Unternehmer gefordert hatten, dass aber stattdessen die für eine Vollrente notwendige Zahl von Beitragsjahren von derzeit 41,5 auf 43 Jahre angehoben wird, was praktisch in gleicher Weise auf die Verlängerung der Frist für den Bezug einer Vollrente hinausläuft. Allerdings soll diese Anhebung schrittweise nur alle drei Jahre um jeweils ein Quartal vorgenommen werden, sodass sie erst ab 2035 voll wirksam wird.

Außerdem wird ein Punktesystem für die Verrichtung besonders anstrengender oder gesundheitsbelastender Arbeiten eingeführt, das es bei Erreichen einer bestimmten Punktezahl ermöglichen soll, zwei Jahre früher in Rente zu gehen. Dies wurde auch von CGT und FO als eine echte Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand bewertet.

Vorgesehen sind jedoch weitere, wenn auch vielleicht für die Mehrheit der Betroffenen nicht ganz so gravierende Verschlechterungen. Auf eine generelle Erhöhung des „Allgemeinen Sozialbeitrags“ (CSG), wie sie „Experten-vorschläge“ empfohlen hatten, wurde verzichtet. Vorgesehen ist aber eine schrittweise jährliche Erhöhung der Beiträge in die Rentenkasse ab 2014 um 0,15 %, 2015, 2016 und 2017 um je 0,05 %, insgesamt also um 0,3 Prozent. Ferner wird die jährliche Rentenanpas-

sung an den Preisindex vom 1. April auf 1. Oktober verschoben, also ein halbes Jahr lang weniger als bisher ausbezahlt. Auch sollen die Zuschläge für Rentnerinnen und Rentner, die drei oder mehr Kinder großgezogen haben, künftig versteuert werden müssen.

Von Kritikern des Vorhabens wurde vorgerechnet, dass Jugendliche, die heute im Durchschnitt den ersten festen Arbeitsplatz mit 27 Jahren erhalten, mit dieser „Rentenreform“ bis 70 arbeiten müssen, um eine Vollrente zu erhalten. Wer laut dem geltenden Renteneintrittsalter mit 62 in Rente gehen möchte, kann die 43 notwendigen Beitragsjahre nur erreichen, wenn er schon mit 19 eine feste Beschäftigung hatte und seitdem ununterbrochen beschäftigt war.

Es war deshalb kein Zufall, dass zu dem gewerkschaftlichen Aktionstag auch Jugendorganisationen wie der allgemeine Studentenverband UNEF und die Schülerunion sowie ein Jugendkollektiv „Die Rente – eine Sache der Jungen“ aufgerufen hatten.

Zu den Unterstützern zählten auch die Französische Kommunistische Partei, die „Linkspartei“ (PG) und die anderen Komponenten der „Linksfront“; ferner die als „linksradikal“ geltende „Neue Antikapitalistische Partei“ (NPA) sowie Attac und eine Reihe von Personen aus dem Spektrum der Grünen und vom linken Flügel der regierenden „Sozialistischen Partei“.

**Pierre Poulain**

Gastkolumne von Sevim Dagdelen\*

## Die Heuchelei des Westens

Seit zwei Jahren herrscht ein schrecklicher Bürgerkrieg in Syrien. Die katastrophale Lage in Syrien hat ihre Ursachen nicht in der „Untätigkeit“ des Westens, sondern ganz im Gegenteil! Die NATO-Staaten haben immer wieder bewaffnete Sezessions- und Aufstandsbewegungen unterstützt, um einen völkerrechtswidrigen „Regime-Change“ durchzusetzen. So auch in Syrien – wie bereits zuvor im Kosovo, im Sudan und zuletzt in Libyen. Sie haben die Militarisierung des Aufstandes und eine Eskalation des Bürgerkrieges von außen angeheizt. Die Bundesregierung war daran in vollem Umfang beteiligt: Früh legte sie sich auf einen Sturz der Regierung Assad fest, belegte sie mit Sanktionen, kappte die diplomatischen Verbindungen zu dieser und anerkannte stattdessen einen Zusammenschluss von Exil-Syriern als „legitime Vertretung des syrischen Volkes“. Noch bevor die Situation zum offenen Bürgerkrieg eskaliert war, entwickelte sie mit den zunehmend bewaffneten Aufständischen Pläne für den „Tag danach“ und richtete eine „Arbeitsgruppe Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung“ der „Freunde Syriens“ ein. Auch die gerade von der SPD und den Grünen immer wieder angestoßene Diskussion um eine Flugverbotszone nach libyschen Vorbild bestärkte gerade die reaktionärsten Kräfte der syrischen Opposition und internationale Djihadisten, trotz offensichtlicher militärischer Unterlegenheit, zu den Waffen zu greifen und den Konflikt zu eskalieren. Die Waffen hierfür lieferten Deutschlands Verbündete in der NATO und unter den „Freunden Syriens“: die USA und die Türkei, Frankreich, Großbritannien, Saudi Arabien und Katar. Deutschland lieferte Geheimdienstinformationen und unterstützte die von der Türkei ausgehenden Provokationen mit der Stationierung von Patriot-Raketen, letztere auch noch auf Basis einer Lüge.

Durch das Befeuern des Bürgerkrieges haben die NATO und auch Deutschland massiv dazu beigetragen, dass zirka zwei Millionen Menschen bislang vor Krieg, Verfolgung und Not aus Syrien geflohen sind. Sie konzentrieren sich in vier Ländern: Libanon (716 000), Jordanien (515 000), Türkei (460 000) und Irak (168 000). Das stellt diese Staaten vor extreme Herausforderungen. In Syrien selbst suchen mehr als doppelt so viele Menschen Zuflucht. Auch hier ist derzeit eine Verschlechterung in Sicht. Denn, wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction eingeräumt hat, operieren als terroristisch eingestufte djihadistische Gruppen aus dem türkischen Grenzgebiet heraus. Von hier aus haben sie Angriffe auf die kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen geplant und ausgeführt, bei denen zahlreiche Zivilisten getötet und entführt wurden.



Zuvor waren die kurdischen Gebiete vom Bürgerkrieg weitgehend verschont geblieben, boten einen Rückzugsraum für Binnenflüchtlinge und Umschlagplatz für humanitäre Hilfe. Hiermit dürfte es bei einer weiteren Eskalation durch die Unterstützung der reaktionärsten Kräfte der syrischen Opposition und internationalen Djihadisten bald komplett vorbei sein.

Während sich Deutschland an der Eskalation des Konflikts beteiligt, will man mit den Folgen so wenig wie möglich zu tun haben. Die „großzügige“ Aufnahme von 5 000 syrischen Flüchtlingen durch Deutschland wirkt geradezu lächerlich. Zynisch ist, dass neben der Schutzbedürftigkeit weniger humanitäre Aspekte ein Rolle spielen. So sollen bestehende Familienbindungen nach Deutschland und die Qualifikation der Flüchtlinge über die Aufnahme entscheiden. Deutschland und speziell der Bundesinnenminister wollen also aus der humanitären Katastrophe neben dem propagandistischen Wert der Flüchtlingsaufnahme letztlich möglichst auch noch wirtschaftliches Kapital schlagen.

Es ist diese Migrationspolitik, die Bevölkerungen zu Gefangenen ihrer eigenen Regierungen oder von sogenannten sicheren Drittstaaten macht und es sind die Menschen in Afghanistan, dem ehemaligen Jugoslawien, Somalia, Libyen und Syrien, welche durch die imperialistischen Konflikte zwischen Großmächten und westlichen Plänen zur Neuordnung ganzer Territorien in unsägliches Leid gestürzt werden. Für sie müssen wir uns stark machen. Das heißt, ihnen muss unbürokratisch Schutz gewährt werden. Das heißt aber auch, Rüstungsexporte zu verbieten und Ausbildung- und Ausstattungshilfen von Militär- und Polizeikräften zu beenden, die zur Unterdrückung der jeweiligen Bevölkerungen dienen.

\*Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen und Sprecherin für Migration und Integration der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss.



\*Karikatur: Bernd Bücking

## So hoch wie es sein muss

Interview mit Tobias Kriele, einem der Initiatoren der „Spitzenaktion“

Am 12. September, dem 15. Jahrestag der Verhaftung der fünf als „Cuban Five“ bekannt gewordenen Kubaner, bestieg eine kleine Gruppe von Aktivisten den Gipfel der Zugspitze und forderte dort die Freilassung der vier in US-Gefängnissen verbliebenen Genossen. Organisiert wurde die Aktion vom Netzwerk Cuba auf Vorschlag des DKP-Parteivorstandes. Die UZ sprach mit Tobias Kriele, einem der Initiatoren der Besteigung.

UZ: Zunächst einmal, Gratulation: Ihr habt es tatsächlich geschafft, auf den Gipfel der Zugspitze zu gelangen.

Tobias Kriele: Danke. Es war uns wichtig, bis zum symbolisch wichtigen Gipfelkreuz zu gelangen. Wir sind keine Alpinisten, niemand von uns hat Bergsteigenerfahrung und unsere ursprünglichen Pläne wurden durch widrige Wetterbedingungen auf den Kopf gestellt.

Unser Plan war, mit unserer kleinen Gruppe ab 2 500 m aufzusteigen. Als wir von der Basisstation aufbrachen, herrschten jedoch Temperaturen von fünf Grad unter Null und dichtes Schneetreiben begrenzte die Sicht auf unter 100 Meter. Die Wegweiser waren zudem eingeschneit und die örtlichen Bergführer erklärten unser Vorhaben für wahnsinnig. Schweren Herzens mussten wir den Aufstieg abkürzen und die Seilbahn nehmen.

Von der Seilbahnstation bis zum eigentlichen Gipfel ist es eigentlich eine kurze Strecke, die aber schon bei gutem Wetter Bergsteigenerfahrung und eine Kletterausrüstung verlangt. Kurzum, es wurde auf den letzten Metern noch einmal richtig abenteuerlich: Mit schlotternden Knien standen wir schließlich auf dem Gipfel und konnten dort unser Transparent entrollen.

UZ: Wie war die Gruppe der Bergsteiger zusammengesetzt?

Tobias Kriele: Wir waren sechs Aktivisten, davon zwei aus Österreich. Eine Genossin war erst zwei Tage vorher von der SDAJ-Brigade aus Kuba zurückgekehrt. Niemand von uns hatte Erfahrung am Berg. Aber wir hatten ein Ziel, und alle waren der Ansicht, dass es für den Erfolg der Sache notwendig sei, bis zum Gipfelkreuz zu klettern. Über die extra eingerichtete Homepage www.spitzenaktion.de sowie unsere Seite bei Facebook konnten wir die Geschehnisse zeitnah dokumentieren und bekamen dementsprechend noch im Berg die ersten Reaktionen.

Noch auf dem Weg zum Gipfel erreichte uns die Gratulation der kubanischen Botschaft zu dieser Aktion. Etwas ganz Besonderes war aber, dass wir auf der Zugspitze telefonischen Kontakt mit René González herstellen und ihn vom Gelingen unserer Aktion unterrichten konnten.

UZ: Wie hat René auf diesen Anruf reagiert?

Tobias Kriele: René wird in Kuba als Held verehrt, entpuppte sich aber am Telefon als freundlicher und bescheidener Mensch. Er konnte kaum glauben, von wo er da angerufen wurde und meinte, die Verbindung sei so deutlich, als wären wir nah bei ihm. In gewisser Hinsicht war das ja auch der Fall. Er zeigte sich beeindruckt von den klimatischen Bedingungen und gratulierte



Tobias Kriele

uns zur gelungenen Besteigung. Wenige Tage vorher hatte René im kubanischen Fernsehen dazu aufgerufen, am 12. September ganz Kuba mit gelben Bändern zu versehen, als Zeichen dafür, dass ein ganzes Volk auf die Rückkehr von Antonio, Ramón, Gerardo und Fernando wartet. Wir berichteten ihm, dass wir alle gelbe Bänder trügen. Und alle äußerten wir die Hoffnung, im nächsten Jahr keinen weiteren internationalen Aktionstag mehr durchführen zu müssen. Zum Schluss wurde uns aufgetragen, im Namen der Fünf Grübe an alle Freundinnen und Freunde in Deutschland zu übermitteln. Später haben wir dann erfahren, dass René am Rande einer großen Veranstaltung in Havanna begeistert von unserer Aktion berichtet hat. Das war natürlich eine große Bestätigung für uns.

UZ: Hat es sich also um eine echte „Spitzenaktion“ gehandelt, wie zuvor angekündigt?

Tobias Kriele: Das Motto „Spitzenaktion – Zug um Zug für die Freiheit der Cuban Five“ ist ja ein Wortspiel aus „Aktion“ und „Zugspitze“. Unser Konzept hat vorgesehen, eine symbolische und in gewisser Hinsicht Aufsehen erregende Aktion mit einer Online-Mobilisierung zu verbinden. Dazu haben wir die Internetseite www.spitzenaktion.de und später eine Facebook-Seite eingerichtet. Beide Seiten sind gut angenommen worden, auf jeder haben

gut zweihundert Menschen die Aktion online unterstützt. Ohne der noch ausstehenden Auswertung vorgreifen zu wollen, kann man festhalten, dass die Verbindung einer symbolischen Gipfelbesteigung mit einer Internet-Mobilisierung zumindest teilweise gelungen ist. Als Erfolg ist es auch zu verbuchen, dass fast 70 Freundinnen und Freunde die Aktion mit einem öffentlichen Statement unterstützt haben, darunter einige Gewerkschaftssekretäre. Auf der anderen Seite hatten wir höhere Erwartungen, was die schneeballartige Verbreitung der Aktion im Internet angeht. Möglicherweise sind wir da unter unseren Möglichkeiten geblieben.

Viele der Compañeras und Compañeros, die im Netzwerk Cuba organisiert sind, haben uns großartig unterstützt. Offensichtlich konnten sich viele mit der Aktion identifizieren. Mit den Kundgebungen, die zeitgleich in Frankfurt Hamburg und Düsseldorf stattfanden, haben wir uns gut ergänzt. Unsere Idee war ja eben, ein unübersehbares Zeichen zu setzen, welches aus den medial vernebelten Tälern herausragt. Wie wahr dieses Anliegen ist, zeigt sich, wenn man sich vor Augen führt, dass in der BRD, abgesehen von der „jungen Welt“, natürlich, keine Tageszeitung über die Aktion berichtete. Das verordnete Schweigen ist nicht durch eine Aktion zu brechen, hier ist unsere Ausdauer gefragt, wie überhaupt im Fall der Cuban Five.

UZ: Wie ist denn die aktuelle Situation der Gefangenen?

Tobias Kriele: Die juristischen Mittel sind weitgehend ausgeschöpft. Noch läuft ein Antrag unter dem Titel „Habeas Corpus“ bei Gerardo, der die nachgewiesenen Zahlungen der US-Regierung an Journalisten thematisiert und die US-Regierung auffordert, die diesbezüglichen Dokumente freizulegen. Aber gerade in dieser Sache wird deutlich, dass die Entscheidungen der politischen Justiz vom öffentlichen Aufruhr abhängen, der sich um einen Fall entfacht. Man kann wohl sagen, dass der Fall der Cuban Five jeden Tag weniger juristisch und mehr politisch wird. Die Strategie der US-Regierung ist offensichtlich, den einen oder anderen mit den Jahren zu entlassen – der nächste wäre in dieser Logik Fernando. Das Kalkül ist aber, Gerardo mit seinen zwei Mal lebenslänglich plus 15 Jahren auf alle Ewigkeit als Geisel gegen das antiimperialistische Kuba festzuhalten. Die Mühle der Zeit ist die Verbündete der US-Regierung – gerade deshalb ist es so wichtig, auch nach 15 Jahren Solidarität nach neuen Aktionsformen zu suchen und neue Akzente zu setzen. Wie wir am Telefon zu René sagten: Wenn es notwendig sein sollte, steigen wir wieder hoch. So hoch, wie es eben sein muss, um Gerechtigkeit für die Fünf und für Kuba zu erkämpfen.

Fragen: Manfred Idler



Foto: Maercks

Unfairteilen-Demo in Berlin: Aktion zum Abschluss der Demonstration. Alle hatten gemeinsam Spaß daran, symbolisch die Euros bei den Reichen einzusammeln und umzuverteilen.



# „Umfairteilen – Reichtum besteuern“

Tausende Menschen gingen am 14. September auf die Straße

*Aus der Presseerklärung des Bündnisses Umfairteilen:*

Als starkes Signal werten die Initiatoren die (...) Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen insgesamt mehr als 15 000 Menschen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straßen gegangen sind. Zu den Demonstrationen aufgerufen hatte das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ von Attac, Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen. Die äußerst breite Zustimmung in der Bevölkerung stelle für die Politik eine Verpflichtung zu einem steuerpolitischen Kurswechsel dar.

Die zentrale Demonstration fand in Bochum statt, wo sich insgesamt mehr als 12 000 Menschen an einem Sternmarsch beteiligten. Zeitgleich bildeten in Berlin Tausende eine Umfairteilen-Kette im Regierungsviertel. Auch in anderen Städten – darunter etwa Saarbrücken und Regensburg – fanden (...) Umfairteilen-Veranstaltungen statt. „Wir haben die Verteilungsfrage und die Finanzierung sozialer Infrastruktur erfolgreich auf die politische Agenda gesetzt. Innerhalb weniger Monate bildeten sich mehr als 60 lokale Bünd-

nisse in Deutschland, die mit über 250 Veranstaltungen und Demonstrationen erreichten, dass die Forderung nach einer gerechten Steuerpolitik als Mittel der fairen Verteilung in die Öffentlichkeit kam. Das ist ein Riesenerfolg“, sagte Helge Bauer vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, wertete den (...) Tag ebenfalls als beeindruckende Bestätigung (...). Konkret fordert das Bündnis eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung des Gemeinwesens und notwendiger Reformen. „Wichtige Bereiche wie Bildung und Pflege sind dauerhaft unterfinanziert. Wir brauchen deshalb dringend zusätzliche Investitionen in die gesellschaftliche und soziale Zukunft Deutschlands. Da ist es ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn Millionäre und Milliardäre, deren Vermögen im Zuge der Finanzkrise mit dem Geld der Steuerzahler gerettet wurden, jetzt einen stärkeren Beitrag leisten“, sagte Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Özlem Alev Demirel, Bundesvorsitzende von DIDF, bilanzierte für die Migrantenorganisationen, die zahl-

reich zu der Demonstration mobilisiert haben: „Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Deutschland immer weiter auseinander. Nicht zuletzt die Politik der Steuergeschenke und Rettungspakete an Reiche, Konzerne und Banken auf der einen Seite und Sozialkürzungen und Lohndumping auf der anderen Seite haben dazu beigetragen, dass wir eine geradezu perverse Reichtumsverteilung in diesem Land haben. Um diesen Trend umzukehren, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Menschen einzufordern, waren wir heute lautstark und kreativ auf der Straße.“ Dem parteipolitisch unabhängigen Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ gehören auf Bundesebene 24 Organisationen an: vom globalisierungskritischen Attac und dem Online-Netzwerk Campact, Gewerkschaften wie ver.di und GEW, Sozialverbänden wie Paritätischer Wohlfahrtsverband, SoVD und Sozialverband VdK über die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Migrantenverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen bis hin zu den Naturfreunden Deutschlands und der Initiative Vermögenger für eine Vermögensabgabe. 14.9.2013



## Es geht um die ganze Bäckerei

Auch in Berlin standen die Verteilungsfrage und die Finanzierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur im Mittelpunkt. Etwa 3 000 waren zur Auftaktkundgebung gekommen, um anschließend zum Regierungsviertel zu demonstrieren. Stark vertreten waren die Sozialverbände, Attac und die Gewerkschaften ver.di und GEW. Die

Andrea Kocsis, stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende, forderte einen Politikwechsel, weg von der „unfairen“ Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Umverteilen, das bedeutet auch, am Wahlsonntag die Stimmen neu zu verteilen. Friedhelm Hengsbach, angekündigt als christlicher Sozialethiker und Kapitalismuskritik-

die Forderung nach „Umverteilen“. Bei gemeinsamer Kapitalismuskritik macht dies für viele den Unterschied aus zwischen der Suche nach einer Alternative im System und der Suche nach einer Alternative zum kapitalistischen System. Gemeinsamkeit gibt es aber trotzdem bei den aktuellen Forderungen des



Blöcke von der Partei „Die Linke“ und von den Grünen waren nicht zu übersehen. Die Veranstalter waren mit der Mobilisierung zufrieden angesichts der Tatsache, dass eine Woche vorher nicht nur die große Demonstration „Freiheit statt Angst“ mit 20 000 Teilnehmern stattgefunden hatte, sondern auch der DGB zum Aktionstag „Flagge zeigen für einen Politikwechsel“ aufgerufen hatte. Im Rahmen dieser Aktion waren zum Metall-Parlament der IGM vor dem Brandenburger Tor etwa 2 000 TeilnehmerInnen gekommen.

ker, stellte die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er prangerte den „exklusiven Reichtum“ an, der „gesellschaftlich parasitär“ sei. Ursula Engelen-Kerfer vom Sozialverband Deutschland forderte in ihrer kämpferisch vorgetragenen Rede, auch nach dem Wahltag weiterzukämpfen. „Dann müssen wir antreten und von der neuen Regierung verlangen, dass die Umverteilung beginnt und zwar zuerst bei den Steuern.“ Im Demonstrationzug gab es neben der offiziellen Losung „UmFairTeilen“

Bündnisses. Als zum Abschluss der Demonstration eine Menschenkette über die Spree zum Regierungsviertel gebildet wurde, hatten alle gemeinsam Spaß daran, symbolisch die Euros bei den Reichen einzusammeln und umzuverteilen. Geldsäcke wurden dahin weitergereicht oder geworfen, wo das Geld wirklich benötigt wird. Dazu sang Dota Kehr, bekannt als Kleingeldprinzessin, ihr Lied „Utopie“: „Es geht nicht um ein Stück vom Kuchen, es geht um die ganze Bäckerei.“ Michael Maercks



# 45 Jahre DKP – Erinnerungen

von Peter Dürrbeck, Mitglied im Bundesausschuss der DKP 68/69

Am 25. September 1968 versammelten sich über dreißig Kommunistinnen und Kommunisten in Frankfurt am Main, sie diskutierten und verabschiedeten eine Erklärung zur Konstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei.



Noch 1967/1968 gab es intensive Bemühungen, die Aufhebung des Verbotsurteils gegen die KPD zu erreichen. (Ankündigung unterschiedlicher Veranstaltungen)

schusses. Festgelegt wurde, dass eine Bundeskonferenz stattfinden und im Frühjahr 1969 der erste Parteitag durchgeführt werden sollte. Dem Parteitag war vorbehalten über den Namen der Partei, eine Grundsatzklärung und ein Statut zu entscheiden sowie die Gremien der Partei zu wählen.

Einen Tag später führten Kurt Bachmann als Leiter des Arbeitsausschusses und weitere Mitglieder eine viel beachtete Pressekonferenz durch. Nicht alle Mitglieder des Bundesausschusses nahmen an dieser Pressekonferenz am 26. September teil. Sie waren schon wieder auf der Fahrt in Heimorte, informierten weitere Genossinnen und Genossen und bereiteten in ihren Bundesländern Landeskonferenzen vor, auf denen Landesausschüsse gewählt wurden. Ebenso wurden in den wichtigsten Orten auch Kreisausschüsse gebildet.

Soweit die nüchternen Fakten zur Konstituierung der DKP.

Nachzutragen wäre noch, dass ein Großteil der Mitglieder des Bundesausschusses in der Zeit des Kalten Krieges wegen illegaler Arbeit für die verbotene KPD inhaftiert waren. Zum Beispiel saß der Genosse Otto Hans aus Hildesheim noch bis März 1968 in der Haftanstalt Hannover.

Vorausgegangen waren intensive Bemühungen um die Aufhebung des Verbotsurteils gegen die KPD und für ihre Wiederzulassung. National wie international mehrten sich die Forderungen nach der Legalität für die KPD. Bundesweit bekannte Juristen und Verfassungsrechtler wiesen nach, dass das Verbot weniger mit Recht als mit politischer Willkür zu tun hatte. Auf Konferenzen, in Fernsehdiskussionsrunden war dieses Thema präsent. Bei Ostermärschen, Antinotstandsaktionen und auf gewerkschaftlichen Maidemonstrationen tauchten Plakate und Umhängeschilder mit der Forderung zur Aufhebung des Verbots auf. Eine Initiativgruppe zur Aufhebung des KPD-Verbots wirkte praktisch bundesweit, in ihr arbeiteten bekannte Mitglieder der KPD mit. Die Parteiführung der KPD benannte eine Verhandlungsgruppe mit Max Schäfer, Herbert Mies, der ehemaligen Bundestagesabgeordneten Grete Thiele und dem ehemaligen niedersächsischen Landtagsabgeordneten Ludwig Landwehr. Als es für die Bundesregierung, eine „Große Koalition“, immer enger wurde ein Verbot der KPD weiter zu begründen, trat dann der Minister Herbert Wehner (SPD) auf und schlug vor, dass die KPD einen Programmentwurf vorlegen solle. Die KPD legte dann im Januar 1968 einen Programmentwurf vor. Dieser sollte auf einer Pressekonferenz in Frankfurt der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Das wurde durch die Bundesregierung verhindert. Max Schäfer und Herbert Mies wurden verhaftet. Die vorliegenden Entwürfe beschlagnahmt.

Gleichzeitig war organisiert worden, dass der Entwurf bundesweit an Mitglieder der Partei und Bündnispartner verteilt werden konnte. Doch nicht überall gelang das. Die politische Polizei machte Hausdurchsuchungen bei örtlich bekannten Kommunistinnen und Kommunisten und beschlagnahmte einen Teil der Dokumente. In einigen Bundesländern konnten Kommunisten öffentliche Veranstaltungen durchführen, in

anderen, wie in Niedersachsen, wurde jedes Auftreten verhindert.

Als Kurt Baumgarte, Ernst Wichmann, Fritz Maiwald, Otto Hans und ich am 17. August 1968 in Hannover eine Pressekonferenz durchführen wollten, wurde diese mit dem Hinweis verboten, dass die-



se Pressekonferenz im Auftrage der illegalen KPD stattfinden solle, schließlich waren wir in den Jahren 1966 bis 1968 auf Grund von Urteilen durch die politische Strafkammer in Lüneburg inhaftiert gewesen. Aus den bisherigen Schilderungen wird schon ersichtlich, dass die Situation im 1968 sehr zwiespältig war.

Auf der einen Seite hatten in den Jahren 1967/1968 Forderungen nach mehr Demokratie zu gewissen Veränderungen im Land geführt. Mit den sozia-



25. September 1968, Frankfurt am Main: Über dreißig Kommunistinnen und Kommunisten diskutieren und verabschieden eine Erklärung zur Konstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei.

listischen Ländern wollte die Bundesregierung zu normalen Kontakten kommen und auch die Handelsbeziehungen erweitern. Auf der anderen Seite galt eine kommunistische Partei nach wie vor als „rotes Tuch“. Während Kleinzeitungen, die von Kommunisten herausgegeben wurden, teilweise verfolgt wurden, konnten „maoistische“ Zeitungen ungehindert agieren. Man empfahl uns in jener Zeit auch eine Partei zu schaffen, die sich von der KPdSU und der SED „lossagt“. Die Zwiespältigkeit der damaligen Situation bekam ich auch persönlich zu spüren, als – wie oben beschrieben – uns eine Pressekonferenz verboten wurde. Als ich aber im Mai 1968 – trotz Auflage im Urteil der Lüneburger Strafkammer, drei Jahre nicht in die DDR und andere sozialistische Länder zu reisen – nach Halle zum Arbeiterjugendkongress fuhr und dort auftrat, bzw. in Sofia bei den Weltjugendfestspielen eine Rede in der Radrennbahn hielt und anschließend im Deutschlandsender der DDR einen Kommentar dazu abgab, wurde ich nicht verfolgt oder von der politischen Polizei belästigt.

Unter Genossen in der KPD, bis in die Parteiführung, gab es Überlegungen in welcher Form wir

in dieser Situation die Legalität der Partei erreichen könnten.

Dass wir dann den Schritt der Neukonstituierung einer kommunistischen Partei unternahmen, war meiner Meinung nach der richtige Weg und ich bin auch der Meinung, dass dieser Schritt mit anderen befreundeten Parteien abgestimmt war. Völlig klar war uns nicht, wie die Bundesregierung reagieren würde und noch während der Vorbereitung des ersten Parteitages in Essen als Jupp Angenfort legal in die Bundesrepublik einreisen wollte, wurde er zeitweilig inhaftiert. Gegen den 1. Sekretär der KPD, Max Reimann, bestand ebenfalls ein Haftbefehl, der zu jener Zeit noch nicht aufgehoben worden war. Bekanntlich konnte Max erst später wieder in die Bundesrepublik einreisen und wurde Ehrenpräsident der DKP. In der folgenden Zeit gab es auch Legenden: So jene, die KPD-Führung hätte mit der Bonner Regierung gemauschelt; oder wir seien mit dem Statut der DKP und der Grundsatzklärung von den Prinzipien einer kommunistischen Partei abgerückt.

Weniger beachtet wird, dass wir von Anfang an eine feste Verbindung zur KPdSU und zur SED hatten, was vielen Mitgliedern unserer Partei dann auch Berufsverbote einbrachte, sofern sie für die Partei bei Wahlen kandidierten.

Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ging weiter und ich bekam 1991/1992 auf meine Anfrage durch das Innenministerium Niedersachsen bestätigt, weiter beobachtet zu werden. Meine Funktionen und mein öffentliches Auftreten für die Partei werden dort wahrscheinlich immer noch registriert.

Ulrich Sander hat ja des Öfteren über ähnliche Beobachtungen in der UZ berichtet.

seit der Neukonstituierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik vergangen. Wenn sich die Deutsche Kommunistische Partei in diesen sechs Monaten bereits als eine Kraft erwies, deren politische Initiative Beachtung fand, so ist das den mehr als 22.000 Mitgliedern zu verdanken, die gleich in den ersten Monaten den Kampf als Mitglied der DKP aufnahmen.

## Partei der Arbeiterklasse

Sie waren es, die den Arbeitern der Hamburger Hafens, den Belegschaften des Thyssen-Konzerns, den Beschäftigten der Adler-Werke, den Arbeitern und Angestellten vieler anderer Betriebe die DKP als Partei der Arbeiterklasse, als Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung vorstellten. In Hunderten von Veranstaltungen, öffentlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen ebenso wie in der politischen Aktion hat sich die DKP als Partei erwiesen, die mit ihrem klaren politischen Konzept, mit ihren bestimmten Vorstellungen für die Gegenwart und für die Zukunft das Interesse beachtlicher Teile der Jugend als Diskussions- und Aktionspartner findet.

## Einigende Kraft

Überall in Bewegungen der jungen Generation ebenso wie bei unserer Tätigkeit als Gewerkschafter und bei Bemühungen um Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, bei den Ostermärschen, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, wie im Aktions- und Wahlbündnis für demokratischen Fortschritt waren und sind wir bestrebt, als einigende Kraft zu wirken ...

Soweit der Einstieg in das Referat des Genossen Kurt Bachmann. Das ganze Referat kann man im Protokoll des Essener Parteitages nachlesen. Kurt Bachmann umriss jene Grundsätze unserer Partei, die sich dann auch in der Grundsatzklärung, den Detailprogrammen und den Programmen der DKP wiederfinden. Dabei blieb er nicht an der Oberfläche haften, sondern zeigte die widersprüchlichen Prozesse in Staat und Gesellschaft auf.

Wenn wir es ernst meinen mit unserer Betrachtung des historischen Materialismus, sollten wir uns seine nüchtere Analyse zu eigen machen. Ich sehe in seiner Parteitagrede, wie auch in vielen seiner Artikel ein Stück Geschichte des Landes, in dem ich groß geworden bin, gepaart mit einem großen Erfahrungsschatz, den Kurt Bachmann in seinem Leben angesammelt und uns Jüngeren vermittelt hat. Einige Fragen, die sich – meine ich – neu stellen, betreffen unser Sozialismus-Bild. Hier werden wir unter anderem untersuchen müssen, wo wir Entwicklungen in der Vergangenheit nicht genügend hinterfragt haben, eventuell Dinge nur so gesehen haben, wie wir sie sehen wollten. Das betrifft auch unser Bild großer kommunistischer Parteien, die wir durch eine andere Brille gesehen haben, als kleinere Parteien. Auf keinen Fall dürfen wir in Schwarz-Weiß-Malerei verfallen.



Gründungskongress der DKP in Offenbach im Oktober 1968.

Äußerst lesenswert finde ich bis heute das Referat von Kurt Bachmann auf dem 1. Parteitag der DKP vom 12./13. April 1969. Das Referat trug die Überschrift: „Einig handeln für eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft“. Darin hieß es unter anderem: „Sechs Monate sind

(Ich verweise auch auf den Artikel von Kurt Bachmann in den Marxistischen Blättern Nr. 5 aus dem Jahre 1993 unter der Überschrift: „1968 formieren sich die Kommunisten neu.“)

# Geschichtliches Lehrstück

Ken Loachs Film „The Spirit of '45!“

Margaret Thatcher, ja, die „eiserne Lady“, an die erinnert man sich auch außerhalb von Großbritannien noch. Aber Clement Attlee? Den Namen kennen nur noch Historiker oder Menschen, die das Ende des Zweiten Weltkriegs einigermaßen bewusst miterlebt haben. Oder die Ken Loachs Dokumentarfilm „The Spirit of '45“ gesehen haben, der nach der Uraufführung bei der diesjährigen Berlinale nun wenigstens als VoD zu haben ist (bei iTunes seit 12. September); dass ein Film eines so bekannten und vielfach ausgezeichneten Regisseurs keinen Kinoverleih mehr findet, kann man getrost als eines der Resultate der von Loach beschriebenen politischen Entwicklung sehen, in der nur noch der Profit zählt und die Interessen des großen Kapitals scheinbar unaufhaltsam auf dem Vormarsch sind. Loachs Film ist, so hat es der britische Kritiker Philip Kemp treffend formuliert, „zugleich ein Jubel- und ein Klagegedicht“. Die beiden genannten Politiker stehen für diese beiden Pole, natürlich in umgekehrter Reihenfolge und mit unterschiedlicher Gewichtung, wie bei dem engagierten Linken und bekennenden Trotzkisten Loach nicht anders zu erwarten. So erinnert er in den ersten zwei Dritteln seines Films an die Jahre der ersten Labour-Regierung (1945–1951) mit Attlee als reformfreudigem Premier, um dann einen großen zeitlichen Bogen zu schlagen zum Jahr 1979 und der ersten Thatcher-Regierung, die in raschen Schlägen die Reformen der Attlee-Zeit zerschlug und wieder ganz auf die „freie Marktwirtschaft“ setzte. Die Folgen der Reformen wie auch ihrer Zerschlagung beschreibt Loach mit Zeitzeugen-Interviews und gut recherchiertem Archivmaterial, darunter als Glanzpunkt Aufnahmen einer Rede des gerade als Attlees Nachfolger gewählten Winston Churchill, umringt und fast übertönt von lauten Rufen aus der Menge, doch die ruft nicht ihn, sondern „Clement! Clement!“

Dass der 1967 verstorbene Attlee auch heute bei der britischen Bevölkerung noch in guter Erinnerung ist, belegt Loach mit einem breiten Spektrum von Zeitzeugen, das von Eisenbahnern und Hafenarbeitern über Mediziner und Krankenschwestern bis hin zum ehemaligen Lord und Labour-Minister Tony Benn reicht und so den Umfang der sozialen Veränderung durch Attlees Reformen widerspiegelt. Die Briten hatten 1945 – der Erdrutsch-Sieg von Labour mit einer satten Mehrheit von 146 Sitzen spricht eine deutliche Sprache – Krieg und Bombenterror aus Nazi-Deutschland überwunden und dabei die Kraft der Solidarität gespürt. Nun wollten sie, wie der Arzt Julian Tudor Hart sagt, „nicht nur nie wieder Krieg, sondern auch nie wieder jene Art Frieden wie in den 1930er Jahren“, in denen breite Massen der Weltmacht Großbritannien in Hunger und Elend lebten. So wurde ein großes Wohnungsbauprogramm aufgelegt, Bergwerke, das Transportwesen und die Eisenbahnen kamen in staatliche Regie. Der von Attlees Minister Aneurin „Nye“ Bevan durchgesetzte nationale Gesundheitsdienst (NHS) ist trotz zahlreicher Abstriche späterer Jahre noch heute eine der großen Errungenschaften jener Zeit.

Wie es der Reaktion gelingen konnte, eine so breite, vom Volk getragene Reformbewegung so gründlich zu zerschlagen, dafür findet Loach einfache, manchmal auch zu einfache Erklärungen. Er macht kein Hehl aus seiner Vorliebe für basis- und rätedemokratische Modelle gegenüber den von Labour praktizierten, die oft die neuen Posten mehr nach Parteinähe als nach Qualifikation vergaben und zum Beispiel – so Tony Benns heutiges Resümee – „die Nationale Kohlebehörde (NCB) genauso führten wie die früheren Minenbesitzer“. Loach attackiert die Labour-Führung („Labour hat keine Ahnung von seiner eigenen Stärke“) und die Gewerkschaften, die „den großen Streik der Dockarbeiter durch ihre Inaktivität verloren“ und sich zu staatsfromm verhielten, wo doch auf den Transparenten der Protestierenden offen dazu aufgefordert wurde, „Gesetze brechen, um den NHS zu verteidigen“. Loach zeigt auch, wie britische Polizei Streiks und Proteste brachial niederknuppelt. Und hierzulande redet DGB-Chef Sommer vom „Schulterschluss mit der Bundeswehr“!

Hans-Günther Dicks



9. Mai 1945, „Victory Day“, in London

## Das geeinte Volk ist unbesiegbar

Hommage für Allende und die im Kampf gegen Pinochet Gefallenen

40 Jahre nach jenem 11. September 1973, da Salvador Allende aus der Verteidigungsstellung des Präsidentenpalastes heraus seine letzte, einer sozialistischen Zukunft Chiles zugewandte Botschaft frei über den Äther verkündete, erinnerte eine Hommage an die einst weltweite Solidarität gegen den CIA-gesteuerten Militärputsch: „Das geeinte Volk ist unbesiegbar.“ Etwa 300 Leser der initiierten Tageszeitung „junge Welt“, dazu Freunde von „Melodie & Rhythmus“ und hier lebende Chilenen kamen in der Berliner „Wabe“ am Ernst-Thälmann-Park zu Film, Lesung und Konzert zusammen. Zu einem Programm „von Trauer und noch zu erarbeitender Zuversicht“, wie es Moderator Michael Mäde ausdrückte. Für viereinhalb Stunden lieferte Sergio Ortigas Widerstands-Hymne, bekannt durch „Inti Illimani“, mehr als ein Motto. Zum Takt der mitschwingenden Fäuste wurde zum Schluss wieder einmal gemeinsam gesungen und skandiert: „El pueblo – unido – jamás será vencido!“ Ausschnitte aus authentischen Dokumentarfilmen, die die jW-nahe „Bibliothek des Widerstands“ ergänzen, waren als Zeugnisse großer Volksbewegungen für den sozialistischen Hoffnungsträger Allende und die Unidad Popular zu erleben: „Wenn das Volk erwacht“ (Chile 1972), „Chile, der Kampf geht weiter“ (Chile 1972/73) und „Gespräche mit Allende“ (USA/Chile 1972) über die ersten Schritte gegen den Ausverkauf der nationalen Bodenschätze. Schon auf die Wahl des Bündniskandidaten Salvador Allende reagierte das Lager der Konservativen mit Blockaden. jW-Chefredakteur Arnold Schölzel ging auf die Strategie der Verhinderungen und permanenten Spannungen nach Maßgabe des Weißen Hauses ein. Aus-

gehend vom faschistischen Putsch und vom neoliberalen Modell chilenischer Prägung zieht der Imperialismus auf Rollback-Kurs seine neuerliche Blutspur durch die Welt. Afghanistan, Irak, Syrien – und demnächst Iran? fragte der temperamentvolle chilenische Liedermacher und Dichter Nicolás Rodrigo Miquea. Und kämpferisch singend gab der klassisch-virtuose Gitarrist die Antwort: „Kommt mir nicht mit Freiheit“. Der 34-Jährige begründet das mit an die tausend Unterwanderungshinweisen zur UP und zu Allende – in den Memoiren eines gewissen Henry Kissinger. Den in der Diktatur „Verschwundenen“ widmet er Teile seines Repertoires, mit anderen ehrt er alle Gefallenen des Imperialismus. Da ist auch etwas aus der Hommage „Los cinco minutos“ für den Kommunisten Victor Jara dabei, 1999 zusammen mit dem Freund Félix Cárdenas veröffentlicht. 26 Jahre nach der Ermordung des populärsten Sängers der Unidad Popular erlebte Nicolás eine Art Initialzündung. Die von Jara geförderte Bewegung „Nueva canción“ (Neues Lied) war unter der Junta verboten, Miquea möchte auf eigene Weise und unter anderen Bedingungen daran anknüpfen. Seinem eigenen Vortrag des „Ho Chi Minh“-Lieds fügte er hier eine weitere Strophe über den Sänger der chilenischen Revolution an. Der Dichter Pablo Neruda, ebenfalls in den Händen der Junta, überlebte seinen Genossen Victor Jara um ganze sieben, den Freund Allende um zwölf Tage. Aus den letzten Gedichten und anderen Texten des chilenischen Literatur-Nobelpreisträgers las die Schauspielerin Jennipher Antoni: Chile, eine Schlacht um die Existenz, eine Schlacht für die Ehre und für die Liebe. – Den

Völkern reiche ich unseren Kelch auf der Höhe der Zeit. – Und: Eine Minute Dunkel macht uns nicht blind. (Die Kommunisten) Einen weiteren Block im Konzertprogramm bestritt José Miguel Marquez, langjähriger Frontmann der Gruppe Illapu, gemeinsam mit dem peruanischen Konzertgitarristen David Sandoval. Auf Victor Jaras Kinderlied an „Luchin“, der symbolträchtigen Hoffnung aufs Morgen, folgten „Hasta la victoria siempre“ und eine von Violeta Parras fröhlich verbindenden Cuecas. Marquez' eigene Hoffnung ist auf die Präsidentschaftswahl im November gerichtet. Ein Sieg der Sozialisten Bachelet soll Weichen zu einer neuen, demokratischen Verfassung stellen. José Miguel wurde schon 17-jährig in seiner Heimatregion, der Salpeter-Wüstenzone Antofagasta, schlagartig politisiert, da füllten sich dort Gefangenenlager. Als der Mord an Victor Jara bekannt wurde, entdeckte er die Gitarre als Compañera der Gefühle, des Kampfes und der Hoffnung. 1981 ließ ihn Pinochet ausweisen. In der DDR-Hauptstadt studierte er von 1985 bis 1989 an der Musikhochschule „Hanns Eisler“. Später gründete er die Gruppe Illapu mit, tourte mit ihr 35 Jahre durch 28 Länder, wurde schließlich einer der virtuosesten Instrumentalisten und bekanntesten Sänger Chiles. Seit 2011 ist er wieder in Berlin. Um etwas von dem zurückzugeben, was ihm einst gegeben wurde, unterrichtet er Kinder im Stadtbezirk Pankow. Dass er die Bambusflöte und die kleine Flöte ebenso virtuos beherrscht wie seine Gitarre und die Verwandten aller Größenordnungen in dieser Instrumentengattung, das hat er mit David Sandoval begeisternd gezeigt.

Hilmar Franz

## Rache-Epos

Pallières lässt „Michael Kohlhaas“ in den Cevennen einsam sterben

Vor ihnen liegt ein steiniger Weg. Die kargen Berge in düsteren Wolken. Nebelfetzen. Die Reiter mit ihren mitgeführten Pferden kommen in der grandiosen Landschaft nur langsam voran. Monumental-großartige Bilder, die auf vorzivilisatorische Urkonflikte verweisen. Die kommen in Form einer eher improvisiert wirkenden Straßensperre. Der Pferdehändler Michael Kohlhaas (Mads Mikkelsen) hat zwei Rappen als Pfand zu geben. Wie sich herausstellt, reine Willkür des örtlichen Feudalherrn (Swann Arlaud). Als Kohlhaas die Pferde auslösen will, findet er sie und seinen ebenfalls auf der Burg verbliebenen Knecht schwer misshandelt. Kohlhaas will Schadenersatz. Regisseur Arnaud des Pallières hat Kleists Erzählung aus dem frühneuzeitlich-protestantischen Sachsen in die Südausläufer des französischen Zentralmassivs verlegt. Die Konkretheit des frühbürgerlichen Gesellschaftskonfliktes durch die ewige Erhabenheit der Cevennen ersetzt. Sein Kohlhaas ist ein archaischer Rächer. Mads Mikkelsens braucht seiner eigenen Miene kaum ein Lächeln abzurufen. Als seine Frau Judith (Delphine Chuillot) von einem Bittgang zu „der Prinzessin“ (Roxane Duran), möglicherweise eine Anspielung auf Marguerite d'Angoulême (1492–1549), schwer verletzt zurückkommt und stirbt, ist das Maß voll. Pallières müht sich nicht sonderlich mit Erklärungen ab. Wer Judith verletzt hat und warum bleibt ebenso im Dunklen wie die feudalen Interessenkonflikte und Ränkespiele der doch komplex differenzierten Kleistschen Vorlage. Die im Übrigen, und zwar ebenso wenig beachtet, ihre Entsprechung in den Divergenzen in Kohlhaas' Heerhaufen finden. Mads Mikkelsen „sieht Rot“ wie schon 1974 Charles Bronson und die unsäglichen Sylvester Stallones nach ihm. So machen denn der Rosshändler und seine Leute die Burgbesatzung nieder, als hätten sie nie etwas anderes getan. Zwar verzichtet Kamerafrau Jeanne Lapoirie dankenswerterweise auf das genretypische Umherspritzen von Gehirn und Gedärm, doch ihre langatmig zelebrierte Waffenästhetik ist sich auch so Sinn genug. Ihr Kameraobjektiv hat sich auf Mikkelsens eisgehärtetem Gesicht mit dem dahinter drohenden Schwertgriff förmlich festgesaugt. Plötzlich taucht eine Art Lutherverschnitt (Denis Lavant) auf. Gerade als Kohlhaas einen eigenen Mann aus seinen ebenso plötzlich auf statliches Format angeschwollenen Truppen wegen Plünderns aufhängen lässt. Der Pfaffe bringt ihn mit dem legalistischen Argument in die Bredouille, er sei für die Gerechtigkeit ausgezogen und nun bei Mord gelandet. So wie er seinen Laden in Ordnung zu halten versuche, müssten es die Fürsten eben auch tun. Kohlhaas' letzte Hoffnung auf Absolution

wird ihm verweigert. Vom Pfaffen wie wohl auch vom Regisseur. Dies stimmt ein auf die alte Taktik, gegen Zusicherung von freiem Geleit die Selbstentwaffnung zu ergaunern. Und es danach natürlich zurückzunehmen. Am Ende unternimmt es Bruno Ganz als „Gouverneur“ eine Art Gerechtigkeitsvergleich herzustellen. Dabei erhält Kohlhaas Entschädigung für seinen Knecht und seine wiederhergestellten Rappen und „die Prinzessin“ Entschädigung für die Verletzung ihrer landesherrlichen Rechte, indem Kohlhaas der Kopf abgeschlagen wird. Diese, wohl um Kleist nicht völlig aus den Augen zu verlieren, unvermittelte juristische Wendung, der bis dahin reichlich schwertlastigen Interpretation produziert eine eigentümliche Befremdlichkeit. Dort, wo es um Kampfkraft und Entschlossenheit, um archaische Blutrache ging, tritt plötzlich, ex cathedra, eine unerklärliche „Versöhnung“ der widerstreitenden bürgerlichen und feudalen Rechtsauffassungen ins Werk. Genau hier allerdings liegt das Problem, um das es Kleist eigentlich geht. Während Pallières im Individuellen verharrt, gerät der Pferdehändler bei Kleist zum Auslöser und Katalysator gesellschaftlich-sozialer Umbruchprozesse und erwachenden frühbürgerlichen Selbstbewusstseins. Sein Handeln ist nicht einsam, sondern wird von den sozialen Schichten lebhaft reflektiert. Zwar aus sehr unterschiedlichen Motiven, doch nicht ohne Grund schließen sich, trotz brutalster Strafandrohung, viele seinem Aufstand an. Kleist schreibt unmittelbar unter dem Eindruck der Französischen Revolution. Die Rückverlegung in die Zeit der Reformation und der Bauernkriege, wie auch das Scheitern seines Helden verdeutlichen seine pessimistische Perspektive. Schon Shylocks Anspruch auf „ein Pfund Fleisch“ in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ repräsentierte den amoralischen bürgerlichen Eigentumsrigorismus: Recht ist Recht und Geschäft ist Geschäft. Und wenn die Welt dabei in Scherben fällt. Weder Shakespeare noch Kleist war sonderlich wohl bei dem, was da nun in die Welt tritt. Auch wenn es das in der Pose des „Wohlstands der Nationen“ tut. Shakespeare lässt seine Heldin Portia kontern: „Recht sollst du bekommen. Mehr als du begehrt.“ Eine positive Deutung der Kohlhaaschen Ambivalenz als antifeudaler Rebell versuchte Volker Schlöndorff 1969. Der aktualisierende Vorspann deutete auf ein Art zeitloses rebellionskontinuum bis in die Gegenwart. Das wirkt für Leser dieser Zeitung gemeinhin sympathisch. Der Adelige Kleist wusste um die Überlebtheit seiner alten herrschenden Klasse und ihm graute vor der profan-pekuniären Unerbittlichkeit der neuen. Nicht völlig ohne Grund.

Klaus Wagener



Markiger Blick und Schwertgriff: Mads Mikkelsen als Kohlhaas.

# Zum Hintergrund der gegenwärtigen Krise

Diskussionsbeitrag von Helmut Dunkhase, Berlin

Mit dieser Ausgabe der UZ setzen wir die im Juli begonnene KrisenDebatte mit einem Diskussionsbeitrag von Helmut Dunkhase zu Lucas Zeise fort.

Die bisherigen Beiträge zeigen, dass es neben Gemeinsamkeiten auch unterschiedliche Herangehensweisen gibt und nach wie vor differierende Einschätzung der gegenwärtigen Krise, ihrer Ursachen und möglichen Folgen.

In drei längeren Beiträgen haben Lucas Zeise „Zum Charakter der aktuellen Weltwirtschaftskrise“ (19. Juli), Beate Landefeld „Nur eine „stinknormale“ zyklische Krise?“ (2. August) und Klaus Wagener „Nach dem Endsieg – zu sich selbst gekommen“ (16. August) ihre Positionen dargestellt.

Fred Schmid kritisierte in seinem Beitrag „Die Krise mit der Definition der Krise“ der UZ vom 9. August die KrisenDefinition im Beschluss des 20. Parteitag der DKP auf die Krise“. Ihm antworteten Jürgen Lloyd und Hans-Peter Brenner.

Lucas Zeise meint, dass die gegenwärtige Krise nichts Anderes sei als eine normale Überproduktionskrise, nur eben in einem größeren Ausmaß. In der Tat zeugen platt gemachte oder noch platt zu machende Autofabriken oder Geisterstädte in Spanien von vernichtetem Kapital, produziertem Kapital also, das sich nicht mehr verwerten lässt. Zeises Ausführungen erklären aber weder Tiefe und Dauer der Krise noch ermöglichen sie eine Abschätzung der Perspektiven im Verhältnis von Kapital und Arbeit.

Was wir jetzt beobachten können, ist die Erscheinung eines Problems, das sich in einer Jahrzehnte langen Entwicklung aufgestaut hat, dessen Ursache letztlich in einem ökonomischen Gesetz liegt, von dem Marx sagte, dass es „in jeder Beziehung das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie“ (MEW 42, 641) sei: das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Die Entwicklung der Profitrate hängt im Wesentlichen vom Verhältnis der Wachstumsrate der Arbeiterpopulation zur Investitionsrate ab. (Detaillierter in meinem Beitrag in den MB 1/11 zur Profitratendiskussion.) Die These klingt zunächst erstaunlich. Doch hat bereits Marx diesen Sachverhalt thematisiert (MEW 25, 15. Kapitel, III). Dort beschäftigt er sich u.a. hypothetisch mit der Situation einer absoluten Überproduktion von Kapital, die vorläge, „sobald ... das Kapital gewachsen wäre in einem Verhältnis zur Arbeiterbevölkerung, dass weder die absolute Arbeitszeit, die diese Bevölkerung liefert, aus-

gedehnt, noch die relative Mehrarbeitszeit erweitert werden könnte ...“.

Diese Situation drohte in Großbritannien um 1980 herum ganz akut, in der BRD in abgeschwächter Form. Die genannte These ist empirisch überprüfbar und hat ihre Prüfung anhand vieler Länder bisher gut bestanden. Aus der Gültigkeit der These folgt, dass in einer stagnierenden oder zurückgehenden Bevölkerung die Profitrate gegen Null tendiert und damit eine produktive Expansion der kapitalistischen Produktionsweise unmöglich wird.

Betrachten wir die Nachkriegsentwicklung in der BRD. Wir können hier zunächst, nach den Verwüstungen des 2. Weltkrieges, eine 30-jährige von gravierenden äußeren Einflüssen freie kapitalistische Entwicklung beobachten: Hohes Wachstum der arbeitenden Bevölkerung bei hohen Akkumulationsraten. Eine hohe Akkumulationsrate impliziert eine hohe Investitionsrate, die die Profitrate senkt, wenn nicht durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität oder stärkeres Wachstum der Bevölkerung ein Gegengewicht entsteht. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität blieb von 1960 an (wo es schon relativ hoch war) in der Tendenz konstant; das Potenzial an ausbeutbaren Arbeitskräften wurde allmählich absorbiert. Die Gewerkschaften waren dadurch in einer starken Position und konnten vergleichsweise hohe Löhne durchsetzen. Auf Grund des oben angegebenen Zusammenhangs begannen die Profitraten zu sinken. Wäre die BRD ein abgeschlossenes ökonomisches System, wären die

Profitraten so tief gesunken, dass die Kapitalisten keine Lust mehr gehabt hätten zu investieren und unser Land wäre dem Sozialismus entgegengetaumelt. In Zahlen: Die Profitrate sank von 15,6 Prozent im Jahr 1960 kontinuierlich bis auf gut 7 Prozent Anfang der 1980er Jahre. Komplementär dazu sank die Ausbeutungsrate von 66,3 Prozent im Jahr 1960 auf 30 Prozent im Jahr 1982. Den ökonomischen Gesetzen entkommen können die Kapitalisten nicht, aber sie können internationale Konstellationen ausnutzen. In den 1960er Jahren wurden die ersten „Gastarbeiter“ ins Land geholt. (Sie konnten die ersten Strukturkrisen Anfang der 1970er Jahre nicht verhindern, sondern nur aufschieben.) Dann gab es die ersten Produktionsverlagerungen. Den Durchbruch in

lutionen in Ost- und Südosteuropa unter das Kapital zusätzlich subsummiert werden konnte.)

Die zweite Reaktion auf die fallenden Profitraten war zum einen das Zurückfahren der produktiven Investition zugunsten von Investitionen in den Finanzsektor. 1960 wurde von den Profitten fast alles investiert, heute nur noch die Hälfte. Zum andern wurden neue Bereiche durch Privatisierungen für die Kapitalisierung erschlossen.

Die erste Reaktion (Migration, Produktionsverlagerungen) bedeuten eine (relative) Erhöhung des Bevölkerungswachstums, die zweite eine Reduzierung der Investitionsrate; beides also Effekte, die eine Erhöhung der Profitrate befördern.

Mit der Verlagerung der Produktion

Finanzen, Management und Dienstleistungen in der westlichen Welt. Und damit dürfte auch klar geworden sein, dass die Wirtschaftskrise eigentlich keine Weltwirtschaftskrise ist; die meisten BRICS-Staaten sind weniger von ihr betroffen.

## Die Rolle des Kredits

Die in Aktien, Anleihen, Schuldtiteln, usw. angehäuften Eigentumstitel sind nach Marx „fiktives“ Kapital. Sie sind kein Kapital, weil es sich nicht um geronnene Arbeit handelt. Sie erheben „nur“ Ansprüche auf die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit.

Es liegt auf der Hand, dass die in angehäuften Finanztiteln implizierten Ansprüche nichts zu tun haben mit der derzeit oder in ein paar Jahren



„Empörte“: Demonstration in Madrid.

diese Richtung brachte Chinas Öffnung gegenüber westlichem Kapital unter Deng Xiaoping, wodurch in der Perspektive ein gigantisches Reservoir von Arbeitskräften zur Verfügung stand. (Später kam noch das Arbeitskräftepotenzial hinzu, das durch die Konterrevo-

lutionen in Ost- und Südosteuropa unter das Kapital zusätzlich subsummiert werden konnte.) Die zweite Reaktion auf die fallenden Profitraten war zum einen das Zurückfahren der produktiven Investition zugunsten von Investitionen in den Finanzsektor. 1960 wurde von den Profitten fast alles investiert, heute nur noch die Hälfte. Zum andern wurden neue Bereiche durch Privatisierungen für die Kapitalisierung erschlossen. Die erste Reaktion (Migration, Produktionsverlagerungen) bedeuten eine (relative) Erhöhung des Bevölkerungswachstums, die zweite eine Reduzierung der Investitionsrate; beides also Effekte, die eine Erhöhung der Profitrate befördern.

Mit der Verlagerung der Produktion ins Ausland und dem damit erzeugten relativen Überfluss an Arbeiterpopulation wurden die Gewerkschaften objektiv geschwächt. (Hinzu kam die subjektive Schwächung durch die „Sozialpartnerschafts“-Ideologie.) Es konnte nun die klassische Methode der Erhöhung der Ausbeutungsrate greifen. Die Entwicklung der Lohnquote, ein ungefähre Anhaltspunkt für die Entwicklung der Ausbeutungsrate, zeigt ein Gefälle von ungefähr 75 Prozent Anfang der 1980er Jahre auf 66,3 Prozent im Jahr 2010. Das entspricht einer Erhöhung der Ausbeutungsrate um 50 Prozent. Ferner konnten Maßnahmen wie die Umwandlung von Staatseigentum in Kapital durch Privatisierungen, die „Verschlankung“ des Staates (Ausgaben für Soziales, Bildung, usw. sind vom Standpunkt des Kapitals Abzüge vom Profit), steuerliche Belastungen für die Arbeiterklasse und Entlastung für die Reichen, usw. durchgesetzt werden. Der Rückgang der produktiven Investitionen zugunsten der Akkumulation von Geldkapital hat dazu geführt, dass heute in den Finanzierungssalden die Nicht-Finanz-Unternehmen seit Anfang der 2000er Jahre als Netto-Kreditgeber und nicht mehr als Netto-Kreditnehmer der Banken ausgewiesen werden. D.h. ein immer größerer Teil des Mehrprodukts wird unproduktiv konsumiert. Die klassische Funktion der Banken, Einlagen einzusammeln, um sie für Investitionen zu kanalisieren, spielt nur noch eine geringe Rolle. In den klassischen kapitalistischen Ländern – in Deutschland aus hier nicht zu behandelnden Gründen weniger ausgeprägt – machen sich Tendenzen zur Deindustrialisierung breit. Großbritannien ist heute kein Industrieland mehr. Die Kehrseite dieser Medaille ist, dass die Fabrik des Weltkapitalismus heute in China steht. Insofern reflektiert die Finanz- und Wirtschaftskrise auch die neue weltweite Arbeitsteilung: Fabriken und Export in BRICS-Staaten,

vorhandenen geronnenen Arbeit. In Deutschland sind die Schulden insgesamt auf 290 Prozent des BIP angewachsen (Staat 81 Prozent, Private Haushalte 60 Prozent, Unternehmen 149 Prozent). Das heißt, die gesamte Bevölkerung müsste fast drei Jahre lang arbeiten, um nur die Schulden abzubauen! Dennoch wird mit Hilfe des Klassenstaates versucht, die mit der Ausweitung der Kredite verbundenen Ansprüche auf fremde Arbeit um jeden Preis durchzusetzen.

## Konsequenzen

(...) Die dargelegte Akkumulationskrise bzw. die Veränderungen in der Kapitalistenklasse legen einen für die Arbeiterklasse günstigen strategischen Ansatzpunkt für den Angriff auf die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse nahe. Ein Ansatzpunkt, der ein ökonomischer ist, aber darüber hinausweist: ein radikaler Schuldenschnitt. (Hier stimme ich wieder mit Lucas Zeise überein.) Getroffen würde die dominierende Schicht der Rentiers, während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ungeschoren bliebe. Rentiereinkommen ist schwerer zu legitimieren als Profite der industriellen Unternehmer. Kapitalistische Marktwirtschaft steht noch ziemlich unangefochten da. Es wäre eine antimonetaristische, aber natürlich noch keine antikapitalistische Maßnahme. Banken würden paradoxerweise wieder liquide. Ihre Verbindlichkeiten ständen in einem vernünftigen Verhältnis zu ihrem Geldmittelbestand. Die Industrie wird kaum beeinträchtigt (außer z.B. Luxusgüterproduktion) und bleibt weiterhin privat organisiert. Ob die Kapitalisten allerdings Lust haben, sich mit geringeren Profitraten zu begnügen (VW z.B. fährt 60 Prozent seiner Gewinne über „Finanzdienstleistungen“ ein), steht auf einem anderen Blatt. Der Druck in Richtung zukünftiger Produktionsweise würde wachsen.

## Bürgerliche Herrschaft in der Krise

### 2. Hamburger Veranstaltungsreihe Oktober – Dezember 2013

Veranstalter der Reihe ist das Bündnis „Kapitalismus in der Krise“, zu dem sich eine Reihe linker Organisationen zusammengefunden haben\*. In der gut besuchten letztjährigen Reihe des Bündnisses standen die ökonomischen Ursachen der langanhaltenden Weltwirtschaftskrise im Mittelpunkt. In diesem Jahr geht es um die politischen Verwerfungen, um die dramatischen staats-, kriegs- und machtpolitischen Folgen der ökonomischen Krise nach innen und außen. Für die Reihe konnten höchst kompetente Fachleute gewonnen werden. Zu den namhaftesten gehören der wissenschaftliche Mitarbeiter des Europaparlamentes und Buchautor Andreas Wehr, der Historiker, Journalist und Autor Dr. Ingo Niebel, Prof. Dr. Freerk Huiskens, Jürgen Lloyd und Dr. Stefan Heinz.

Das Themenspektrum der Veranstaltungen\*\* reicht von historischen Themen, wie der Volks- und Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Gewerkschaftspolitik am Ende der Weimarer Republik

über aktuelle Tendenzen des Umbaus des bürgerlichen Staates, wie der Enteignung und dem Demokratieabbau unter deutscher Vorherrschaft im Rahmen der EU oder den Stationen des Staatsumbaus seit 1990

und Entwicklungstendenzen beim Rechtspopulismus und Faschismus, wie der Einordnung des modernen Rechtspopulismus

bis hin zu strategischen Fragen des Antifaschismus heute, wie der Aktualität der faschistischen Gefahr und den besonderen Rollen von Nazis, Rechtspopulisten und bürgerlichem Staat

Die Reihe beginnt am 4. Oktober mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Bürgerliche Herrschaft in der Krise – Eine Herausforderung für die antifaschistische Bewegung?“. Moderiert von Andreas Grünwald diskutieren Hans-Peter

Brenner (stellvertretender Vorsitzender der DKP), Sevim Dagdelen (Sprecherin für Migration und Integration der Fraktion DIE LINKE im Bundestag), Markus Bernhardt (Journalist und Autor von „Das braune Netz: Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer“) und Susann Witt-Stahl (Journalistin und Autorin einer Kritik am bürgerlichen Antifaschismus) u.a. die Fragen:

★ In welchem Verhältnis stehen der Kampf gegen Neonazis und der Widerstand gegen die nach innen wie nach außen aggressiver werdende bürgerliche Herrschaft selbst zueinander?

★ Was folgt daraus für Stoßrichtung, Losungen und Wahl der Bündnispartner einer antifaschistischen Bewegung?

Die Reihe endet mit einem kulturellen Höhepunkt am 13. Dezember: Unter dem Motto von Erich Fried „Wer will dass die Welt so bleibt wie sie ist der will nicht dass sie bleibt“ präsentieren Rolf Becker und Peter Franke Literatur und Musik zu Faschismus und Widerstand.

Genauere Informationen auf [www.kapitalismus-in-der-krise.de](http://www.kapitalismus-in-der-krise.de)

Kontakt: [veranstaltungsreihe@gmx.de](mailto:veranstaltungsreihe@gmx.de)

\*Das Bündnis „Kapitalismus in der Krise“ besteht aus: Marxistische Abendsschule (MASCH) e.V., Linksjugend [solid] Hamburg, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Hamburg, Assoziation Dämmerung, Kommunistische Plattform (KPF) Hamburg, „Clara Zetkin“ (Zusammenschluss in „Die Linke“), Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Hamburg, CubaSi Hamburg, Tatort Kurdistan Hamburg, Gruppe Arbeiterpolitik, Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V., Sozialforum Eimsbüttel

\*\*Die Liste aller Veranstaltungen: <http://www.kapitalismus-in-der-krise.de/index.php/veranstaltungen>

(Aus der Pressemitteilung)

# „Unternehmen Spanien“

In Katalonien wird die Forderung nach der Unabhängigkeit lauter • Kommunisten uneins



Foto: C.S.

Wird 2014 in Katalonien über eine Abspaltung von Spanien abgestimmt? Dafür demonstrierten am 11. September, dem katalanischen Nationalfeiertag, Hunderttausende Menschen mit einer 400 Kilometer langen Menschenkette. Kataloniens Innenminister Ramon Espadaler bezifferte die Teilnehmerzahl anschließend auf 1,6 Millionen, während sein spanischer Amtskollege Jorge Fernández Díaz die Ziffer auf ein Viertel reduzierte. Die genaue Zahl – sie wird wohl oberhalb der Millionenengrenze liegen – wird sich ermitteln lassen, denn die Organisatoren von der parteiunabhängigen Katalanischen Nationalversammlung (ANC) haben die eindrucksvolle Demonstration auf ganzer Länge ab fotografiert, das rekordverdächtige „Megafoto“ soll veröffentlicht werden.

Die meisten Parteien Kataloniens, von den bürgerlichen Katalanisten bis zur Linken, unterstützen die Forderung nach einer Volksabstimmung, auch wenn nicht alle für die Unabhängigkeit eintreten. Nur die postfranquistische Volkspartei (PP), die in Madrid die spanische Zentralregierung stellt, und die rechten „Ciutadans“ (Bürger) stellen sich im katalanischen Parlament gegen ein Referendum, die sozialdemokratische PSC schlingert aus Rücksicht auf ihre spanische Mutterpartei PSOE. Die stärkste Partei, die offen für die Unabhängigkeit der Region eintritt, ist die sozialdemokratisch orientierte Republikanische Linke Kataloniens (ERC), die im Parlament inzwischen die zweitstärkste Fraktion stellt und sich Hoffnungen machen kann, bei den nächsten Wahlen 2016 die bisher regierende konservative CiU an der Spitze abzulösen. Jetzt schon ist diese auf die Stimmen der ERC angewiesen, die ihre Tolerierung der Regierung des katalanischen Präsidenten Artur Mas davon abhängig gemacht hat, dass dieser im kommenden Jahr ein Referendum über die Unabhängigkeit durchführt – zur Not auch unabhängig von einer Zustimmung oder Ablehnung durch Madrid.

„Es ist unmöglich, mit einer Regierung auf Augenhöhe zu sprechen, die mit Monologen antwortet“, reagierte ERC-Chef Oriol Junqueras am vergangenen

Sonntag auf die nicht anders erwartete Antwort des spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy. Dieser hatte sich sechs Wochen Zeit gelassen, auf ein Schreiben von Artur Mas zu antworten, in dem dieser offiziell „Dialog“ und „Verhandlungen“ gefordert hatte, um eine mit Madrid vereinbarte Befragung des katalanischen Volkes „in der kürzestmöglichen Frist“ durchführen zu können. Rajoy verwies einmal mehr auf den „legalen Rahmen“, in dem sich jedes Handeln abspielen müsse und der wegen der in der Verfassung festgeschriebenen „Unteilbarkeit Spaniens“ jeden Austritt eines Teils aus dem Staat verbiete – und ignorierte dabei explizit die umfangreiche juristische Analyse von möglichen Vorgehensweisen, die Mas seinem Schreiben beigefügt hatte. Statt dessen warnte der spanische Regierungschef: „Die Bande, die uns zusammenhalten, können nicht ohne enorme gefühlsmäßige, ökonomische, politische und soziale Kosten gelöst werden.“

Inzwischen ist in Katalonien jedoch Umfragen zufolge eine Mehrheit der Bevölkerung bereit, diese angedrohten Kosten hinzunehmen. „Spanien ist vor allem ein Unternehmen, das aus der Geschichte entstanden ist. Dessen Ziel ist, dass eine Minderheit in der Zentrale Madrid mit Hilfe reicher baskischer und katalanischer Minderheiten dicke Geschäfte macht“, formuliert dies im Gespräch Quim Arrufat, der für die linke Kandidatur der Volkseinheit (CUP) im katalanischen Parlament sitzt. „Wir haben nie wirklich mit der Franco-Diktatur Schluss gemacht. Trotz aller Reformen sind noch immer dieselben Familien an der Macht, sie stellen Minister, die Spitzen der beiden größten Parteien. Wenn man Spanien verändern will, muss man deshalb mit Spanien Schluss machen.“ Der spanische Nationalismus habe in den vergangenen Jahrzehnten wirkliche Veränderungen unmöglich gemacht, so dass es für die Katalanen keine Zukunft innerhalb dieses Staates geben könne.

Die CUP – deren Name Candidatura d'Unitat Popular auch eine bewusste Referenz an die Unidad Popular von Salvador Allende in Chile ist – konnte bei den Wahlen im vergangenen Jahr erstmals in das katalanische Parlament



Foto: C.S.

einziehen, nachdem sie zuvor bereits in vielen Kommunalvertretungen präsent gewesen war. Sie versteht sich als sozialistisch, feministisch, ökologisch und eben „independentista“, also für die Unabhängigkeit. Um sie herum gruppieren sich neben kleineren linken Parteien auch unabhängige Organisationen wie die Jugendorganisation Arran, die Gewerkschaftsbünde COS und Intersindical-CSC sowie alternative Medien.

Dieser Bewegung ist klar, dass es beim Kampf um die Unabhängigkeit nicht darum gehen kann, die Fahnen auszutauschen. „Am Tag danach geht der Kampf weiter“, betont etwa Adrià, der am 11. September einen Infostand von Arran betreut. In der Nacht zuvor hat seine Gruppe Wandbilder gemalt und Transparente aufgehängt. Im Zentrum von Barcelona leuchten nun neben den Farben Kataloniens auch Hammer und Sichel, das feministische Frauenzeichen oder auch das aus Deutschland stam-

mende Symbol der Antifaschistischen Aktion als Acció Antifeixista.

Die von Arran hochgehaltenen Symbole der kommunistischen Bewegung sind bei den Aktionen am Nationalfeiertag praktisch die einzigen dieser Art. Zumindest auf der traditionellen Demonstration am Abend des 11. September fehlen die kommunistischen Parteien PCC und PSUC-viu. Lediglich eine kleine Abordnung des Jugendverbandes des Linksbündnisses EUiA zeigt Flagge. Auch zu der Menschenkette hatten die beiden Parteien nicht aufgerufen, sondern sich stattdessen an einer Umzingelung der katalanischen Caixa-Bank beteiligt. Man habe dafür sorgen wollen, dass der soziale Protest an diesem Tag nicht zu kurz komme, hieß es zur Begründung. Für die Mitglieder einer Nachbarschaftsinitiative in Barcelonas Altstadt, die ein kleines Geschichtsmuseum betreibt, ist die Aktion hingegen eine Spaltung der Bewegung. „Sie ha-

ben 364 Tage im Jahr Zeit dafür – aber sie machen ihre Aktion am gleichen Tag zur gleichen Uhrzeit“, kritisiert ein Redner der Gruppe während der Gedenkveranstaltung für die Verteidiger Barcelonas, die 1714 während der Belagerung der Stadt durch französische und spanische Truppen getötet worden waren. An das Datum der Kapitulation Barcelonas und das damit verbundene Ende der faktischen Unabhängigkeit Kataloniens erinnert die Diada Nacional am 11. September.

Kataloniens Kommunisten fühlen sich in der gegenwärtigen politischen Lage zwischen Baum und Borke. Die erste legale Großdemonstration zum Nationalfeiertag am 11. September 1977 mit Hunderttausenden Teilnehmern war noch von den Fahnen und Transparenten der gerade aus dem Untergrund aufgetauchten PSUC, der traditionellen kommunistischen Partei, dominiert worden. In den 90er und 2000er Jahren war die in den 80er Jahren als Abspaltung von dieser entstandene PCC immer mit vielen Mitgliedern und dem Slogan „Som una nació – Autodeterminació“ (Wir sind eine Nation – Selbstbestimmung) bei den Demonstrationen dabei.

Doch die PCC arbeitet heute mit der PSUC-viu, der offiziellen katalanischen Partnerpartei der KP Spaniens (PCE), zusammen, und beide wollen sich wohl im kommenden Jahr zu einer gemeinsamen Partei vereinigen. Im Bündnis Vereinigte und Alternative Linke (EUiA) sind sie die prägenden Kräfte. Doch während die PCC traditionell auf katalanische Selbstbestimmung setzt – nicht unbedingt auf Unabhängigkeit –, besteht die Mitgliedschaft der PSUC-viu zu einem

Großteil aus Immigranten, die aus anderen Regionen Spaniens nach Katalonien eingewandert sind und sich weiter auf ihre Herkunftsgebiete orientieren. Ihr Fixpunkt ist nicht Barcelona, sondern Madrid und dort die PCE. Zudem ist auch die EUiA selbst in eine Allianz eingebunden: Im Parlament bildet sie eine gemeinsame Fraktion mit der ökosozialistischen ICV, die mobilisierungsfähiger und in den Medien deutlich präsenter ist.

Während es in der Frage der Unabhängigkeit aus diesem Lager keine eindeutige Stellungnahme gibt, sprechen sich alle Parteien und Bündnisse für das Recht des katalanischen Volkes aus, seine Zukunft selbst zu entscheiden. Es ist zu vermuten, dass unabhängig von den offiziellen Orientierungen ihrer Spitzen viele der Mitglieder von PCC, EUiA und ICV, aber auch einige der PSUC-viu, bei einem solchen Referendum gegen Spanien stimmen werden. André Scheer



Nach kurzer schwerer Krankheit ist unsere Genossin

**Helga Humbach**

am 22. August 2013 im Alter von 76 Jahren verstorben.

Helga wurde früh Mitglied der KPD. Seit Gründung der DKP 1968 bekleidete sie eine Vielzahl Parteifunktionen auf Gruppen- und Kreisebene, aber auch im Parteivorstand, dem sie in den 90er Jahren angehörte und dort als Mitglied des Sekretariats großen Anteil am Erhalt der DKP nach dem Wirren der Jahre 1989/90 hatte.

Als Journalistin arbeitete sie lange Jahre in der UZ-Redaktion, schrieb für örtliche DKP-Zeitungen und andere linke Publikationen. Mit Helga verliert die DKP Köln aber insbesondere eine engagierte und von vielen geachtete kommunistische Kommunalpolitikerin. Als bekanntes DKP-Mitglied saß sie für die offene Liste der PDS in der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Sie war Mitarbeiterin der Linksfraktion im Rat und wurde noch im letzten Jahr in die Seniorenvertretung des Stadtbezirks Ehrenfeld gewählt, stets die Interessen der sogenannten kleinen Leute im Blick. Sie setzte sich für die Kölner Bürgerzentren ein und kämpfte in der VVN/BdA gegen Rassismus und Neofaschismus.

Helga hinterlässt eine Lücke, die nur schwer zu schließen sein wird. Wir verneigen uns vor einer Genossin, Freundin und Weggefährtin, deren Andenken wir in Ehren halten und in deren Sinne wir weiterkämpfen werden für eine Welt des Friedens und des Sozialismus.

Unsere Anteilnahme gilt ihrem Sohn Sascha und der ganzen Familie.

**DKP-Parteivorstand**  
**DKP-Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen**  
**DKP-Kreisvorstand Köln**  
**DKP-Gruppe Ehrenfeld/Nippes**  
**Redaktion UNSERE ZEIT**  
**VVN-BdA Kreis Köln**



Wir sind sehr traurig über den Tod unserer Genossin und Freundin

**Helga Humbach**

Während der Illegalität nach dem KPD-Verbot lernten wir Helga und ihren Mann und Kampfgefährten Gerd kennen und schätzen. Mit Helga und Gerd verband uns eine Jahrzehnte lange Freundschaft, die geprägt war durch den gemeinsamen Kampf für Frieden und eine sozialistische Zukunft – eine Freundschaft, die auch nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa weiter bestanden hat. Gerne erinnern wir uns an gemeinsame Urlaube und Erlebnisse auf den UZ-Pressfesten.

**Helga, wir werden dich sehr vermissen.**

**Elsa Lohse**  
**und die Genossen und Freunde aus Plauen**

Kommunalberatung des Bezirks Ruhr-Westfalen  
**Samstag, 21. September, 10:00 – 15:30**  
**Hoffnungstraße 18, Essen**

Referat: Erfahrungen in den Kreisen zum Widerstand gegen das Spardiktat in den Städten

Arbeitsgruppen:

- Wohnungspolitik
- Bildungspolitik
- Sozialtarife / Sozialpass
- Energiepolitik / Rekommunalisierung
- Antifaschismus

Eingeladen sind alle an Kommunalpolitik interessierten Genossinnen und Genossen aus den Gruppen und Kreisen.

**DKP Ruhr-Westfalen**

**Einladung**

Ausgehend vom 20. Parteitag der DKP hat der Parteivorstand beschlossen, eine gewerkschaftspolitische Konferenz durchzuführen. Im Wesentlichen geht es um unser Verhältnis zu den Gewerkschaften im Kapitalismus.

**Die Konferenz findet statt**  
**am Samstag, dem 19.10.2013**

**von 11.00 Uhr bis 17.15 Uhr**  
**Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4, 30451 Hannover**  
**Einlass ab: 10.00 Uhr**

Thematische Schwerpunkte sind:

- die Vermittlung der klassischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus zur Gewerkschaftspolitik und der KPD bis 1945,
- die Vermittlung der wichtigsten Erfahrungen der Gewerkschaftspolitik von KPD/SED-SEW/DKP nach 1945,
- die Analyse der wichtigsten gegenwärtigen Fragen und Hindernisse auf dem Weg zur Verbesserung unserer Gewerkschaftsarbeit; dabei soll ein Akzent auf den Bereich der Lage der gewerkschaftlichen Jugendarbeit gelegt werden.

Eine Diskussion in Arbeitsgruppen ist vorgesehen.



**Zur Vorbereitung wird auf die Diskussion in der UZ und auf [news.dkp.de](http://news.dkp.de) hingewiesen.**

**Um Anmeldung wird gebeten: [dkp.pv@t-online.de](mailto:dkp.pv@t-online.de)**

Unsere Genossin in Iffeldorf (Obb)

**Irene Schneider**

wird am 25. September 80 Jahre alt.

Wir wünschen ihr Glück und Gesundheit und noch eine Reihe von Jahren des Zusammenlebens mit ihrem kranken und mit ihr seit 60 Jahren verbundenen Ehegefährten, unserem Genossen Willi, um den sie sich liebevoll und aufopfernd kümmert.

Irene kommt aus einer kommunistischen Familie, wurde mit 23 Jahren Mitglied der KPD, 1968 der DKP und blieb als Arbeiterin, Ehefrau und Mutter in allen wechselnden Kampfperioden mit unserer Partei und der Bewegung treu und verlässlich verbunden. Auch heute noch nimmt sie, auch als UZ-Leserin, an unseren Aktionen teil.

**Ihre Genossinnen und Genossen der DKP-Gruppe München-Ost und im oberbayerischen Penzberg**

**Bundeswahlversammlung**

zur Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Liste der DKP zur EU-Wahl

Vorbehaltlich der Zustimmung des Parteivorstands findet die Versammlung als Bundesmitgliederversammlung

**am Sonntag, dem 20. Oktober 2013 in Hannover,**  
**Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4, Hannover statt.**  
**Beginn: 11.00 Uhr, Ende: 17.00 Uhr**

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder der DKP. Stimmberechtigt bei der Aufstellung des Wahlvorschlags sind alle Mitglieder der DKP, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche oder die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes besitzen.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Referat
4. Diskussion
5. Wahl der Bundesliste der DKP zu den EU-Parlamentswahlen 2014
6. Bekanntgabe des Wahlergebnisses
7. Schlusswort

**Zur Planung wird um Anmeldung über die Bezirks- und Landesorganisationen gebeten**



**Achtung Bayern! Achtung Bayern !! Achtung Bayern !!!! Achtung Bayern !!!!!**

Bildungsseminar der DKP Augsburg in Zusammenarbeit mit der Bildungskommission der DKP am 5. Oktober 2013, 11 bis 18 Uhr

**Die Frage von Reform und Revolution**

Referenten/Moderatoren:

**Dr. Hans-Peter Brenner (stellv. Vorsitzender und Bildungsverantwortlicher der DKP), Renate Münder (Mitglied des PV der DKP)**

Ort: Hans-Beimler-Zentrum, Manlichstraße 3, 86156 Augsburg

**Gäste aus anderen Kreisen und Gruppen sind willkommen!!**

(Anmeldungen erbeten bei DKP Augsburg, Hans-Beimler-Zentrum, Manlichstraße 3, 86156 Augsburg oder per Email: [news@dkp-augsburg.de](mailto:news@dkp-augsburg.de))

**Toskana, nah am Meer**  
[www.toskana-biohof.de](http://www.toskana-biohof.de) | 0039.0566.81478

Ökohof im Olivenhain, weiter Blick, Stille; große helle Zimmer, viele gute Bücher, Haus oder Häuschen; Kinderparadies.



**Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee**

(14 km von Stralsund)  
 3 komfortable Fe.-Wo.

**Erich und Michaela Bartels**  
 Näheres: Tel. 03831 – 459 366  
[www.ferien-im-lotsenhaus.de](http://www.ferien-im-lotsenhaus.de)



**Entschleunigung:**  
 Ruhe & Natur satt im Müritznationalpark. 2 FeWo je 2-3 Pers. ganzjährig in Kratzburg-Granzin. Havel & Havelseen, Boot & Rad.  
**Info: [www.trinogga.de](http://www.trinogga.de)**  
**Tel.: 0331/870796 (AB)**

**Verlag Wiljo Heinen**

**JULIUS FUČIK**

**Eine Reise nach München**

– Juli 1934 –

Übersetzung: Helga Katzschmann

Deutsche Erstveröffentlichung einer wiederentdeckten Reportage

Verlag Wiljo Heinen

Deutsche Erstveröffentlichung einer 2011 wiederentdeckten Reportage aus dem faschistischen Deutschland

**Julius Fučík**  
**Eine Reise nach München**  
 64 S., fester Einband, 10,- €  
 ISBN 978-3-95514-011-3

[www.gutes-lesen.de](http://www.gutes-lesen.de)

**UZ unterstützen: Anzeigen schalten!**

**[www.amiata.de](http://www.amiata.de) [olivastra@amiata.de](mailto:olivastra@amiata.de)**  
**immer gute Adressen**

Ferienhaus und Ferienwohnung in der TOSCANA-SEGGLIANO

Bei Gunter & Sibylle  
 Tel. 003905 641 836 713, mob. 00393381539818

Erinnerung an die Gründung der DDR  
  
**Festveranstaltung**  
 des DDR-Kabinett-Bochum e.V.  
**Samstag, 5.10.2013**  
 Pestalozzi-Realschule, Graf-Adolf-Str. 40a, 44866 Bochum  
**Einlass: 12:00 Uhr - Ende: 21:00 Uhr**  
**Musik - Ausstellung - Redebeiträge - Literatur - Infostände**  
**Essen & Trinken - Zeitzeugen - DDR-Quiz - Ostfahrzeuge**  
 Infos u. Anmeldung:  
[www.veranstaltungen-ddr-kabinett-bochum.blogspot.de](http://www.veranstaltungen-ddr-kabinett-bochum.blogspot.de)

**Gasthof Heimes** \*\*\* Superior  
 1501 1685 1759 1829  
 Inhaber: Hans-Georg Müller  
 Hauptstraße 1  
 57392 Schmallenberg-Grafschaft  
 Hochsauerland  
 Tel.: 02972-9780-0  
 Fax.: 02972-978097  
 Restaurant:  
 Dienstag Ruhetag  
 Hausprospekt anfordern  
 In unmittelbarer Nähe des Klosters Grafschaft liegt unser Gasthof. Wie vor Jahrhunderten sorgt auch heute der Wirt persönlich für das Wohl der Gäste.  
 Komfortable Zimmer und Räumlichkeiten, gutes Essen, gepflegte Getränke. Alle Zimmer haben Bad, Dusche, WC, Telefon, Fernseher, die meisten Balken und Vorraum. Im Hotelbereich befinden sich Lift, Sauna, Solarium, Nichtraucherzimmer und Kamin, Kinderspielraum, Salatbuffet, Frühstücksbuffet. Auch Senioren-Portionen.  
**Übernachtung / Frühstück 30,- bis 53,- € p.P.**  
**HP 15,50 € p.P. + VP. 22,- € p.P.**  
 Kostenlos Bus- und Bahnfahrten im Sauerland.  
 Auch Kinderermäßigung / Nebensaisonpreise.  
 Bei 21 Tagen Aufenthalt im Jahr 10 % Treuerabatt.  
[mail@gasthof-heimes.de](mailto:mail@gasthof-heimes.de) • [www.gasthof-heimes.de](http://www.gasthof-heimes.de)

  
**Weingut Eicher**  
 Rheinteressen  
 Bachstraße 7  
 67577 Alsheim  
 Tel.: 06249 - 4128  
 Tel.: 06249 - 67263

**Urlaub im schönen Havelland**  
 – wald- und wasserreich – Nähe Berlin-Spandau preiswerte  
 Ferienwohnung für 5 Personen (2 Zimmer, Wohnküche – Herd, Kühlschrank, Bad, Dusch, WC). Preis nach Vereinbarung  
**Näheres Tel./Fax: 033 231/60661**

# Berlin-Neukölln: Kein Platz für Faschisten!

„Nicht Flüchtlinge – Flüchtlingsursachen bekämpfen“



Ansicht einer Straße in der Hufeisensiedlung. Die Siedlung entstand nach Plänen von Bruno Taut und Martin Wagner von 1925 bis 1933 im Berliner Ortsteil Britz. Seit 2008 gehört sie zum UNESCO-Welterbe Siedlungen der Berliner Moderne.

Die Initiative „Hufeisern gegen rechts“ aus Neukölln-Britz in Berlin hatte zu einer Informationsveranstaltung über eine geplante Flüchtlingsunterkunft geladen und etwa 400 Menschen füllten die Aula der Fritz-Karsen-Schule. Deutlich über 100 Interessierte konnten aus Sicherheitsgründen nicht mehr an der Veranstaltung teilnehmen. Zuvor waren mehrere Veranstaltungen ähnlicher Art von Neofaschisten für ihre rassistischen Ziele umfunktioniert worden.

Ein breites Unterstützungsbündnis aus Parteien, der Gewerkschaften ver.di und EVG und Verbänden verhinderte ein weiteres Hellersdorf und verbannte die NPD in weitere und unbeachtete Ferne dieser Veranstaltung. Rechtzeitig hatte das Bündnis eigene Kundgebungen zur Unterstützung angemeldet und durch eigene Ordner den sicheren Verlauf gewährleistet. Auf dem Podium machte Jürgen Schulte, Sprecher der Britzer Initiative, klar, dass das Motto der Veranstaltung „Nicht Flüchtlinge – Flüchtlingsursachen bekämpfen“ auch Programm ist. Zustände wie in Hellersdorf würden von dem Veranstalter in Neukölln nicht toleriert werden. „Wer Bomben sät, wird Flüchtlinge ernten“, so Schulte zur Begrüßung. Anschließend informierten Vertreter des Landesamts für Gesundheit und Soziales, des Bezirks Neukölln, des Flüchtlingsrates und eine Sozialarbeiterin über ihre Arbeit und Erfahrungen mit Flüchtlingsunterkünften (Sammelunterkünfte, indi-

viduelle Wohnungen). In Neukölln soll alles gut durchdacht und vorbereitet sein. Statt wie von den Medien erwartet zu poltern, wurden Fragen gestellt und klar gemacht, dass es um Hilfe für Flüchtlinge gehe. Kritisiert wurden der beauftragte private Betreiber der Einrichtung und dessen miserable Standards. Eine Lehrerin der Schule wies auf Stellenstreichungen hin und darauf, dass mehr Personal für den Deutschunterricht erforderlich sei. Am Schluss war man sich einig, dass man nur gemeinsam handelnd etwas für die Flüchtlinge erreichen kann, und dass weitere ähnliche Veranstaltungen stattfinden sollen.

Die Veranstaltung war eine Demonstration eines anderen Neuköllns und keines „Problembetriebs“, wie es der ebenfalls anwesende SPD-Bürgermeister Buschkowsky gerne sieht. Dieser wurde nicht müde, die Veranstalter und die Veranstaltung im Vorwege zu beschimpfen. Seiner Meinung nach würde die Initiative die Flüchtlinge für ihren Kampf gegen rechts missbrauchen. Richtig ist, dass die Initiative „Hufeisern gegen rechts“ sich nach einer Serie von Brandanschlägen gegen das Jugendhaus der Neuköllner Falken in Britz, Überfälle auf Jugendliche und Terror gegen eine Familie in der Hufeisensiedlung bildete. Schon die Ankündigung von Planungen für Flüchtlingsunterkünfte und Veranstaltungen von Linken nutzte die NPD für ihre soziale Demagogie und Kundgebungen. Selbst eine Veranstaltung der CDU in Süd-Neukölln wurde genutzt,

um rassistische Stimmung zu erzeugen. Diese Entwicklungen negierte der Bezirksbürgermeister in einem Interview und hielt es lediglich für „möglich, dass es zu Problemen kommen könnte“, wenn die Unterkunft in Betrieb genommen wird.

Die Einstellung des Neuköllner Bezirksbürgermeisters wundert überhaupt keinen, arbeitet er doch selbst mit rassistischen Ressentiments in seinen Veröffentlichungen und schmolte nun, dass er von der Initiative nicht als Diskussionspartner geladen wurde. Es war schließlich der Vertreter des Landesamts der deutlich machte, dass sich die Veranstaltung positiv abhob von anderen Veranstaltungen dieser Art. Ein Erfolg des antifaschistischen Bündnisses in dem Stadtbezirk.

Rainer Perschewski



Anzeigen in der UZ helfen der UZ

termine@unsere-zeit.de

SA ★ 21. SEP

**Neumünster:** „45 Jahre DKP – 45 Jahre SDAJ“, Veranstaltung der DKP Schleswig-Holstein mit Georg Polikeit und Dieter Keller. Kiek, Gartenstraße 32, 11.00 Uhr. Teilnehmerbeitrag (auch für Essen und Getränke) 10,00 Euro.

**Stadtlöh:** Parteifest der DKP im Kreis Borken im Garten. Vredenerstraße 54 bei Tenbusch, 15.00 Uhr.

**Wuppertal:** Antifaschistische Demo gegen den Naziaufmarsch der Partei „Die Rechte“. Genauere Informationen unter [www.wuppertal-gegen-rechts.de](http://www.wuppertal-gegen-rechts.de). Treffpunkt: City-Arkaden, Alte Freiheit 9, 10.00 Uhr.

SO ★ 22. SEP

**Essen:** „Manifest der Kommunistischen Partei“ Lesezirkel der MASCH Essen – Erster Teil. DKP-Parteizentrum, Hoffnungstraße 18, 14.00 Uhr.

MO ★ 23. SEP

**Köln:** Mitgliederversammlung der DKP Köln-Kalk. Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, 19.00 Uhr.

DI ★ 24. SEP

**Düsseldorf:** „Neoliberalismus – Was ist das eigentlich?“ – Vortrag und Diskussion. Was steckt hinter dem Wörtchen „neoliberal“ und wie ist der Bezug zum Putsch in Chile vor 40 Jahren? Veranstalter: ¡Alerta! – Lateinamerika Gruppe Düsseldorf. Linkes Zentrum, Corneliustr. 108, 19.00 Uhr.

**Hannau:** „Krise und Widerstand“ – Diskussionsveranstaltung der DKP Main-Kinzig mit Werner Seppmann. Reinhardskirche, Jakob-Rullmann-Straße 6, 19.30 Uhr.

MI ★ 25. SEP

**Krefeld:** Mitgliederversammlung der DKP Linker Niederrhein. Thema: Auswertung der Bundestagswahl. Brauhaus Wienges, Neuser Str. 55, 19.30 Uhr.

DO ★ 26. SEP

**Dortmund:** Mitgliederversammlung der DKP Dortmund. Thema: Flucht und Migration. Z, Oesterholzstrasse 27, 19.00 Uhr.

**Fellbach:** „Die Wahrheit kommt erst nach der Wahl, Widerstand tut Not“ – Diskussion und Schlussfolgerungen zur Bundestagswahl. Mitgliederversammlung der DKP Rems Murr. Gasthaus zum Schiller, Schillerstr. 24, 18.30 Uhr.

FR ★ 27. SEP

**Darmstadt:** Internationales Sommerfest der DKP Darmstadt-Dieburg – Thema „Viva Cuba Socialist!“ mit Berichten von Teilnehmern der SDAJ-Solbrigaden und ihren Erfahrungen in Kuba. Bürgerhaus Kranichstein, Luise-Büchner-Saal, Grundstr. 10, 18.00 Uhr.

SO ★ 29. SEP

**Duisburg:** „Marx in Marxloh“ – Sonntagsbrunch des Deutschen Freidenker-Verban-

des, in dem der Inhalt der Marxschen Werke „Das Kapital“ Band I und „Das Kommunistische Manifest“ skizziert werden. Referent: Klaus von Raussendorff (NRW-Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes). Bürgerbüro Marxloh, Kaiser-Wilhelm-Straße 278, 11 Uhr.

**Essen:** „Manifest der Kommunistischen Partei“ Lesezirkel der MASCH Essen – Zweiter Teil. DKP-Parteizentrum, Hoffnungstraße 18, 14.00 Uhr.

**Siegen:** „40 Jahre nach dem Putsch – Nichts ist vergessen, und niemand!“ Ausstellung, Diskussionen und Kultur aus und über Chile 1973 und heute. Referent: Mario Berrios Miranda. Veranstalter: DKP Siegen-Olpe-HSK u.a. VEB, Marienborner Straße 16, 17.00 Uhr.

MO ★ 30. SEP

**Darmstadt:** Mitgliederversammlung der DKP Darmstadt-Bergstraße. Linkstreff „Georg Fröba“, Landgraf-Philipp-Anlage 32, 19.30 Uhr.

SA ★ 5. OKT

**Bochum:** Festveranstaltung zum 64. Jahrestag der Gründung der DDR. Neben Kultur u. a. mit der Schalmeeikapelle „Kurt Weineck“ wird es interessante Diskussionen und Vorträge geben u. a. mit Kurt Andrá zum Leben von Wilhelm Pieck und mit Dieter Winderlich zum 100. Geburtstag von Friedrich Dickel. Die Moderation wird Peter Wolter (junge Welt) leiten. Veranstalter: DDR-Kabinett-Bochum e.V. Pestalozzi-Realschule, Graf-Adolf-Straße 40, Einlass und Essen ab 12.00 Uhr, Beginn 14.00 Uhr. Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten. Voranmeldung unter: [info@ddr-kabinett-bochum.de](mailto:info@ddr-kabinett-bochum.de).

SO ★ 6. OKT

**Essen:** „Manifest der Kommunistischen Partei“ Lesezirkel der MASCH Essen – Dritter Teil. DKP-Parteizentrum, Hoffnungstraße 18, 14.00 Uhr.

SA/SO ★ 12./13. OKT

**Leverkusen:** „Zur Arbeit von Kommunistinnen und Kommunisten in Kommunalvertretungen, in Parlamenten und in Wahlkämpfen“ – Wochenendseminar der Karl-Liebknecht-Schule. Mit Beiträgen von Michael Gerber (Bottrop), Arno Grieger (Reinheim), Wolfgang Richter (Dortmund) und Tunia Erler (Direktkandidatin der DKP für die Bundestagswahl in Berlin-Mitte). Anmeldung unter [www.karl-liebknecht-schule.org](http://www.karl-liebknecht-schule.org). Karl-Liebknecht-Schule der DKP, Am Stadtpark 68, 10.30 Uhr.

### Terminankündigungen

von Gliederungen der DKP gehören auch in die UZ! Bitte so schnell wie möglich, spätestens am Freitag eine Woche vor dem Erscheinungstermin der entsprechenden Ausgabe der UZ, möglichst auch mit Angabe des Themas der Veranstaltung an [termine@unsere-zeit.de](mailto:termine@unsere-zeit.de) oder UZ-Redaktion, Hoffnungstraße 18, 45 127 Essen.

## unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: \_\_\_\_\_

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An:  
**CommPress Verlag GmbH**  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen

Coupon einsenden oder per Mail schicken:  
[info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)  
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28

### Impressum

**unsere zeit (UZ) – Zeitung der DKP** (ISSN 0943-4216)

**Herausgeber:**  
Partei Vorstand der DKP

**Anschrift von Verlag und Redaktion**  
Hoffnungstraße 18, 45 127 Essen

**Erscheint wöchentlich**

**Druck**

**Redaktion:**  
Nina Hager (0201/1778-8914, Chefredakteurin, v.i.S.d.P.), Paul Kranefeld, Manfred Idler, Werner Sarbok, Wolfgang Teuber

Union Druckerei Berlin GmbH

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernehmen allein die Autor/inn/en die Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

**Bankverbindung**  
Postbank Köln (BLZ 37 010 050)  
Konto-Nr.: 417 099 507

**Telefon:** 0201/225 447  
**Internet:** [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)  
**E-Mail:** [redaktion@unsere-zeit.de](mailto:redaktion@unsere-zeit.de)

**Abo-Verwaltung**  
**Pro-Abo-Service**  
Postfach 1407, 48 237 Dülmen  
Telefon: 0201/2 486 482  
Fax: 02 594/98 583  
E-Mail: [uzabo@t-online.de](mailto:uzabo@t-online.de)

**Verlag**  
CommPress Verlag GmbH  
Hoffnungstraße 18, 45 127 Essen  
Geschäftsführer: August Ballin  
Telefon: 0201/17 788 923/24  
Fax: 0201/2 486 484  
E-Mail: [vertrieb@unsere-zeit.de](mailto:vertrieb@unsere-zeit.de)

**Anzeigen**  
**Walter Herbster**  
Telefon: 0201/17 788 923/24  
Fax: 0201/2 486 484  
E-Mail: [CommPress@aol.com](mailto:CommPress@aol.com)  
**Anzeigenschluss**  
ist jeweils Freitag der Vorwoche.

### Spendenkonten des DKP-Parteivorstandes:

**Für zentrale Arbeit, Pressefest und UZ:**  
GLS Gemeinschaftsbank e.G. Bochum,  
BLZ 43 060 967, Konto-Nr. 4 002 487 500 oder  
Postbank Köln, BLZ 37 010 050, Konto-Nr. 80 880 505  
**Für internationale Solidarität:**  
Postbank Köln, BLZ 37 010 050, Konto-Nr. 253525502



# Meine progressive Woche

Vom 7. bis 13. September

## Montag

25 Jahre ist es her, dass das Atomkraftwerk in Mülheim-Kärlich per Gerichtsbeschluss stillgelegt wurde. Grund: Erriktion auf einem ehemaligen Vulkan und einer Erdbebenspalte. Diese Problematik war dem Betreiber RWE schon 1973, also noch während der Planungsphase, bekannt geworden. Intern verlegte man den Standort des Reaktors innerhalb des Geländes mehrmals. Den Genehmigungsbehörden teilte RWE das nicht mit – zumindest nicht offiziell. Und so vergab die damalige rheinland-pfälzische CDU-Landesregierung unter Helmut Kohl am 9. 1. 1975 eine 1. Teilgenehmigung. Dreizehn Jahre und diverse Prozesse später ließ sich diese nicht mehr halten. Der Rückbau des nur kurz betriebenen AKWs ist noch nicht abgeschlossen. Viele feiern heute zu Recht den Sieg der Anti-AKW-Bewegung. Überschattet wird dieser von den vielen ungelösten Problemen des deutschen Ausstiegs und der Tatsache, dass weltweit neue Reaktoren aus dem Boden schießen – auf Erdbebenspalten, in potentiellen Kriegsgebieten, an Tsunami-Küsten – wo auch immer die Atom-Mafia sich Profit verspricht.

## Dienstag

Vor Gericht geht es nicht um Gerechtigkeit, sondern um Recht. „Ton, Steine, Scherben“ sangen einmal: „Wer die Macht hat, hat das Recht“. Daran hat sich nichts geändert. Auch beim Bundessozialgericht nicht, das heute entschied, dass der Sohn einer Hartz-IV-Empfängerin keinen Zuschuss für das Ausleihen eines Cellos bei seiner Schule bekommt. Und das trotz

„Bildungs- und Teilhabepaket“, das seit 2011 „Bedürftigen“ Sport, musische und andere Freizeitaktivitäten ermöglichen soll. Im Falle des Cellos begründete das Gericht: Es gebe keine gesetzliche Grundlage, dieses Geld für schulische Belange zu verwenden, auch nicht für ein schulisch benötigtes Musikinstrument. Zuständig sei hier die Schule. Das ist nicht gerecht, entspricht aber wohl dem Recht und hat vor allem seine deutsche Richtigkeit: Wo bleibt das Bildungsprivileg, wenn jedes Rotzblag Cello spielen darf?

## Mittwoch

Wo das Bundessozialgericht gestern ausschloss, schließt das Bundesverwaltungsgericht heute ein – (muslimisches) Mädchen in den schulischen Schwimmunterricht nämlich. Eine 13 Jahre alte Gymnasiastin hatte sich aus religiösen Gründen vom Schwimmunterricht befreien lassen wollen. Die Richter entschieden nun in einem Grundsatzurteil, dass die Teilnahme am Schwimmunterricht zumutbar ist. Das Mädchen könne einen Ganzkörperbadeanzug tragen, den Anblick von Jungen mit nacktem Oberkörper müsse sie hinnehmen. Auch außerhalb der Schule liefern Männer im Sommer ohne Oberteil herum. Interessant wäre gewesen, ein US-amerikanisches Gericht mit dieser Frage befasst zu sehen. Die Kehrseite der dort blühenden Porno-Industrie ist bekanntlich Verklemmtheit und Prüderie, die bis ins private Schlafzimmer reicht und je nach Bundesstaat die Sexualpraktiken in erlaubt und nicht erlaubt unterteilt. Männer mit nacktem Oberkörper wird man in den

USA abseits von Badesständen übrigens kaum zu sehen bekommen.

Egal. Wer meint, es habe etwas mit europäischer Aufklärung zu tun, Cellounterricht ab- und Schwimmunterricht durchzusetzen, täuscht sich. Gesellschaftliche Freiheit ist vor allem die Freiheit des Einzelnen zu tun und zu lassen, was er für richtig hält. Das ist auch eine soziale, aber auch eine Frage der Religionsfreiheit. Aufklärung erzwingt man nicht.

## Freitag

Zur Einstellung der unsäglichen Landserhefte schreibt die Süddeutsche: „Anders als manche glaubten, war ‚Der Landser‘ kein Naziblättchen, das Hitler angebetet, seine Verbrechen rechtfertigt oder den Holocaust geleugnet hätte. Hitler, die deutschen Verbrechen und der Holocaust kamen im Landser nämlich so gut wie nicht vor.“ Falsch, SZ. Genau das hat über ein halbes Jahrhundert lang funktioniert. (Potentielle) Neonazis durften sich mit Landserheftchen an der Verwirrung berauschen, dass die Wehrmacht gut war. So wie einst die kämpfende Truppe erst die Gebiete eroberte, in denen die Polizei truppen dann mordeten und der SS-Lager-Staat entstand, plante der Bauer-Verlag mit seinen Lügengroschenheften das geistige Feld, auf dem der Faschismus immer wieder neu erblüht.

Der Landser, eingegangen wegen Protesten der Simon-Wiesenthal-Stiftung? Mithin. Wenigstens das durchschaut die SZ: „Zugrunde gegangen ist es an sich selbst.“ An den sinkenden Erträgen nämlich. So sterben Zeitungen und nur so!

Adi Reiher

## Die Gier nach den Filetstückchen



Die Warenhauskette Karstadt wird zerlegt. Im Juni 2010 hatte der Finanzinvestor Berggruen die insolvente Warenhauskette gekauft und versichert, dass es keine Pläne über eine Zerlegung gäbe. Vergangenen Montag die „Überraschung“: Die Mehrheiten an dem Berliner KadeWe, an zwei weiteren Luxushäusern, sowie 28 Sport-Filialen werden an die österreichische Signa-Gruppe verkauft – für 300 Millionen Euro. Berggruen bezeichnete den Verkauf als seinen „Beitrag zur Gesundung des Unternehmens“. Die 300 Millionen Euro wolle er in die verbleibenden 83 Karstadt-Filialen investieren. Wie viel in seine eigenen Taschen versickern werden, das verschwie er. Die Belegschaft bekommt diese unter Garantie nicht zu Gesicht – April dieses Jahres wurde ihnen eine Tarifpause aufgezwungen. Zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze machte der neue Investor Signa bislang noch keine Angaben.

## Fleischfresser-Politik

Von Volker Bräutigam

Vier Jahre lang zierte Ilse Aigner, CSU, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Künftig will sie landespolitisch walten. Mit dieser Belastung müssen dann die Bayern fertig werden, und die gesamte Republik hat ebenfalls keinen Grund zum Fröhlichsein. Auch nach dem 22. September wird sich kein fähiger Politiker für mehr Mitweltschutz engagieren, für gesündere Nahrungsmittel, für tauglichere Dienstleistungen. Schon der Name des Ministeriums vernebelt dessen wahre Funktion, die Interessen der Bauernlobby und der Nahrungsmittelindustrie zu pflegen und allenfalls lasch mit den weitgehend konträren Ansprüchen der Verbraucher zu harmonisieren. Keine der Bundestags-Parteien scheint kapieren zu wollen, dass ernährungspolitischer Verbraucherschutz, ökologisch-extensive Landwirtschaft und umfassender Tierschutz zusammengehörige, sich gegenseitig bedingende und gewichtige Politikziele sind.

Zum Instrumentarium gegen den Hunger in der Welt gehört die Verringerung des maßlosen Fleischkonsums in den reichen Industrieländern. Statt entsprechende programmatische Konsequenz zu entwickeln, reduzierten Bündnis90/ die Grünen die Problematik auf einen billigen Wahlkampfgegag: Allen öffentlichen Kantinen sei ein wöchentlicher „Veggie-Day“ zu verordnen. Prompt zogen CDU-Politiker Vergleiche zum Eintopftag der Nazis, den der Vegetarier Hitler 1933 einführen ließ. Die mörderische Kausalität der Fleischproduktion für den Welthunger geriet bei dem schwachsinnigen Geschrei über „Zwangsernährung“ aus dem Blick. Dümmer ging's nimmer...

Zur rationalen Argumentation einige wenige Vergleichsdaten aus Mitteleuropa: Für ein Kilo Fleisch werden bis zu 9 Kilo Getreide verfüttert. Ein Hektar Land erbringt 43 Tonnen Kartoffeln, aber nur 1,8 Tonnen Rindfleisch. Nebenbei: Für ein Kilo Fleisch auf der Ladentheke werden in Deutschland 20 000 Liter Trinkwasser verschwendet, für ein Kilogramm Weizen braucht man hingegen nur 50 Liter.

Ein sehr simpler Vergleich der Nährwertträge je Hektar: Bei Rinderhal-

tung 2,4 Millionen kcal (Kilokalorien) und 520 kg Proteine. Bei Kartoffelanbau 29,3 Millionen kcal und 860 kg Proteine, wobei dieses pflanzliche Eiweiß höherwertig ist als das tierische Protein. Noch entschiedener spricht für die Kartoffel ihr reicher Gehalt an Vitaminen und Spurenelementen. Jedes Jahr werden 355 000 Quadratkilometer Regenwald für Äcker und Weideland gerodet, exportorientiert für Futtermittelanbau und Fleischproduktion; eine Fläche so groß wie ganz Deutschland. Nach Berechnungen der Welternährungsorganisation FAO reicht eine Halbierung des Fleischkonsums in den Industrieländern aus, den Welthunger zu besiegen: Die Hälfte des als Futtermittel verschwendeten

**Für ein Kilo Fleisch werden bis zu 9 Kilo Getreide verfüttert. Ein Hektar Land erbringt 43 Tonnen Kartoffeln, aber nur 1,8 Tonnen Rindfleisch.**

Getreides und die möglichen Ernten auf den gerodeten, zur Erosion verdammt Weideflächen ergäben zusammen mit der klassischen Getreide- und Gemüseproduktion genug pflanzliche Nahrung für die Erdbevölkerung. Stattdessen sterben jährlich allein 2,6 Millionen Kinder unter fünf Jahren an Hunger. Wir maßlosen Fleischfresser tragen die Hauptschuld.

Weitere wesentliche Zusammenhänge nur angedeutet: Spekulationsbedingte Preisexplosion für Getreide, künstliche Verknappung, Kriegsgefahr. Fleischproduktion, Energieverbrauch, Natur- und Klimaschutz. Landaufkauf und Landraub in der Dritten Welt, Vertreibung, Elendsflucht. Das wird nicht nur hingenommen, es ist gewollt, da eine Voraussetzung der elitären Fleischproduktion für die Erste Welt. Schließlich ein grundsätzlicher Aspekt: Tierschutz und die Würde des Menschen. Alle, die sich an dem Wahlspektakel vom 22. September beteiligen wollen, sollten sich auch für die Landwirtschafts-, Tierschutz- und Verbraucherpolitik der Parteien interessieren. Einige Verbände, zum Beispiel die „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“, haben „Wahlprüfsteine“ zusammengestellt. Schlaglicht darauf:

CDU, CSU, FDP und die Partei „Die Linke“ (im weiteren PDL) sind gegen legislative Mittel zur Verringerung des Fleischkonsums. Unionsparteien und FDP sind gegen ein Quälzucht-Verbot (es beträfe z.B. sogenannte Turbo-Milchkühe und Geflügel zur Fleischproduktion). SPD, Grüne und PDL wollen zwar eine Kennzeichnungspflicht für Fleisch und Milch aus Massentierhaltung. Aber deren unverzügliches und vollständiges Verbot verlangt keine einzige Partei, auch keine der nicht im Parlament vertretenen. Käfighaltung verbieten will „schnellstmöglich“ nur die PDL; die anderen haben es angeblich ebenfalls vor, SPD und Grüne aber erst vom Jahr 2023 an, Union und FDP gar erst ab 2035. Den St.

Nimmerleinstag zu nennen wäre auf richtiger gewesen.

Zu einem Verbot von betäubungslosen Amputationen (s.u.a. meine Beiträge „Fieses aus der Milchwirtschaft“, Ossietzky 10, 2010, „Fieses vom Geflügelhof“, Ossietzky 11, 2010 und „Fieses aus der Schweinemast“, Ossietzky 21, 2010) sind SPD, Grüne und PDL wohl bereit, Union und FDP jedoch „eher nicht“. Ähnlich stellen sich diese Parteien zur strikten Regelung qualfreier Tiertransporte und dem Verbot experimenteller Vivisektionen. Nur SPD, PDL und Grüne sind dafür, endlich die Tierschutz-Verbandsklage zu ermöglichen. Aber alle im Parlament vertretenen Parteien sind gegen Ausbau und Stärkung der Veterinärbehörden und damit gegen wirksamere Kontrollen im Sinne des Tierschutzes.

Die Praxis: Im brandenburgischen Haßleben beispielsweise wurde kürzlich eine der größten Schweinezucht- und -mastanlagen Europas genehmigt. Mit Standplätzen für mehr als 36 000 Tiere. Wird die gigantische Tierfabrik in Betrieb genommen, dann fällt die gleiche Fäkalienmenge an wie die einer Mittelstadt mit 40 000 Einwohnern. Die zuständigen Landesminister für Umwelt (PDL) und Landwirtschaft

(SPD) segneten das Projekt ab, beriefen sich dabei auf Bundesgesetze, wuschen ihre Hände in Unschuld und verschwiegen, dass sie mit Rücksicht auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung und den Schutz der Umwelt den Anlagenbau sehr wohl hätten verhindern können.

Die Stickstoffbelastung der Böden in Deutschland liegt laut einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Landwirtschaft (FÖS) mit 96 kg/ha weit über der ohnehin schon sehr hohen (nicht sanktionsbewehrten, daher belanglosen) Obergrenze von 60 kg/ha. Der Schadstoffeintrag ins Grundwasser bewirkt, dass in weiten Teilen der Republik die für Trinkwasser geltenden Grenzen der Stickstoff-, Phosphat- und Uranbelastung deutlich überschritten werden. Ursache ist die rücksichtslose Überdüngung, Schuld sind die Intensiv-Landwirtschaft und insbesondere die Massentierhalter. Politisch verantwortlich die tatenlosen Aigner und Konsorten.

Eine angesichts der resultierenden Kosten mehr als begründete Abgabe von nur 2 Euro pro Kilo Stickstoff/ha würde das Rindfleisch um 7 Prozent verteuern, Schweinefleisch um 2,5 Prozent. Erwartbare Wirkung: Ein Konsumrückgang um 3,5 Prozent beim Rindfleisch sowie um 2,5 Prozent beim Schweinefleisch. Nicht viel, aber ein Anfang. Ökologisch, ernährungs- und besonders gesundheitspolitisch solide begründbar ließe sich die Abgabe sogar auf bis zu 15 Euro festsetzen. Entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt, wäre es durchaus möglich, unseren Fleischkonsum mit fiskalischen Mitteln zu reduzieren. In sozial gerechter Weise gelänge dies allerdings nur unter anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Vermutlich auch nur mittels Rationierung des Fleischbezugs. Wünschenswerter wäre ein neues, auf umfassender Information in Schule und Öffentlichkeit beruhendes Konsumentenverhalten, flankiert von steuerlichen Eingriffen. Beispiel: Wie die meisten Lebensmittel werden Fleischerzeugnisse mit dem ermäßigten Mehrwertsteuer-Satz von 7 Prozent belastet. Bei üblichen 19 Prozent würde der Fleischpreis um zirka 11 Prozent steigen, mit Bremswirkung auf den Konsum.

Laut Statistischem Bundesamt wurden im ersten Quartal dieses Jahres in Deutschland 1 722 000 Tiere weniger geschlachtet bzw. konsumiert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im zweiten Quartal war der erfreuliche Trend allerdings schon wieder vorbei: Der Fleischverbrauch stieg, weil die Supermarktketten mit kräftigen Preissenkungen den Umsatzrückgang konterten. Das regt die Parteien trotzdem nicht zum Nachdenken über ordnungspolitische Maßnahmen an, z.B. ein Verbot des Fleischverkaufs in Supermärkten und Discount-Läden. Es wäre gesundheitspolitisch vernünftig, den Umsatz des mit Hormonen und Antibiotika belasteten, labberigen Billigfleischs zu kappen, ein bedeutender Schritt sowohl für den Verbraucher – wie auch für den Tierschutz. Die notwendige kalte Dusche fürs mit Wurst und Bier ruhigestellte und eingelullte Wahlvolk.

Wiedergabe mit freundlicher Erlaubnis der Politikzeitschrift Ossietzky

## Der rote Kanal

**Mama Africa – Miriam Makeba, D/SA/Fin 2011**

Dreißig Jahre lebte Miriam Makeba im Exil, bevor sie nach Südafrika zurückkommen konnte. „Draußen“ war die Sängerin eine der wirkungsvollsten Stimmen gegen Rassismus und Unterdrückung – nicht nur in Südafrika.

So., 22. 9., 22.05–23.35 Uhr, arte

**Goldman Sachs – Eine Bank lenkt die Welt, F 2013**

Auftakt eines Themenabends „Am Ende gewinnt immer die Bank“.

Di., 24. 9. 20.15–21.30 Uhr, arte

**In ihren Augen, Arg 2009**

Ein Mörder kommt während der argentinischen Militärjunta davon. 25 Jahre später wird der Fall neu aufgerollt. Oscarprämierter argentinischer Spielfilm.

Mi., 25. 9., 20.15–22.20 Uhr, arte